



Plenum

10. Sitzung

München, Donnerstag, 21. Februar 2019, 09:00 bis 14:26 Uhr

Geschäftliches..... 625

21. Februar 1919: Eröffnung des Bayerischen Landtags – Ermordung des
Ministerpräsidenten Kurt Eisner..... 625

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten **Dr. Fabian Mehring** 625

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion
FREIE WÄHLER

"Zukunft des Automobilstandorts Bayern sichern"

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER).....	626
Sandro Kirchner (CSU).....	628
Katharina Schulze (GRÜNE).....	631
Josef Seidl (AfD).....	632
Annette Karl (SPD).....	633
Albert Duin (FDP).....	635
Dr. Martin Huber (CSU).....	636
Barbara Fuchs (GRÜNE).....	638 639
Staatsminister Hubert Aiwanger.....	639

Abstimmung

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Beschluss..... 643

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus
Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

Bericht der Staatsregierung zum Brennernordzulauf (Bahntrasse)
(Drs. 18/374)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausbau des Brenner-Nordzulaufs (Drs. 18/386)

Andreas Winhart (AfD).....	644 651
Dr. Markus Büchler (GRÜNE).....	645 654
Klaus Stöttner (CSU).....	646 648
Franz Bergmüller (AfD).....	647
Hans Friedl (FREIE WÄHLER).....	648
Diana Stachowitz (SPD).....	649 654
Martin Hagen (FDP).....	650 651
Staatsminister Dr. Hans Reichhart.....	651 653 654 655
Raimund Swoboda (AfD).....	653
Beschluss zum AfD-Dringlichkeitsantrag 18/374.....	655
Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 18/386.....	655

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Für eine klimafreundliche Verkehrswende und einen sozial ausgestatteten Klimaschutz (Drs. 18/375)

Horst Arnold (SPD).....	656
Ulrike Scharf (CSU).....	658
Dr. Markus Büchler (GRÜNE).....	659
Manfred Eibl (FREIE WÄHLER).....	660 662
Florian von Brunn (SPD).....	661 666
Ralf Stadler (AfD).....	662
Martin Hagen (FDP).....	663
Staatsminister Dr. Hans Reichhart.....	664 666
Namentliche Abstimmung.....	667
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 2).....	671

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Bayerns Mittelstand soll nicht die Steuern der Internetmultis zahlen (Drs. 18/376)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

Unternehmer von drohender Besteuerung entlasten (Drs. 18/380)

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP).....	667 677
Franz Bergmüller (AfD).....	669 677
Hans Herold (CSU).....	669
Tim Pargent (GRÜNE).....	671
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	672
Harald Güller (SPD).....	674
Staatsminister Albert Füracker.....	674 677

Beschluss zum AfD-Dringlichkeitsantrag 18/380.....	691
Namentliche Abstimmung zum FDP-Dringlichkeitsantrag 18/376.....	692
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 3).....	705

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß,
Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Extremismus, Salafismus und Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen und bestrafen - "Aktionsplan der Justiz" (Drs. 18/377)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

Rückkehr zum bewährten Staatsangehörigkeitsrecht (Drs. 18/387)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Wie lautet Staatsminister Eisenreichs Aktionsplan? (Drs. 18/388)

Dr. Franz Rieger (CSU).....	678 680
Dr. Ralph Müller (AfD).....	680
Richard Graupner (AfD).....	680
Alexander Muthmann (FDP).....	682
Katharina Schulze (GRÜNE).....	682 684
Petra Guttenberger (CSU).....	684
Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER).....	685
Christian Flisek (SPD).....	686 691
Staatsminister Georg Eisenreich.....	687 688 690 691
Raimund Swoboda (AfD).....	689 690
Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 18/377.....	691
Beschluss zum AfD-Dringlichkeitsantrag 18/387.....	691
Beschluss zum FDP-Dringlichkeitsantrag 18/388.....	691

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umfassender Klimaschutz für Bayern (Drs. 18/378)

Martin Stümpfig (GRÜNE).....	692 696 703
Eric Beißwenger (CSU).....	694 696 697
Horst Arnold (SPD).....	696
Alexander Hold (FREIE WÄHLER).....	697
Christian Kligen (AfD).....	698
Florian von Brunn (SPD).....	700 704
Christoph Skutella (FDP).....	700
Staatsminister Thorsten Glauber.....	702 704 705
Namentliche Abstimmung.....	705
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 4).....	708

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Zum Wohle für Wald und Wild - auch zukünftig ja zu Winterfütterungen von Wildtieren in Notzeiten im Rahmen geltender Gesetze

(Drs. 18/379)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER).....	706
Alexander Flierl (CSU).....	707
Hans Urban (GRÜNE).....	708
Dr. Ralph Müller (AfD).....	709 710
Martina Fehlner (SPD).....	710 711
Christoph Skutella (FDP).....	711
Staatsministerin Michaela Kaniber.....	712
Beschluss.....	713

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)

Grundschulabitur endlich abschaffen - Übertrittsverfahren neu regeln (Drs. 18/381)

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 713

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Fachkräfte für die Pflege: Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte zentralisieren (Drs. 18/382)

Verweisung in den Gesundheitsausschuss..... 713

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander - Bundesprogramm "Demokratie leben" für Präventionsprojekte in Bayern nutzbar machen (Drs. 18/383)

Verweisung in den Sozialausschuss..... 713

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Trennung der Kinder von ihren Familien und keine Schwangeren in Abschiebehaft (Drs. 18/384)

Verweisung in den Verfassungsausschuss..... 713

Schluss der Sitzung..... 713

(Beginn: 09:02 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 10. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich an wichtige historische Ereignisse unserer Verfassungs- und Parlamentsgeschichte erinnern. Aus diesem Anlass darf ich auch Gäste begrüßen; auf der Ehrentribüne haben Nachkommen von Kurt Eisner Platz genommen. Seien Sie uns an diesem denkwürdigen Tag im Hohen Hause herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Heute vor genau 100 Jahren, am 21. Februar 1919, nahm der erste demokratisch gewählte Bayerische Landtag seine Arbeit auf. Gut drei Monate zuvor erhielten die Frauen mit der Ausrufung des Freistaates durch Kurt Eisner das aktive und passive Wahlrecht in Bayern – noch bevor am 12. November 1918 das Frauenwahlrecht in ganz Deutschland verkündet wurde. Damit durften nun erstmals Männer und Frauen wählen und gewählt werden. Es gab also auch weibliche Abgeordnete, damals 8 von 180. Verglichen damit sind wir hinsichtlich der Beteiligung von Frauen im Parlament ein wenig weitergekommen, aber uns allen ist bewusst: Wir sind noch lange nicht dort, wohin wir wollen und wohin wir kommen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Das hat uns, denke ich, auch die Veranstaltung am Dienstag noch einmal vor Augen geführt. Jetzt geht es darum, gemeinsam neue Ideen und Wege zu entwickeln, die uns unserem Ziel näherbringen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wirren in der Zeit unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs waren in Bayern und in München ganz besonders zu spüren. Das zeigte sich auch rund um die Eröffnung des Landtags. Kurt Eisner wurde auf dem Weg in das Parlamentsgebäude, wo er mutmaßlich den Rücktritt seines provisorischen Kabinetts anbieten wollte, von einem Revolutionsgegner erschossen. Im Plenarsaal kam es daraufhin zu weiteren gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Toten und Verletzten; der Verlauf dieser ersten Sitzung zeigte die extreme Gewaltbereitschaft aller Konfliktparteien in dieser Zeit.

Aufgrund der unsicheren Lage in der Landeshauptstadt trat der Landtag zu seiner nächsten Sitzung in Bamberg zusammen, wohin auch die Regierung auswich. Dort wurde dann am 14. August 1919 die erste demokratische Verfassung Bayerns verabschiedet. Sie wird auch Bamberger Verfassung genannt.

Mit dem Jahr 1919 verbinden wir entscheidende Fortschritte auf dem langen Weg Bayerns zur Demokratie. Diese Errungenschaften müssen wir gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte im 20. Jahrhundert pflegen und für die Zukunft bewahren. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, anlässlich unseres Verfassungsjubiläums veranstaltet der Bayerische Landtag zusammen mit der Bayerischen Staatsregierung am 24. Juli einen Festakt in der Stadt Bamberg, deren Name untrennbar mit unserer Verfassungsgeschichte verbunden ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch ein anderes Jubiläum. Ich darf einen Glückwunsch aussprechen: Am 14. Februar feierte Herr Kollege Dr. Fabian Mehring einen runden Geburtstag. Auch im Namen des Hohen Hauses gratuliere ich ihm dazu herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion
FREIE WÄHLER
"Zukunft des Automobilstandorts Bayern sichern"**

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen bzw. Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten; dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion natürlich angerechnet. Der erste Redner in dieser Debatte ist Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Automobilbranche in Bayern, eine der tragenden Wirtschaftssäulen, steht derzeit vor umfänglichen und, ich möchte sagen, tief greifenden Veränderungen und Herausforderungen. Dabei geht es aber nicht nur um die Hersteller an sich, sondern auch um die Vielzahl der mittelständischen Zulieferunternehmen, die oftmals in ländlichen Räumen angesiedelt und intensiv an der Wertschöpfungskette beteiligt sind. Wir alle wissen, welche Entwicklungen, die gerade aus der Fahrzeugindustrie resultierten, ländliche Räume in den vergangenen Jahren erlebt haben.

Es gibt aktuell aber auch zahlreiche Problemstellungen. Der schwerwiegende Imageschaden, der durch die Abgasmanipulationen entstanden ist, war hausgemacht und ist in keiner Art und Weise zu entschuldigen. Verantwortlich dafür war jedoch nicht die Vielzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern verantwortlich waren einige wenige Konzernverantwortliche.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Diskussion und die Problematik in Bezug auf Stickoxidgrenzwerte mit der daraus resultierenden Grundsatzdiskussion über die Dieselftechnik und einhergehende Fahrverbote waren weitere Themen.

Der drohende harte Brexit, der vor allem BMW und damit Niederbayern betreffen wird, weil zahlreiche Arbeitsplätze bedroht sind, ist ebenfalls ein Thema.

Weil das alles noch nicht genug ist: Letztes Wochenende gab es die Mitteilung des US-Präsidenten, da europäische und damit bayerische Fahrzeuge die innere Sicherheit seines Landes gefährden würden, dürfe er Strafzölle auf europäische und damit auch bayerische Autos in einer Größenordnung von bis zu 25 % erheben. Analysten befürchten dadurch Exportrückgänge von bis zu 50 %.

All dies setzt die Automobilindustrie stark unter Druck. Hinzu kommen weitere umfassende Veränderungen in der Branche. Ich nenne hier nur die Themen Digitalisierung, neue Antriebstechnologien und neue Mobilitätskonzepte.

Die Bedeutung der Automobilwirtschaft in Bayern ist, wie ich meine, unbestritten. Mit einem Umsatzanteil von fast 30 % im Jahr 2017, sprich: 109 Milliarden Euro, stellte sie den größten Industriezweig in Bayern dar; in Bezug auf die Beschäftigtenzahl war die Automobilindustrie mit 205.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sprich: 15,9 %, die zweitgrößte Industriebranche. Rechnet man die Zulieferer aus Maschinenbau, Elektrotechnik, Metall- und Kunststofftechnik hinzu, kommen weitere 200.000 Stellen dazu. Die bayerische Automobilwirtschaft ist aber besonders

stark vom Ausland, insbesondere vom chinesischen Markt abhängig. Mit 64,4 % gehen zwei Drittel der produzierten Fahrzeuge in den Export.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, anhand dieses Zahlenwerkes wird einem richtig deutlich und bewusst, welchen Einfluss diese Branche auf die wirtschaftliche und damit auf die ganzheitliche Entwicklung in all ihren Facetten in unserem Lande hat. Die Zukunft liegt nach der Meinung vieler in der Elektromobilität. Doch wir kommen hier zu einem Kernproblem, das die E-Autos betrifft, nämlich die Hochleistungsbatterien, die in Zukunft in Millionenzahlen benötigt werden. Wo werden diese herkommen, wenn bis 2030 37 % der in der EU zugelassenen Autos elektrisch und 47 % hybrid betrieben werden? Was ist mit den neu zu errichtenden hochrisikanten Fabriken, die dafür erforderlich sind? – Wenn die angestrebte Zehn-Millionen-Grenze zu bauender Elektroautos realisiert werden soll, werden alleine 383 % des weltweit gewonnenen Lithiums und 43 % allen Nickels benötigt. Wo werden diese Rohstoffe herkommen, zumal sich China die wichtigsten Schürfrechte in Afrika heute schon gesichert hat?

Was möchte ich damit sagen, meine Damen und Herren? – Elektrofahrzeuge sind wichtig, jedoch nach der Meinung vieler nur eine Übergangstechnologie. Aus diesem Grunde werden auch in Zukunft Verbrennungsmotoren benötigt. Benzin- und Dieselfahrzeuge müssen weiter optimiert werden; denn sie bleiben in einer Übergangszeit unverzichtbar und dürfen auch nicht kaputtgeredet werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Damen und Herren von den GRÜNEN, das ist nicht nur meine Aussage, sondern das ist auch ein Zitat des grünen Ministerpräsidenten Kretschmann aus Baden-Württemberg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wo liegt die Zukunft? – Es wird vier Megatrends geben: Elektrifizierung, Vernetzung, Automatisierung und Mobilitätsdienstleistungen. Dies werden die wichtigsten Bereiche für die Neuausrichtung der Zukunft des Automobils sein, vor allem in den zentralen urbanen Bereichen. Doch die eigentliche Revolution liegt im intelligenten Verknüpfen der vier Trends.

Die Automobilindustrie gehört zu den Kernkompetenzen der bayerischen Industrie und hat eine lange erfolgreiche Tradition im Freistaat. Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat sich Bayern kontinuierlich zu einem weltweit führenden Automobilstandort entwickelt. Die Automobilhersteller Audi und BMW und der Nutzfahrzeughersteller MAN gehören zu den erfolgreichsten weltweit. Die Staatsregierung wird den Veränderungsprozess mit dem Pakt zur Zukunft der Fahrzeugindustrie in Bayern, der von Unternehmen, Gewerkschaften, Politik und Gesellschaft getragen wird, aktiv mit der Absicht begleiten, eine klare verkehrs- und automobilpolitische Zielvision zu entwickeln, in der ökonomische, soziale und ökologische Anforderungen langfristig und dauerhaft miteinander in Einklang gebracht werden.

Mit einem gemeinsamen Schulterschluss aller am Prozess Beteiligten wird die bayerische Automobilindustrie auch weiterhin innovativ, erfolgreich und zukunftsfähig sein. Daher liegt es in der Verantwortung der bayerischen Politik, mit Anreizen und gegebenenfalls auch mit Einschränkungen die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die heimische Automobilindustrie den Veränderungsprozess positiv, innovativ und zukunftsfähig angehen kann, und dies zum Wohle unseres ganzen Landes Bayern. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Sandro Kirchner von der CSU das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Automobilbau gehört zu den Kernkompetenzen der bayerischen Industrie und hat in Bayern eine sehr lange Tradition. Bayern hat sich kontinuierlich zum weltweit führenden Automobilstandort entwickelt, besonders im Premiumsegment. Unsere Hersteller, Audi in Ingolstadt, BMW in München und Dingolfing und MAN, gehören zu den erfolgreichsten Marken auf der Welt. Der Erfolg dieser Branche braucht konsequente Innovation, natürlich auch begleitet von einem gigantischen und hervorragenden Netzwerk von Zulieferern, die wir in Bayern insbesondere im ländlichen Raum haben. Zu dem Cluster Automotive gehören über 600 Akteure, die genau dieses Ansinnen unterstreichen.

Ergänzend zu den Ausführungen des Kollegen Eibl möchte ich sagen: Wenn man sich überlegt, wie viel gerade die Automobilbranche im Bereich FuE investiert, nämlich in Deutschland insgesamt über 40 Milliarden Euro, kommt man zu dem Ergebnis, dass dies bemerkenswert ist. Wir liegen damit vor Japan und vor den USA. Dies zeigt, welche Innovationskraft und welche wertvollen und hochwertigen Arbeitsplätze damit verbunden sind, besonders auch bei uns in Bayern.

Ich darf feststellen: Geht es der Automobilbranche gut, geht es der bayerischen Wirtschaft gut. Geht es der bayerischen Wirtschaft gut, gibt es viele Arbeitsplätze, die damit verbunden sind; es gibt Arbeit für die Menschen. Haben die Menschen in Bayern Arbeit, dann gibt es Wohlstand, den Wohlstand, auf dem wir in den letzten zehn Jahren massiv aufgebaut haben und von dem wir zehren. Deswegen bleibt ganz klar festzustellen: Bayern ist Autoland, und Bayern muss vor allem auch Autoland bleiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an diesem Wirtschaftsfundament für Bayern, an diesem Wohlstand wird aber in der Tat massiv gerüttelt. Kollege Eibl hat die Diesel-Debatte schon angesprochen. Es geht aber auch um die Herausforderungen der deutschen Automobilindustrie, um alternative Antriebe, um das autonome und vernetzte Fahren, um die neuen digitalen Geschäftsmodelle, die damit einhergehen, und natürlich auch um die drastischen Grenzwerte, über die viel diskutiert wird. Es geht auch um die wirtschaftliche Entwicklung. In 37 Tagen steht der Brexit vor der Tür. Viele Firmen, gerade auch unsere Automobilhersteller, werden davon tangiert – BMW ist davon aufgrund der MINI-Produktion bei Rolls Royce in England tangiert –, aber natürlich auch die vielen Zulieferer.

Die Strafzölle der USA wurden schon angesprochen. Heute Morgen hörte ich in den Nachrichten von einer kleinen Relativierung. Vielleicht ist Donald Trump einsichtig und versteht, dass die bayerische Wirtschaft keine Gefahr für die USA darstellt. Es geht aber auch um den drohenden Handelskrieg zwischen den USA und China.

Die sich verändernden Rahmenbedingungen müssen uns alle hier im Hohen Haus wachrütteln; denn es geht um unsere Leitbranche, die Automobilindustrie, um unsere wirtschaftliche Zukunft, es geht um viele, viele Arbeitsplätze, und es geht um unseren Wohlstand.

Sie fragen uns natürlich: Was kann die Politik dafür tun? – Ich bin der Meinung, dass es ganz klar einen Ausgleich zwischen den ökonomischen und den ökologischen Interessen braucht. Es gilt, stabile und klare Messverfahren für Emissionen zu definieren und zu entwickeln und diese auch überall auf der Welt vergleichbar

zu machen, statt sie subjektiv an jeder Stelle anders auszuführen. Das gilt für den Zulassungsbereich auf der einen Seite, ganz klar aber auch für das Feld der Diskussion um Grenzwerte in den Städten. Nötig sind auch belastbare und realistische Grenzwerte. Auf die Feinstaubdiskussion müssen wir heute nicht weiter eingehen, darüber ist in den letzten Tagen viel gesprochen worden. Aber es muss auch klar sein, dass es Verständnis dafür braucht, wie solche Grenzwerte zustande kommen und warum; das kann nicht irgendwo am grünen Tisch entschieden werden.

Was die CO₂-Emissionen betrifft: Die Werte, die auf europäischer Ebene fixiert werden, auch von Ländern, die keine bedeutende Automobilbranche haben, sind schon mehr als optimistisch. Wir stellen gerade fest, dass die Automobilbranche diese Werte gar nicht oder nur bedingt einhalten kann, insbesondere im Nutzfahrzeugbereich. Man führt eine Elektromobilitätsquote ein, obwohl gar keine passenden Fahrzeuge und keine diesbezügliche Infrastruktur vorhanden sind.

Außerdem muss uns die Verantwortung bewusst sein, so wie es der Kollege Eibl gesagt hat: Es ist ganz klar, dass sich die Automobilbranche fragen muss, ob bei den diversen Diskussionen alles regulär und im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlaufen ist. Aber auch wir als Mitglieder der Gesellschaft, wir als Politiker müssen uns den Spiegel vor Augen halten. Ich glaube, es ist einmalig auf dieser Welt, dass ein Land seine Leitbranche so diffamiert, so in Abrede stellt, so infrage stellt, so zerstört, so verstümpert und am Ende des Tages vernichtet.

(Alexander König (CSU): Da haben Sie recht!)

Wir müssen aufpassen, dass die Industrienationen der übrigen Welt, die anderen Automobilhersteller, sich nicht die Hände reiben und sagen: Klasse macht ihr das in Bayern, Klasse macht ihr das in Deutschland.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen ein ganz klarer Appell: Das Bashing gegen die Automobilbranche muss aufhören. Wir müssen alle endlich zur sachlichen Diskussion kommen und die Themen auch nüchtern und belastbar betrachten.

Insofern bin ich dankbar, dass die Bayerische Staatsregierung dieses Thema seit Langem aufgegriffen hat, zum einen mit dem Pakt zur Zukunft der Fahrzeugindustrie in Bayern, zum anderen mit dem Zukunftsforum Anfang dieses Monats mit wesentlichen Akteuren aus der Wirtschaft und der Politik, natürlich mit dem Ziel, eine bayerische Gesamtstrategie für die Fahrzeugindustrie zu entwickeln.

Ich bin schon der Meinung – und diesen Weg sollten wir auch alle gehen –, dass diese Diskussion technologieoffen stattfinden muss und wir keine Vorfestlegung treffen dürfen, die uns in wesentlichen Bereichen in der Entwicklung einschränkt.

Natürlich wird der Diesel weiterhin eine tragende Rolle haben müssen, schon allein wegen der CO₂-Debatte, die wir führen. Natürlich ist die E-Mobilität eine tragende Säule der Mobilität, aber nur *eine* tragende Säule. Da geht es auch darum, was man mit den Batterien macht, mit der Umweltfreundlichkeit der Batterien, die im Vordergrund steht; genauso geht es um die Brennstoffzelle als E-Antrieb, der schon vorhanden ist.

Die Politik muss auch die Alternativen fördern. Da bin ich letzte Woche schon etwas aufgeschreckt, als ich am 13.02. in "Kontrovers" einen Bericht über CNG gesehen habe. CNG ist eine toll entwickelte Methode für Biokraftstoffe, die sich in Augsburg in einer Busflotte im Alltagsbetrieb hervorragend bewährt hat. Aber wir

stellen fest, dass die Rahmenbedingungen dafür so verschlechtert werden, dass diese Methode vermutlich keine Zukunftschance hat.

Gleichzeitig haben wir in Berlin eine Senatorin, die sich mit dem Thema Mobilität auseinandersetzt, eine Flotte chinesischer E-Busse mit Batterien in den Betrieb bringt und feststellt, dass die Technologie nicht funktioniert: Im Winter braucht man einen zusätzlichen Dieselmotor, um die Beheizung sicherzustellen und die Reichweite abzusichern.

Ich bin schon der Meinung, dass sich jeder mal anschauen sollte, wie unglücklich und unwissend dort die Bundesumweltministerin Svenja Schulze agiert hat, wie schlimm Regine Günther, die Umweltsenatorin, dieses Projekt in Berlin begleitet hat, und vor allem auch, welche Rolle der Staatssekretär Jochen Flasbarth, der ein Weggefährte von Herrn Trittin ist, an dieser Stelle spielt. Er ist dort ganz klar von den Teilnehmern als Verhinderer alternativer Antriebe außerhalb der Elektromobilität identifiziert worden. Wir müssen uns schon anschauen, welche Rolle diese Person spielt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir als Politiker müssen die Dinge weiterentwickeln, die Rahmenbedingungen gestalten. Ich denke, die Arbeitsgruppen, die definiert worden sind, haben genau die Aufgabe, neue umweltfreundliche und leistungsfähige Batterien zu entwickeln.

Im Übrigen will ich Ihnen auch sagen, was der Freistaat Bayern schon tut. Es ist schließlich nicht so, dass wir jetzt erst anfangen, etwas zu tun. Da gibt es das Technologietransferzentrum in Bad Neustadt zum Thema Elektromobilität; da gibt es das Fraunhofer-Institut in Würzburg, das Polymerschicht-Batterien entwickelt; da gibt es das Forschungszentrum für Batterietechnik in Bayreuth und die Befassung mit synthetischen Kraftstoffen als Alternativen am Verbundzentrum für synthetische Kraftstoffe in Straubing.

Die Mobilität der Zukunft spielt eine tragende Rolle und muss neu gedacht werden. Wir haben den Anspruch der Innovations- und Technologieführerschaft unserer Automobilbranche. Für vernetztes und autonomes Fahren gibt es im Übrigen eine Teststrecke auf der A 9 in Bayern. Ich nenne das Zentrum Digitalisierung. Bayern, das sich mit vernetzter Mobilität befasst. BMW hat in Unterschleißheim ein Forschungs- und Entwicklungszentrum für autonomes Fahren etabliert. Außerdem gibt es den Lehrstuhl für autonomes Fahren an der Hochschule in Kempten. Alle alternativen Antriebe sind dort gefordert. Die Produktion von Fahrzeugen, Industrie 4.0, ist ein ganz wichtiges Thema, um die Wettbewerbsfähigkeit gerade auch für die neuen Technologien zu forcieren. Hier haben wir die i-Factory in Schweinfurt und die Zusammenarbeit in der Industrie 4.0 mit Siemens. Wir haben die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wir an dieser Stelle natürlich nicht vergessen dürfen, die auch in diesen Wandel, in diese Transformation mit eingebunden werden müssen, damit Bayern ein erfolgreicher Standort bleibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser aller Ziel sollte es sein, behutsam und mit Bedacht die Themen so voranzutreiben, dass es uns gelingt, die Wertschöpfung von der Entwicklung bis zur Produktion in Bayern zu sichern und auszubauen, damit Arbeitsplätze zu generieren und damit auch unseren Wohlstand und Steuereinnahmen abzusichern, damit wir hier unseren Doppelhaushalt auch in der Zukunft noch aufstellen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Katharina Schulze von den GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, Sie müssen sich jetzt schon mal entscheiden, was Sie retten wollen: den Verbrennungsmotor oder die Autoindustrie; denn beides zusammen wird auf Dauer nicht überleben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Beides!)

Wir GRÜNE haben da eine sehr klare Meinung: Wir möchten, dass auch die Autos der Zukunft aus Bayern kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kirchner, Sie haben gesagt, die Politik solle sich mal den Spiegel vorhalten. Ich halte Ihnen gern mal den Spiegel vor Augen: In Norwegen, in China, in Indien, in Irland, in Israel, in den Niederlanden, in Schweden und in Dänemark ist bereits in zehn Jahren der Verkauf von Verbrennungsmotoren verboten. 2040 kommen Großbritannien, Frankreich und Kalifornien dazu. Wenn diese Länder Absatzmärkte für Autos aus Deutschland bleiben sollen, dann müssen wir doch jetzt ernst machen mit der Umstellung auf abgasfreie Autos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie die Dramatik immer noch nicht verstanden haben und am Verbrennungsmotor festhalten, bleibt unsere Automobilindustrie auf der Strecke. Das haben dann aber auch Sie zu verantworten, weil Sie in der Regierungsverantwortung sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen in Innovation investieren, in wasserstoffgetriebene Antriebe, in E-Mobilität, in andere Mobilitätskonzepte, um den Automobilstandort Bayern zu sichern. Das Problem ist doch – ich denke, wenigstens da können Sie mir folgen –: Je länger man wartet, desto länger wird Innovation verschleppt. Und je länger Innovation verschleppt wird, desto schwieriger wird es, den Rückstand aufzuholen. Ich möchte nicht, dass der Autoindustrie in Bayern dasselbe Schicksal droht wie der Unterhaltungselektronikindustrie, die in Deutschland früher eine wichtige Rolle gespielt hat und heute keine Rolle mehr spielt. Wir GRÜNE wollen genau das verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb muss der Freistaat vom Zuschauer zum Stakeholder werden, beim Umstieg von Autos mit Verbrennungsmotor auf abgasfreie Autos Tempo machen und auch den Automobilkonzernen klare Rahmenbedingungen geben. Es geht nämlich um viele Arbeitsplätze; es geht darum, die Weichen für neue, innovative Produkte zu stellen.

Wenn ich mir die bisherige Strategie anschau, zum Beispiel die der Bundesregierung und die der Staatsregierung, kann ich über so wenig industriepolitischen Sachverstand nur den Kopf schütteln.

(Alexander König (CSU): Lächerlich!)

Nehmen wir doch zum Beispiel die bisherige Strategie der Bundesregierung zur Förderung der E-Mobilität. 2020 sollten eine Million Elektroautos in Deutschland unterwegs sein. Bis heute sind es gerade mal etwas mehr als 50.000. Das hängt

natürlich mit einer weiteren Zahl zusammen. Es sollte bis 2020 100.000 zusätzliche Ladepunkte geben. Davon sind heute nur gut 1.000 in Betrieb. Das kann man doch sehr einfach zusammenfassen: Wenn es keine Ladesäulen gibt, dann kauft auch niemand E-Autos; da helfen Ihnen am Ende auch keine Prämien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und wenn jetzt wieder jemand mit dem Argument kommt, dass die E-Autos mit Braunkohlestrom aufgeladen werden, dann sage ich Ihnen ganz klar: Natürlich brauchen wir eine Energiewende. Wir brauchen 100 % erneuerbare Energien, damit E-Mobilität mit grünem Strom fahren kann. Aber wer blockiert denn die Energiewende?

(Zuruf von der CSU: Sie verhindern das!)

– Wer blockiert die Energiewende? – Das sind Sie. Sie haben zum Beispiel hier in Bayern die 10-H-Regelung festgesetzt. Das ist aber auch die Bundesregierung, die nicht schneller aus der Kohle aussteigen will.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ja, genau: Ablenken!)

Bei so einer Politik müssen Sie sich nicht wundern, weil die Rahmenbedingungen nicht richtig gesetzt werden.

Kolleginnen und Kollegen, der Umstieg auf abgasfreie Autos ist ein Baustein einer klimaverträglichen Verkehrswende. Genau dort müssen wir hin. Das birgt auch die Chance, mehr Wertschöpfung im Land zu lassen.

Wir haben letztes Jahr für 40 Milliarden Euro Erdöl importiert. Einen großen Teil des Geldes verdienen Staaten mit diktatorischen Regimen, und eine beträchtliche Summe dürfte dem internationalen Terrorismus zugeflossen sein.

Kolleginnen und Kollegen, deswegen wird es Zeit, zwei Gänge höher zu schalten und eine klare Richtung einzuschlagen. Diese Richtung heißt: Weg vom Öl! Dafür sprechen alle wichtigen Argumente: der Erhalt eines wichtigen Industriezweigs, mehr Wertschöpfung im eigenen Land, sauberere Luft und ein besseres Klima. Lassen Sie uns damit endlich ernst machen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Josef Seidl von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Josef Seidl (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Kollegen und Kolleginnen! Wenn die Automobilindustrie hustet, ist Bayern krank. Das Husten ist nicht zu überhören. Im dritten Quartal 2018 sank die Produktion der bayerischen Automobilindustrie gegenüber dem Vorjahr um 7,6 %. Die Ausfuhren fielen um 28,3 %. Je nachdem, wie weit der Begriff gefasst wird, arbeiten hierzulande zwischen 400.000 und 500.000 Menschen in der Automobilindustrie. Jedes Jahr spült sie den Kommunen satte Gewerbesteuerereinnahmen in die Kassen. Von der Automobilindustrie hängt in Bayern alles ab: Wachstum, Export, Beschäftigung.

Wir brauchen alternative Antriebstechnologien wie den Elektromotor genauso wie moderne emissionsarme und verbrauchsarme Verbrennungsmotoren. Das heißt,

wir müssen uns zur Technologieoffenheit bekennen. Mit Verboten und Technikvorschriften kommen wir nicht weiter.

Was bedeutet denn die völlige Konzentration auf Elektromobilität? – Einsparung von jeder Menge Personal in Bayern, also mehr Arbeitslose. Die Arbeitsplätze entstehen in Südamerika beim grundwasservernichtenden Verdunsten lithiumhaltiger Sole, in Afrika für kobaltschürfende Kinder und in China in den Produktionen, Teilmontagen und Vorproduktionen.

Wir können die Umwelt bei uns nicht durch die Elektromobilität nach dem Sankt-Florians-Prinzip schützen.

(Beifall bei der AfD)

Auch Elektroautos haben einen Auspuff. Das müsste längst klar sein. Der Auspuff befindet sich allerdings nicht in Bayern, sondern in aller Herren Länder.

Wir sollten des Weiteren nicht dulden, dass die Bundesregierung Gegner deutscher Hersteller wie die Deutsche Umwelthilfe mit öffentlichen Geldern fördert. Wir brauchen für den Strukturwandel eine gemeinsame Innovationstrategie aller Beteiligten, von der Wirtschaft bis hin zur Politik.

Die Debatte um Dieselfahrverbote ist völlig irrational. Tatsächlich sind die CO₂-Emissionen seit 1998 um ein Drittel reduziert worden. Den Stellenwert der Automobilindustrie unterstreicht insbesondere der Pakt zur Zukunft der Fahrzeugindustrie in Bayern, in dem folgende Vorgaben festgehalten sind: Mobilität ohne Fahrverbote, Strukturwandel aktiv mitgestalten, Wertschöpfung am Standort halten, internationale Wettbewerbsfähigkeit behaupten. – Ich gehe noch einen Schritt weiter: Unter der Fuchtel einer rot-grünen Verkehrspolitik könnte niemals ein zukunftsfähiges Verkehrskonzept umgesetzt werden, egal, ob es sich um Auto, Schiene, Luftfahrt oder sonstige Verkehrssektoren handelt.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, so sichern Sie höchstens den Standort für grüne Messstellen-Junkies. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Zurufe bei der AfD: Bravo!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster erteile ich der Kollegin Annette Karl von der SPD das Wort.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, die große Relevanz der Automobilindustrie in Bayern ist unbestritten. Nach dem sozialen Sektor ist die Branche mit über 400.000 Beschäftigten die zweitgrößte in Bayern. Das ist also ein Megathema mit vielen Aspekten.

Die Staatsregierung muss deshalb im Interesse der Beschäftigten und des Wirtschaftsstandortes Bayern für die Sicherung der Zukunft der Automobilindustrie Rahmenbedingungen optimieren, Weichen stellen und unterstützen. Das gilt auch für diesen Fall, in dem die Automobilindustrie einen großen Teil ihrer Probleme selbst verursacht hat. Sie hat durch Manipulationen und unehrliches Verhalten Kunden vergrätzt und Vertrauen verspielt. Sie hat sich auf den guten Verkaufszahlen der letzten Jahrzehnte ausgeruht und war unwillig oder unfähig, federführend die Mobilität der Zukunft zu entwickeln. Trotz all dem geht es jetzt darum, Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu erhalten.

Es geht darum, die in Bayern vorhandene Systemkompetenz bei Ausrüstern, Herstellern, Zulieferern, Handel und Werkstätten nicht zu verlieren. Und es geht zu al-

lererst und zu allerletzt darum, die Arbeitsplätze in der Branche fit für die Zukunft zu machen – und damit zu erhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was aber macht die Staatsregierung? – Sie redet und konferiert und redet und redet wieder: im Juni 2017 ein Dieseltreffen, im Juni 2018 der Pakt zur Zukunft der Fahrzeugindustrie, im Februar 2019 das Zukunftsforum Automobil. Nach zwei Jahren Konferieren ist Ministerpräsident Söder zu der bahnbrechenden Erkenntnis gelangt: Es braucht langfristig eine nationale Strategie. – Was für eine Überraschung! Und es wurden immerhin fünf Arbeitsgruppen gegründet. Wahrscheinlich gibt es im nächsten Jahr dann einen Dieseltreffenpakt, in dem sechs Arbeitsgruppen gegründet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist ein Armutszeugnis für die Staatsregierung und insbesondere für das Wirtschaftsministerium. Andere Bundesländer handeln längst. Baden-Württemberg hat seinen seit zwei Jahren währenden Strategiedialog bereits zu ersten klaren Ergebnissen geführt. So gibt es zusammen mit dem Städtetag eine neue Innovationspartnerschaft für Kommunen und Mobilitätswirtschaft. Gute Mobilität beginnt vor Ort, und genau dies wird dort umgesetzt.

NRW bewirbt sich bereits jetzt mit einem Konsortium um Fördergelder von Land, Bund und EU für eine Batteriefabrik.

Die SPD-Fraktion hat gerade erst im Landtag wieder einen Antrag zum Thema Batteriezellenfertigung in Bayern eingereicht. Die Staatsregierung muss auch hier wieder zum Jagen getragen werden. – Und das alles passiert vor dem Hintergrund, dass Bundeswirtschaftsminister Altmaier gerade erst vorgestern mit seinem französischen Amtskollegen genau dieses Thema ganz oben auf die Agenda von Deutschland und Europa gesetzt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Herz eines E-Autos, die Batteriezelle, gehört in Bayern produziert, dem Herz der Industrie in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Was gibt es darüber hinaus zu tun? – Wir brauchen endlich eine Renaissance der Zusammenarbeit auf der Südschiene, nicht nur irgendwann im Sommer eine Kabinettsitzung. Wir brauchen konkrete gemeinsame Ansätze für ein Mobilitätskonzept der Zukunft. Wir brauchen eine ökologische und soziale Verkehrswende, aber auch eine ökologische und soziale Gestaltung der Veränderungen in der Automobilindustrie.

(Beifall bei der SPD)

Verkehrsminister Scheuer muss sich wandeln von einem Verkehrspolemiker zu einem Verkehrspolitiker, der das Wohl aller Bürger, nicht nur das einiger Lobbyisten im Auge hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen endlich kostenlose Hardware-Nachrüstung. Das hat auch Minister Aiwanger erst im Februar 2018 massiv gefordert. Ich hoffe, er bleibt dabei.

Alternative Kraftstoffe wie zum Beispiel synthetischer Diesel gehören in Bayern endlich auf die Tagesordnung. Es muss gelingen, diese Kraftstoffe, die eine gute Zwischenlösung auf dem Weg zur Elektromobilität sind, auch in Bayern nach industriellem und damit auch bezahlbarem Maßstab zu produzieren, statt sie mit Tankschiffen aus Qatar einzuführen.

Wir brauchen einen Umbruch, der sozialverträglich und beschäftigungsorientiert begleitet wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das heißt, dass wir nicht wieder alte Technologien durch Subventionen aufrecht und künstlich am Leben halten dürfen. Wir müssen die Menschen begleiten, ganz nach dem Motto: Wenn ein Sturm aufkommt, dürfen wir uns nicht im Hafen verstecken, sondern müssen die Segel setzen. Tun wir dies gemeinsam!

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Bravo! Sehr gut!)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Duin von der FDP.

Albert Duin (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist fast alles gesagt, nur noch nicht von jedem und auch noch nicht schön genug. Ich möchte einmal aufräumen mit der Idee, dass in Bayern nur 400.000 Arbeitsplätze von der Automobilindustrie abhängen. In Wirklichkeit hängen fast alle Arbeitsplätze in Deutschland von der Automobilindustrie ab. Wenn nämlich der Automobilarbeiter seinen Job verliert, wird er sich die Semmel beim Biobäcker an der Ecke nicht mehr kaufen können. So sieht es aus. Wenn wir weiterhin mutwillig an der Zerstörung der Automobilbranche arbeiten, dann, glaube ich, wird es uns schlecht gehen. Die Automobilbranche in Bayern und in Deutschland ist sehr erfolgreich, und das weltweit. Wir sind mit dem, was wir exportieren, immer noch unglaublich stark und gut.

Wenn ich allerdings höre, was die Leute vorschreiben wollen, dann kommt es mir vor, als müsste die Industrie von uns, von der Politik, erzogen werden. Politik erzieht doch die Wirtschaft nicht. Die Wirtschaft wird funktionieren, wenn wir ihr die richtigen Rahmenbedingungen vorgeben. Erziehen müssen wir sie aber nicht. Wenn der Umsatz nicht mehr läuft, wird die Industrie automatisch merken, dass sie sich umstellen muss. Ich bringe Ihnen ein gutes Beispiel: 2007 war Nokia der erfolgreichste Hersteller von Mobiltelefonen auf der Welt. Im gleichen Jahr kam das iPhone auf den Markt, und daraufhin hat sich der Markt automatisch umgestellt. Nokia ist dabei fast draufgegangen. Sie glauben doch nicht, dass die Automobilindustrie Ihren Bedingungen folgen wird, um dadurch dann ein besseres Geschäft zu machen. Das ist totaler Unsinn. Bei den GRÜNEN ist es anders. Katharina Schulze braucht kein Auto, sie fliegt lieber.

(Beifall bei der FDP, der CSU und der AfD)

Ich weiß nicht, welches Auto und welche Antriebstechnik ich favorisieren soll. Vielleicht gibt es bald eine HS. Wissen Sie, was HS ist? – Hamsterstärke! Ich baue mir einfach ein Hamsterrad ins Auto ein, vielleicht läuft es dann auch. Wer weiß das? Ich will der Industrie nicht vorschreiben, was sie zu tun hat. Ich glaube, dass die Entwicklung automatisch läuft.

Wenn wir in Deutschland Dreck erzeugen, dann schreien alle auf. Wenn wir aber den Dreck über den Zaun zum Nachbarn schmeißen, dann ist es uns recht. Es ist uns vollkommen wurscht, was in Chile oder im Kongo passiert. Hauptsache, es passiert nicht bei uns vor der Tür. Ein Batteriewerk in Bayern? – Das glaubt ihr selber nicht. Das können wir gegen die grünen Kommunalpolitiker nicht durchsetzen. Die werden uns auf die Füße steigen. Das ist absoluter Unsinn.

Die Hardware-Nachrüstung ist nach meiner Meinung für die alten Autos, bei denen die ganze Sache erst richtig hochgespült worden ist, die einzige Möglichkeit.

Vorhin ist schon erwähnt worden, dass die Manager der Automobilkonzerne eine sehr große Schuld haben. Ich möchte aber nicht vergessen, dass die letzten zwei Verkehrsminister in Deutschland, immerhin Herr Dobrindt und jetzt Herr Scheuer, ganz schön vor der Automobilindustrie eingeknickt sind. Sie hätten denen einmal

ganz schön den Marsch blasen müssen, statt einfach zu sagen: Das machen wir schon. – Das war nur ein Kampf mit Wattebällchen; das bringt uns nicht weiter.

Der Automobilstandort Bayern hat eine wahnsinnig große Zukunft. Ich glaube nicht an *eine* Antriebstechnik. Ich glaube nicht an Diesel, nicht an Benzin, nicht an Elektro, nicht an die Brennstoffzelle und auch nicht an das Hamsterrad. Ich glaube, dass es eine Mischung geben wird und dass jeder so wird fahren können, wie er will. Dafür braucht die Industrie Rahmenbedingungen. Die geben wir vor. Bitte erziehen wir sie aber nicht! Ich bin doch von zu Hause bei meiner Mutter auch nicht ausgezogen, um hinterher in den Erziehungsmechanismus des Staates zu kommen.

Ich glaube an die Automobilindustrie. Ich arbeite wie viele hier selber mit. Wir werden die Rahmenbedingungen schaffen. Die Automobilisten müssen das einhalten, was wir ihnen vorgeben. Aber bitte kein Diktat einer Antriebstechnik, die wir Politiker für die beste halten!

(Beifall bei der FDP – Alexander König (CSU): Das stimmt!)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Dr. Martin Huber von der CSU-Fraktion.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass heute Katharina Schulze für die GRÜNEN gesprochen hat, ist nur konsequent. Wenn sich nämlich bei den GRÜNEN jemand mit Mobilität auskennt, dann ist es die Kollegin Schulze, die ihren ganz persönlichen Mobilitätsmix bereits etabliert hat.

(Beifall bei der CSU)

Das habe ich schon gern: Hier gegen die Aufnahme des Klimaschutzes in die Verfassung zu sein, persönlich aber "Miles-&-More"-Rekorde aufzustellen. Während Sie die Schülerinnen und Schüler motivieren, am Freitagvormittag für den Klimaschutz auf die Straße zu gehen, gilt bei Ihnen das Motto: Friday is Flyday!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Da hilft es auch nichts, wenn Sie hinterher sagen: Ich spende ja an Atmosfair. Ich komme aus Altötting, und selbst bei uns ist der Ablasshandel seit Jahrhunderten abgeschafft.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Spannen wir den Bogen noch etwas weiter. In den vergangenen Wochen haben wir die Meldung gelesen, dass eine Regierung in Europa Kühlschränke ordert, um Medikamente und Spezialnahrung zu horten, weil sie vor Lieferengpässen Angst hat. Dabei denken wir aber nicht an ein Land in Europa. Vielleicht denken wir an Nicaragua oder Venezuela. Wenn wir weiterlesen, dass dieses Land 3.500 Soldaten in Alarmbereitschaft setzt, um auf Plünderungen oder andere Szenarien vorbereitet zu sein, denken wir an viele Länder, aber mit Sicherheit nicht an ein Land in Europa. Dieses Land ist aber Großbritannien. Dort fragt man sich, wie es eventuell nach einem harten Brexit weitergeht und wie bzw. ob die Lieferbeziehungen zwischen der EU und Großbritannien weiterbestehen.

Erst vor einer Woche haben wir uns hier im Hohen Haus zum wiederholten Male über den Brexit Gedanken gemacht. Ein Brexit ohne belastbare Vereinbarungen wäre ein deutlicher Einschnitt für unsere Wirtschaft, vor allem auch für die bayerische Automobilbranche. Leider müssen wir nach heutigem Stand konstatieren,

dass ein Happy End nicht in Sicht und ein harter Brexit ein durchaus realistisches, alarmierendes Szenario ist.

Das zeigt aber auch, wie wichtig ein geregelter freier Handel für uns ist. Gerade wir in Bayern wissen, wie sehr wir mit der Automobilbranche vom Export profitieren, wie sehr wir aber auch davon abhängen. Deswegen muss sich diese Branche für die Zukunft rüsten. Die Umbrüche, die anstehen, wurden schon erwähnt. Fakt ist, dass die bayerische Automobilindustrie eine Exportbranche ist. Vom deutschen Automobilexport kommen allein 28 % aus Bayern. Damit ist auch klar, dass ein funktionierender Welthandel für unsere Autobranche lebensnotwendig ist.

Wir müssen aber auch fragen, wie wir es schaffen, im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu bleiben. Das gelingt nur, wenn wir Innovation und Forschung auf europäischer Ebene fest verankern. In diesem Bereich werden nationalstaatliche Alleingänge in Zukunft kaum Aussicht auf Erfolg haben. Der Erhalt technologischer Kompetenz und industrieller Systemfähigkeit muss auf europäischer Ebene politisch verankert werden. Deshalb ist im Sinne der Zukunftsfähigkeit des Automobilstandorts Bayern ein klares Bekenntnis zu Europa notwendig; denn nur so können wir Sicherheit und Wohlstand in Bayern halten.

(Beifall bei der CSU)

Werte Kollegen von der AfD, ihr habt den Dexit in Erwägung gezogen und auch beschlossen. Wer den Menschen verspricht, dass ein Ausstieg aus der Europäischen Union den Wohlstand nicht schmälert, der verkauft ihnen Glasperlen als Edelsteine.

(Alexander König (CSU): Scharlatane!)

Wenn wir von Großbritannien und dem Brexit nach China und den USA schauen, dann sehen wir, dass auch dort Ungemach droht. BMW verkauft 17 % seiner Fahrzeuge in die USA, Audi 12 %. BMW produziert umfangreich in den USA. Aber das Geschäft dort ist eben auch von starken Stimmungsschwankungen geprägt. US-Präsident Trump hat bereits zu Beginn seiner Amtszeit empfindliche Strafzölle für Autoimporte angedroht. Passiert ist bislang nichts, nicht zuletzt deshalb, weil sich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker entschieden für gute und offene Handelsbeziehungen stark gemacht hat. Das US-Handelsministerium hat einen Bericht zu den Zöllen vorgelegt. Den tatsächlichen Inhalt kennt man jedoch nicht. China ist als Absatzmarkt fast noch wichtiger.

Bei all diesen Herausforderungen müssen wir uns folgende Fragen stellen: Wer kann im internationalen Handel für die Einhaltung von Regeln sorgen? Wer kann für vernünftige Standards bei Qualität, Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit sorgen? Wer kann für freien Handel mit guten Regeln sorgen? Wer kann für ein Auftreten auf Augenhöhe mit China und den USA sorgen? – Das kann nur die Europäische Union. Deshalb ist es in Zeiten, in denen um uns herum so viele Dinge infrage gestellt werden, notwendig, klare Antworten zu geben. Wir sagen Ja zu Innovation und zur Entwicklung nachhaltiger Mobilität. Wir sagen Ja zum Schutz von Patenten und geistigem Eigentum. Wir sagen Ja zu einem starken Europa als verlässlichem Handelspartner in der Welt. Wir sagen damit Ja zur Zukunft des Automobilstandorts Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster erteile ich der Kollegin Barbara Fuchs vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Barbara Fuchs (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! "Die Zukunft des Automobilstandorts Bayern sichern" – selbstverständlich wollen wir das. Wir wollen es nicht nur, wir müssen es auch. Die Automobilindustrie ist nämlich einer der wichtigsten Faktoren für unsere Volkswirtschaft und den Arbeitsmarkt. Ich möchte zunächst auf die Basis der Automobilindustrie zurückkommen. Ich möchte eher im Kleinen denken. Wer gehört zur Automobilindustrie? – Wir müssen uns bewusst machen, dass es eben nicht nur um die fünf großen Automobilkonzerne in Deutschland bzw. um die großen Konzerne in Bayern geht, sondern auch um die vielen Zulieferbetriebe. Über ein Drittel der gesamten Arbeitsplätze im Automobilbereich befinden sich in der Zulieferindustrie. 70 % der Wertschöpfung findet in mittelständischen Zulieferbetrieben statt. Deutschlandweit gibt es in diesem Bereich indirekt 1,8 Millionen Arbeitsplätze, in Bayern 400.000. Es stellt sich also nicht die Frage, ob, sondern wie die Zukunft gestaltet und gesichert werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines ist klar: So wie bisher kann es nicht weitergehen. Schauen wir uns beispielsweise das Thema Batterien an. Vorhin hat jemand erwähnt, dass die Batterie das Herzstück des E-Autos sei. Das ist richtig. Aber die Automobilkonzerne haben viel zu lange gebraucht, die Umstellung auf E-Mobilität überhaupt in die Wege zu leiten. Noch vor zehn Jahren wurde ein deutsches Unternehmen, welches in Deutschland Batterien in Kooperation entwickeln wollte, abgewiesen. Man wollte die Investition und das Risiko nicht eingehen. Hier hat der Weitblick schon mal gefehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Inzwischen macht uns China vor, wie es geht. China ist schon längst kein Kopierer mehr, sondern hat bei der Entwicklungskompetenz definitiv ein sehr hohes Niveau erreicht.

Aber die Automobilindustrie ist auf gar keinen Fall Opfer. Durch Intransparenz und Täuschung ist viel Vertrauen in unsere Automobilunternehmen verloren gegangen. Die Konsequenzen fallen den Unternehmen nun ein Stück weit auf die Füße. Die Konzerne müssen also ihr Vorgehen und ihr Verhalten verändern. Sie müssen glaubhaft eine neue Wertekultur entwickeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen ihren Umgang mit den Zulieferbetrieben stark verbessern. Die verlängerte Werkbank muss in den Umstellungsprozess integriert werden. Die Dieseldebatte ist ein Stück weit auch hausgemacht.

Ein Thema, welches die Zulieferbetriebe überhaupt nicht verstehen, ist: Die großen Konzerne können sich wirklich viel erlauben. Bei den Zulieferbetrieben werden Bauteile erst mit Qualitätsnote 1 zur Zahlung und damit zur Finanzierung der Entwicklungskosten freigegeben. Die kleinen Zulieferbetriebe finanzieren am Ende die Innovation und die Technologie in der Automobilindustrie. Das kann nicht so bleiben. Das können die Zulieferbetriebe nicht stemmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Förderung und Förderprogramme sind gerade für die Zulieferbetriebe notwendig, da diese letztendlich in Vorleistung gehen und Innovation und Entwicklung mittragen.

Der AfD möchte ich noch Folgendes sagen: Der Auspuff beim E-Auto hat nur eine optische und keine technische Funktion. Das ist so.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der AfD)

Die Umstellung betrifft nicht nur die Technologien selbst. Wir wissen natürlich nicht, welche die beste ist, wahrscheinlich ist es eine Kombination aus verschiedenen. Die Umstellung betrifft auch die Arbeitsplätze in den Konzernen und bei den Zulieferern. Der hohe Investitionsbedarf, der durch die Elektromobilität entsteht, betrifft den Maschinenbau, das Baugewerbe, die Informations- und Kommunikationstechnologie und die Weiterbildungsbranche. In diesen Bereichen entstehen Chancen auf neue Arbeitsplätze, bis 2022 könnten es 70.000 sein. Ein wesentlicher Anteil am Gelingen der Transformation in der Automobilindustrie wird in der Aufgabe liegen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitzunehmen. Es muss Qualifizierungs-, Fort- und Weiterbildungsprogramme geben; denn die Nachfrage nach Fachkräften, Expertinnen und Experten wird sich inhaltlich verändern. In den Bereichen Ausbildung und Studium müssen die Berufsbilder und Ausbildungsinhalte für die nächste Generation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angepasst und neu aufgestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Digitale Kompetenz, Forschung und Innovation werden immer wichtiger und müssen in den Ausbildungen vermittelt werden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in den Konzernen und Zulieferbetrieben beschäftigt sind, müssen die Möglichkeit zur Weiterbildung und Qualifizierung bekommen. Bildungsurlaub ist hier nur ein Aspekt, die Kostenübernahme ein anderer.

Die Konzerne und die Betriebe sind genauso in der Verantwortung, wie die Politik unterstützend zu wirken hat. Eine Vielzahl an Maßnahmen und Prozessen ist notwendig, damit die Automobilindustrie wieder zukunftsfähig wird und bleibt und unsere Standorte gesichert sind. Voraussetzung dafür ist eine transparente und offene Kommunikation für gemeinsame Ziele.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, Sie haben bereits eine halbe Minute überzogen.

Barbara Fuchs (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) – Dann entschuldige ich mich. Ich habe versucht, nicht das zu wiederholen, was andere schon gesagt haben. – Ich sehe eine gute Chance, aber wir müssen alle etwas tun, auch die Automobilindustrie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zum Schluss der Debatte erteile ich dem Staatsminister Hubert Aiwanger das Wort.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über ein, wie ich glaube, schicksalhaftes Thema für den Wirtschaftsstandort Bayern, für den Wohlstandsstandort Bayern. Wenn wir beim Thema "Zukunft des Autos" politische Fehler machen, werden wir später im Rückblick sagen: Damals wurden die Weichen gestellt für einen Abstieg aus der hohen Klasse eines sozialen Wohlfahrtsstaates hin zu einer ähnlichen Situation, wie sie an Rhein und Ruhr erleben. Damals wurden notwendige industriepolitische Weichenstellungen nicht erkannt. Ehemals blühende Landschaften wurden zu Zuschussgebieten.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Die Weichen sind doch schon falsch gestellt!)

So dramatisch möchte ich das in den Raum stellen. Wir alle wissen, dass in Bayern Hunderttausende Arbeitsplätze am Auto hängen. Fast jede Familie in Bayern hat ein Mitglied, das bei MAN, BMW, Audi oder einem der zahlreichen Zulieferbetriebe arbeitet. Insofern sind wir uns alle einig, dass wir alles tun müssen, um die Zukunft des Autos zu retten.

Es geht nun um die Frage: Wie schätzen wir die Zukunft ein? – Bei der Beantwortung dieser Frage sind bereits die ideologischen Lager aufeinandergeprallt. Ich glaube, am Ende hat jeder recht. Die Elektromobilität wird eine Zukunft haben. Aber auch der Verbrennungsmotor wird noch für die nächsten zehn, zwanzig Jahre ein wichtiger Marktfaktor bleiben. Auch die Chefs der Automobilkonzerne vertreten die Auffassung, dass die Verbrennungsmotoren die dominierenden Absatzzahlen liefern. Den Verbrennungsmotor heute abzuhaken, wäre vorschnell. Das würde uns Märkten im Export berauben, das würde uns aus Schwellenländern hinauskatapultieren.

Gleichzeitig sehen wir, dass vor allem in städtischen Strukturen, dass vor allem in höherentwickelten Strukturen mehr zum Elektromobil tendiert wird, weil dort momentan die Abgasmessung am Auspuff die Bewertungsgrundlage ist und man sagt: Was draußen durch die Stromerzeugung passiert, ist nicht unser Problem, wir wollen – auf den Punkt gebracht –, dass in München das Auto nicht stinkt. – Das stimmt insofern aus Münchner Sicht. Wer aber von außerhalb kommt, sagt: Ich will es auch mit meinem Diesel vom Bayerischen Wald bis an die Stadtgrenze Münchens schaffen. – Dann ist man sehr schnell beim Hybrid-Fahrzeug. Er kommt dann mit dem Verbrennungsmotor vielleicht bis an die Stadtgrenze, und dort, wo es darum geht, die Stickoxidbelastungen zu reduzieren, geht er auf Elektroantrieb über, der kein Stickoxid freisetzt.

Genauso ist die Debatte um Benzinmotoren und Dieselmotoren zu sehen. Der Benziner verursacht zwar weniger Stickoxid, dafür aber mehr CO₂ und mehr Feinstaub. Selbst ein hochmoderner Benzinmotor macht am Ende mehr Feinstaub. Wenn wir dann durch die Stickoxid-Debatte sind, wird die Feinstaub-Debatte eröffnet, und dann ist der Benziner raus.

Insofern, glaube ich, können wir nicht schwarz und weiß malen, sondern wir müssen alle Facetten der Thematik betrachten und passgenaue Lösungen erarbeiten, was dann zu dem Ergebnis führen wird – das ist schon gesagt worden –, dass man das eine tun muss, ohne das andere zu lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das tut Bayern momentan ganz massiv. Wir werden bald in die Haushaltsdebatten einsteigen. Dann werden Sie sehen, wie wir uns nach der Decke gestreckt haben, um erneuerbare Kraftstoffe in die industrielle Fertigung zu bringen, wie wir in die Kasse gegriffen haben, wie wir in die Kasse greifen, wenn es um das Thema Künstliche Intelligenz geht, wie wir in die Kasse greifen beim Thema der Batterieforschung. BMW ist an dem Thema dran, wir sind in Bayreuth dran. Wir schlafen nicht. Aber es ist auch eine Frage der Leistungsfähigkeit eines Landeshaushaltes. Ich höre Forderungen, dass die Batteriefertigung in industriellem Maßstab nach Bayern geholt werden soll. Ja, das können Sie tun, wenn Sie hundert Millionen Euro lockerhaben. Dann können wir uns in der Standortdebatte bewerben. Dann wird es aber heißen: Ihr werft Geld zum Fenster hinaus, soll das doch die Industrie tun! – und dergleichen mehr.

Also, wir müssen das auch im Rahmen unserer Möglichkeiten sehen. Das tun wir. Ich glaube, wir müssen die Themen jetzt wirklich ganz gezielt abarbeiten und die Probleme benennen.

Am Ende kommen wir dabei wieder auf eine Verteilungsdebatte Stadt/Land, die ich gar nicht zuspitzen will, sondern die ich nur analysieren und dann einer richtigen Lösung zuführen will. Wenn deutlich mehr Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr gefordert werden, unterstütze ich das. Aber das nutzt in erster Linie dem städtischen Umfeld; zu einem gewissen Teil sagen wir: Bitte auch mehr Geld aufs Land! – Aber wir bräuchten Milliarden, um auf dem Land so viel öffentlichen Personennahverkehr hinzubekommen, dass wir uns das Auto sparen können. Auf das Auto werden wir im ländlichen Gebiet nicht verzichten können. Also brauchen wir auch Lösungen, damit es der – ich bringe es noch mal – Arbeitnehmer aus dem Bayerischen Wald überhaupt bis an die Stadtgrenze Münchens schafft, und zwar bezahlbar, und dass man ihm nicht sagt, er soll ein neues Auto für 50.000 Euro kaufen. Das kann der sich heute nicht leisten; der würde sich arbeitslos melden, wenn es ein Fahrverbot in München gäbe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Genau deshalb ist es so wichtig, heute keine Fehler zu machen.

Von der großen Politik wurden in den letzten Wochen viele Themen hereingespielt, auf die die Bayerische Staatsregierung mit ihrer Wirtschaftspolitik und ihrer Umweltpolitik reagieren musste, bei denen man vor wenigen Wochen noch nicht wusste, wie es ausgeht. Wir wussten vor wenigen Wochen noch nicht, ob ein Fahrverbot in München tatsächlich auf der Tagesordnung steht. Das war so zu erwarten. Jeder hätte darauf gewettet, dass im Sommer 2019 kein Diesel-Auto von auswärts mehr in München fahren darf. Jetzt ist dieses Damoklesschwert hoffentlich weg, weil man, Gott sei Dank, die Messstellen überprüft und man jetzt sagt, es wäre nicht verhältnismäßig, den Mittleren Ring zu sperren. Wir konzentrieren uns auf weitere Debatten.

Genauso wenig wussten wir vor wenigen Monaten, dass von Brüssel so einseitig der Druck in Richtung Elektromobilität kommt,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

dass man das so durchdrückt. Wir müssen das jetzt fachlich natürlich kritisieren, auch ich. Diese Vorgaben von CO₂-Grenzwerten und zur Umstellung auf Elektroantrieb sind eine hohe Hürde. Das ist politisch vorgegeben, nicht fachlich begründet, aber das ist die Realität, mit der ich mich heute auseinandersetzen muss.

Damit kommt in der Flotten-Diskussion die Forderung, dass BMW, Audi usw. mehr Elektroautos liefern müssen. Die Autobauer sagen, wenn man die gesamte Umweltbilanz bis hin zum Kohleanteil an der Stromerzeugung betrachtet, ist das eigentlich nicht sinnvoll. Aber sie müssen liefern. Ob das fachlich sinnvoll ist, sei jetzt mal dahingestellt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Wir müssen uns damit aber auseinandersetzen.

Also, insofern ist das eine bunte Gemengelage, auf die wir als Staatsregierung – ich ziehe es jetzt zusammen – folgendermaßen reagieren: Im Rahmen unserer Haushaltsmöglichkeiten tun wir alles, um die Elektromobilität zu pushen, um neue Antriebssysteme zu pushen. Ich bin ein großer Freund des Gasantriebs, sei es am Ende auch über Power-to-gas oder die Wasserstofftechnik. Da schieben wir an.

Wir bewegen uns mit viel Geld in Richtung erneuerbarer Kraftstoffe, auch im Bereich Straubing und dergleichen mehr. Wir sind dabei, die Mobilitätskonzepte zusammenzuführen, sodass wir am Ende wohl dazu kommen, dass Sie in Ihr iPhone eintippen können: Ich will von A nach B in möglichst kurzer Zeit – und Ihnen wird dann empfohlen, von da bis dort mit dem Zug zu fahren, dort vielleicht auf ein Car-sharing-Modell umzusteigen und dann die letzten Meter mit dem Taxi oder was auch immer zurückzulegen. Da wird vieles kommen. Wir müssen auch das tun. Wir müssen die gesamte Branche mitnehmen.

Wir sind im Gespräch mit den Gewerkschaften, um diese Transformationsprozesse für die Arbeitnehmer zu organisieren. Wir sind auch in enger Zusammenarbeit mit dem Kfz-Gewerbe, das immerhin rund 100.000 Arbeitsplätze in Bayern stellt, um auch dort vorauszudenken, was es für einen Betrieb bedeutet, wenn morgen nicht mehr der Dieselmotor gewartet werden muss, sondern die Batterie, wie die Leute nachqualifiziert werden, ob in einem Kfz-Betrieb neue Techniken gebraucht werden. Die Digitalisierung steht darüber als ganz große Überschrift. Wir sind also dabei, genau die Probleme gemeinsam mit der Autoindustrie abzarbeiten.

Jawohl, ich bin auch in Kontakt mit dem Bundesverkehrsministerium. Ich habe mich erst wieder nach dem Stand der Nachrüstungen erkundigt. Auch hier können wir nicht einseitig sagen: Nachrüstung ist Unsinn – oder: Nachrüstung muss dieser oder jener bezahlen. Auch hier muss man differenzieren. Die Nachrüstung der Hardware ist sinnvoll. Das kostet rund 3.000 Euro. Ich bin nach wie vor der Überzeugung: Dort, wo betrogen worden ist, muss das eben der Hersteller machen, muss das der Betrüger machen, muss das die Industrie machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Christian Flisek (SPD))

Und dort, wo nicht betrogen worden ist, kann man sagen: Lieber Bürger, du hast ein Euro-4-Dieselfahrzeug, du bist kein Betrugsopfer, entweder du rüstest nach, oder wir verbieten dir das Einfahren in die Innenstädte. – Es hat nicht jeder Autohersteller betrogen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Ein Bürger ist dann vor die Frage gestellt, in sein Auto noch mal 1.000 oder 2.000 Euro für ein AdBlue-System zu investieren, vielleicht mit Staatszuschuss, vielleicht mit Beteiligung der Industrie. Damit erreicht man eine deutliche Reduzierung der Stickoxidwerte. Das unterstütze ich massiv. Warum sollte man ein Auto wegwerfen, das noch funktioniert, nur weil kein Nachrüstsatz eingebaut ist?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn damit der Stickoxidausstoß um 80 % sinkt, können wir dieses Auto guten Gewissens wieder in die Innenstadt Münchens fahren lassen, anders vielleicht nicht.

Ebenso glaube ich, dass wir dieses Themenfeld ganz gezielt abarbeiten müssen, ohne ideologische Debatten, ohne für oder gegen das Auto zu sein. Wir brauchen in weiten Teilen Bayerns das Auto, vor allem auf dem Land. Aber auch in München, meine Damen und Herren, stehen alle Straßen auf beiden Straßenseiten voller Autos, Stoßstange an Stoßstange. Auch die Münchner werden überwiegend nicht ohne Auto auskommen; auch sie wollen mobil sein. Ich glaube, es gehört zur Freiheit einer Bevölkerung, die individuelle Mobilität zu haben. Nur im öffentlichen Personennahverkehr unterwegs zu sein, passt nicht immer. Manchmal will man ein privates Telefonat führen, ohne dass fünf Leute außen herum zuhören. Manchmal

will man zum Einkaufen fahren, weil man Dinge in einem Volumen gekauft hat, dass man sie nicht im Bus oder in der Bahn herumschleppen will.

Ich glaube, es gehört auch zum Gesicht Bayerns, den Bürgern so viel Freiheit einzuräumen, dass wir die individuelle Mobilität nicht verteufeln und politisch nicht ins Messer laufen lassen, sondern dass wir das Auto retten, im Sinne der Bürger, im Sinne der Arbeitsplätze und im Sinne des Exportes. Hierzu sind intelligente Herangehensweisen gefragt, keine Schwarz-weiß-Debatten oder das Ausblenden von Realitäten. Man kann nicht so tun, als gäbe es keine Brüsseler Vorgaben, keine Stickoxidbelastungen in den Städten. Alles das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Wir müssen auch den internationalen Wettbewerb zur Kenntnis nehmen. Die Chinesen pushen die Elektromobilität mit massiver staatlicher Unterstützung auf Teufel komm raus. Um dagegenzuhalten ist unser Geldbeutel in Bayern, vielleicht sogar in Deutschland zu schmal. Trotzdem sind wir der Meinung, wir müssen die Technikführerschaft behalten oder zurückgewinnen und an anderer Stelle sinnvoll kooperieren, um im Spiel zu bleiben.

Noch einmal: Verlassen Sie sich darauf, die Bayerische Staatsregierung hat den Ernst der Lage mehr als erkannt. Wir tun etwas, nicht erst seit dieser Koalition, sondern schon vorher. Ich will nicht sagen, dass wir jetzt die neuen Schlaunen sind. Auch früher wurden viele wichtige Weichen gestellt. Viele Herausforderungen, die jetzt auch auf mich zukommen, sind erst in den letzten Wochen entstanden, durch Fakten aus Brüssel, durch neue Erkenntnisse über die Messstationen. Darauf müssen wir jetzt gezielt reagieren. Das Thema Messstationen entlastet uns momentan. Es nimmt sogar, Gott sei Dank, Druck aus der Debatte heraus.

Ich bin der Überzeugung, hier erkennen wir durchaus parteiübergreifend das Ziel, das Auto zu retten. Vielleicht sind die Ansätze dafür etwas unterschiedlich. Meine Türen im Ministerium stehen jedenfalls jedem Mann und jeder Frau in diesem Hause offen. Wer gute Vorschläge hat, wer innovative Tipps hat, wer sagt, in meiner Region ist dieses oder jenes besonders wichtig, kann kommen. Machen wir es zu unserem gemeinsamen Ziel, dem Auto zu helfen, um auch Bayern zu helfen. An dieser Stelle: Vielen Dank, wir packen das.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung
über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe Zustimmung aller Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Bericht der Staatsregierung zum Brennernordzulauf (Bahntrasse)
(Drs. 18/374)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbau des Brenner-Nordzulaufs (Drs. 18/386)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Andreas Winhart.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Guten Morgen, Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, dass sich die Fraktion der GRÜNEN unserer Idee, dieses Thema zu bearbeiten, mit ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag heute Morgen angeschlossen hat. Ich möchte aber vorausschicken, dass Ihr Antrag leider nicht so weit geht wie unserer und sich hauptsächlich um die Ökobelange in den Staatsverträgen kümmert. Das geht uns nicht weit genug.

Meine Damen und Herren, wir bitten heute um Zustimmung zu dem von uns vorgelegten Berichtsantrag. Es geht heute darum, ob die Staatsregierung Stellung nehmen soll zum Thema Brenner-Basistunnel-Nordzulauf. Das ist eigentlich eine Formalie, weil die Staatsregierung immer wieder betont, wie wichtig ihr das Thema Transparenz ist. Die Menschen in der Region Rosenheim verlangen nach klaren Worten, nach klaren Antworten. Diese haben sie bisher weder im sogenannten Planungsdialog noch vonseiten der Staatsregierung oder vonseiten des Bundes oder der Bahn erhalten. Am 21. Januar dieses Jahres, anlässlich des Besuches des CSU-Bundesverkehrsministers Scheuer, demonstrierten in Rosenheim über 3.000 Bürgerinnen und Bürger in einem Sternmarsch. Darunter waren zahlreiche Landwirte mit ihren Traktoren. Gerade die Landwirtschaft ist von diesem unglaublichen Flächenverbrauch durch das Projekt Brenner-Nordzulauf betroffen. Der Rosenheimer Raum ist mittlerweile sehr dicht besiedelt. Jede Grünfläche ist für die Landwirtschaft kostbar. Selbstverständlich ist sie das aber auch für Flora und Fauna; insbesondere schützenswert sind die Filze, die Moorgebiete, die zahlreichen Seen um Rosenheim, die Wasserschutzgebiete, die Biotope und die Waldgebiete.

Im Inntal wird es im wahrsten Sinne des Wortes besonders eng. An manchen Stellen ist die geografische Lage so, dass nur wenige Hundert Meter Talbreite zur Verfügung stehen. Zum Inn, dem Fluss, der auch für die Gewinnung regenerativer Energie genutzt und aufgestaut wird, kommt noch die Autobahn, dazu die Straßen, die Stromtrassen und die bestehende Bahnstrecke. Künftig soll nun noch eine zwei- bis vierspurige Zulaufstrecke zum Brenner dazukommen.

Dieses Projekt ist für den Tourismus in der Region Inntal der Todesstoß, das sollte jedem klar sein. Wir wollen aufgrund der massiven Eingriffe in den Lebensraum von Mensch, Tier und Natur in und um Rosenheim von der Staatsregierung wissen, von welchen Vorteilen aus Sicht der Staatsregierung die Bevölkerung im Raum Rosenheim profitiert, welche Kosten auf den Freistaat zukommen und vor

allem, ob eine großräumige Neuplanung aus Sicht der Staatsregierung möglich ist, um den dicht besiedelten Raum Rosenheim zu umgehen.

Die Staatsverträge, werde Kolleginnen und Kollegen, und die Planungen gehen auf eine Entscheidungsgrundlage aus den 1980er-Jahren zurück. Sie stammen aus der Zeit des damals noch geteilten Europas. Die Verkehrsströme in Europa haben sich mit der wirtschaftlichen Anbindung der östlichen Staaten aber grundsätzlich und grundlegend verändert. Gutachten neueren Datums entbehren jeglicher substantieller Grundlage und beruhen auf Schätzungen und Prognosen. Meine Damen und Herren, das ist keine Basis für eine glaubhafte Notwendigkeit des Projektes. Noch dazu ist völlig unklar, inwieweit auf der südlichen Seite das italienisch verwaltete Südtirol überhaupt in absehbarer Zeit Zulauftrassen liefern kann. Über 150.000 Menschen in der Region mit potenzieller Sicht- und Lärmbelästigung entlang der Planungstrasse befürchten: Hier wird unsere Heimat zerstört. Vor uns erstreckt sich dann der Brenner-Nordzulauf. – Ein europäischer Fernverkehrstrahm oder eher ein Albtraum aus Beton, Stahl und Lärmschutzwänden? – Viele Rosenheimer befürchten, nach "Stuttgart 21" droht nun ein "Inntal 21". Daher bitten wir die Fraktionen dieses Hauses, unserem Berichtsantrag zuzustimmen, um wenigstens zu erfahren, welchen politischen Kurs die Staatsregierung in dieser Frage nehmen will. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Markus Büchler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns dem AfD-Antrag mitnichten angeschlossen, sondern ganz im Gegenteil, wir empfehlen Ihnen, den AfD-Antrag abzulehnen. Der Grund ist, dass die Fragen, die Sie stellen, im Wesentlichen bereits im Internet behandelt sind. Ich empfehle Ihnen auch eine Internetseite dazu, nämlich: brennernordzulauf.eu. Man beachte ".eu". Vielleicht konnte das bei Ihnen nicht angezeigt werden, denn vielleicht müssten Sie erst den Anti-Europa-Filter an Ihrem Computer deaktivieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Interessant sind vielmehr andere Fragen. Interessant sind Fragen, die wir in unserem Berichtsantrag stellen, nämlich: Wie kann es dazu kommen, dass 3.000 wütende Leute vor dem Landratsamt in Rosenheim protestieren wegen einer Baumaßnahme, die in Tirol, an derselben Linie, schon fertiggestellt ist? Dort hat niemand vor der örtlichen Bezirkshauptmannschaft protestiert. Stattdessen ist das Ganze im allgemeinen Einvernehmen durchgeführt und fertiggebaut worden. Was hat Österreich anders gemacht, als es hier bei uns in Deutschland gemacht wird? – Österreich hat von Anfang an einen klaren Plan für eine Verkehrsverlagerung vorgelegt, um die Lastwagen von der Autobahn herunterzubekommen und auf die Schiene zu verlagern. Das hat allgemeinen Zuspruch gefunden. Auf der Basis dieses Konsenses ist in Österreich eine breite Bürgerbeteiligung erfolgt. Man hat den Leuten maximalen Lärmschutz sowie zusätzliche Maßnahmen über den gesetzlichen Mindeststandard hinaus versprochen und dieses Versprechen auch gehalten. Es wurde ein maximaler Landschafts- und Naturschutz durch Tunnelbauwerke gewährleistet. In Tirol hat man sich im mittleren Inntal einen Tunnel mit einer Länge von 30 km geleistet. Das ist genauso lang wie die Strecke von Kiefersfelden nach Rosenheim.

Deshalb wollen wir klare Informationen, bevor rechte Aufwiegler die Leute vor Ort aufhetzen und die Situation ausnutzen. Deswegen fordern wir mit unserem Be-

richtsantrag: Schaffen Sie Klarheit, wohin Sie mit dieser Ausbaustrecke wollen, bevor die Leute auf die Barrikaden gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Kollege Klaus Stöttner von der CSU.

Klaus Stöttner (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Landkreis Rosenheim sind Herr Kollege Lederer und ich daheim. Über das Thema Brenner-Zulauf reden wir nicht erst seit heute. Wir beschäftigen uns sicherlich schon seit den Neunzigerjahren mit diesem Thema. Gestern habe ich gehört, dass die Kollegen von der AfD und den GRÜNEN Dringlichkeitsanträge eingebracht haben, weil sie einen Bericht von der Staatsregierung fordern. Der Herr Kollege von den GRÜNEN hat schon zu Recht gesagt, dass bereits alles dokumentiert ist. Dazu gibt es auch Protokolle. Deshalb ist fraglich, wie hoch die Dringlichkeit ist.

Meine Damen und Herren, beim Brenner-Zulauf handelt es sich um eine Strecke im Transeuropäischen Netz – TEN –, das von Paris bis nach Ungarn und von Berlin bis nach Palermo reicht. Diese europäische Strecke macht den lokal Betroffenen wie den Rosenheimern keinen Spaß. Dort wird gefragt: Was haben die Rosenheimer von dieser Strecke? – Auf diese Frage kann man keine logische und vernünftige Antwort geben. Wir als Rosenheimer wollen das Beste für unsere Leute. Wir wollen, dass sich unsere Landschaft vernünftig weiterentwickeln kann. Wir dürfen uns jedoch in der Politik nicht davor verschließen, über Entwicklungen zu reden, die auf uns zukommen. Seinerzeit hat unser Landesvater Franz Josef Strauß Entscheidungen getroffen, die für das Land langfristig wichtig waren. Wir müssen uns überlegen: Wollen wir mitreden oder wollen wir nicht mitreden?

Deshalb müssen wir uns die Fragen stellen: Was sind die wichtigen Planungen? Wo geht es hin? Wie ist es verträglich? Darum müssen wir uns kümmern. Wir als Rosenheimer und Mitglieder des Bayerischen Landtags sind im Grunde gar nicht zuständig, weil es sich um eine Bundesangelegenheit handelt. Der Bund muss sich zu diesem Thema äußern und sich darum kümmern. Die Bürgermeister, der Landrat und wir als Abgeordnete sind ebenfalls betroffen. Das ist gar keine Frage. Wir kümmern uns darum, weil die Leute auf uns zukommen. Wir nehmen ihre Anliegen sehr ernst.

Wer eine Autobahn vor der Türe hat, dem gefällt das nicht. Wer eine Bahnstrecke vor der Türe hat, dem gefällt das auch nicht. Unser Bundesverkehrsminister sagt, der Güterverkehr auf der Bestandstrasse sei dermaßen laut, dass es die Leute nicht aushalten, dort zu leben. Deshalb hat er ein Gesetz zum Lärmschutz auf den Weg gebracht, wonach bei einer schlechten Zug- bzw. Lokqualität die Trassenpreise erhöht werden. Er hat außergewöhnliche Maßnahmen zur Verbesserung des Lärmschutzes in der Region ergriffen und mit vielen Millionen Euro hinterlegt.

Aber ich sage Ihnen: Wir müssen uns als Freistaat Bayern darum kümmern, mehr Geld zu bekommen, um einen vernünftigen Lärmschutz auf der Bestandstrasse zu gewährleisten. Wir müssen uns darum kümmern, dass die Planungen die Menschen langfristig am wenigsten berühren. Ich sehe viele Landwirte in diesem Hohen Haus. Wir müssen bei Baumaßnahmen darauf schauen, dass die Agrarflächen nicht in der Region ausgeglichen werden. Die Ausgleichsflächen sollten finanziell ausgeglichen werden. Sie sollten außerhalb der Region ausgeglichen werden, weil es sich um ein europäisches Projekt und nicht um ein Rosenheimer Projekt handelt.

Deshalb haben mich die Dringlichkeitsanträge, mit denen ein Statement des Freistaats Bayern gefordert wird, überrascht. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN und der AfD, eure Fraktionen sind jeweils im Bundestag vertreten. Die Fragen sollten dort gestellt werden, wo auch die Entscheidungen getroffen werden. Dazu zählt auch die Frage, was mit den alten Transittrassen, die über Österreich und die Schweiz führen, passiert. Wahrscheinlich werden sich auch die Kreistage und die Gemeinderäte mit diesen Fragen beschäftigen. Jedoch sollten die Fragen dort gestellt werden, wo auch die Entscheidungen getroffen werden.

Wir gehen mit diesem wichtigen und großen Thema sehr verantwortungsvoll um. Wir wollen die Entscheidung über die Trasse so lange wie möglich hinauszögern. Wenn die Trasse jedoch kommt, möchten wir als Rosenheimer, als Bürgermeister und als Abgeordnete mitreden, um die verträglichste Lösung zu finden. Wir glauben, dass die Zukunft abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung ist. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung die Trasse notwendig machen, möchten wir mitreden.

Aus unserer Sicht handelt es sich bei den Dringlichkeitsanträgen um Schaufensteranträge, die nur Stimmung machen. Ihr seid nicht in Rosenheim und diskutiert mit 3.000 Leuten. Ihr hockt hier und macht Stimmung, um die Leute weiter zu beunruhigen. Das Land und die Politik stehen in der Gesamtverantwortung, die Verkehrsinfrastruktur zu stärken.

(Zurufe von der AfD)

Wir leben von vernünftigen Infrastrukturmaßnahmen. Bayern ist stark, weil es eine gute Infrastruktur hat. Wenn wir diese Infrastruktur brauchen, müssen wir gemeinsame Lösungen finden. Wir sollten nicht sagen: Das ist Teufelszeug, das brauchen wir bei uns nicht, das sollen die Schweizer oder die Österreicher entscheiden.

Wir sind nicht für die Berichte zuständig. Sie können jedoch gerne eine Schriftliche Anfrage an die Staatsregierung stellen. Für uns ist es nicht der richtige Weg, diese Dringlichkeitsanträge im Plenum einzubringen. Im Hinblick auf die Dringlichkeitsanträge verweisen wir auf die Zuständigkeit des Bundes.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Es gibt Zwischenbemerkungen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Bergmüller hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Bergmüller, Sie haben das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr verehrter Kollege Klaus Stöttner, wir waren sehr wohl vor Ort. Die örtlichen AfD-Abgeordneten waren sowohl bei der Demonstration als auch bei zahlreichen Bürgergesprächen. Wir weisen den Vorwurf zurück, wir würden uns um diese Sache nicht kümmern und nur gescheit daherreden.

Bei Dringlichkeitsanträgen geht es nicht um die Dringlichkeit; das wissen doch alle im Hause. Es geht um die aktuelle politische Auseinandersetzung. Im Koalitionsvertrag geht es um Lärmschutz. Ich stelle Ihnen als Abgeordneten aus Rosenheim die Kernfrage der Bürger: Wie machen wir es mit dem Lärmschutz? Geht es um Neubaustandards bei der Bestandsstrecke? Oder geht es um die bisher in den Raum gestellte Ertüchtigung? Das war die Kernfrage der Bürger draußen vor Ort. Meines Erachtens stehen Sie als Abgeordneter und Vertreter der CSU-Fraktion im Wort und müssen Stellung beziehen. Setzen Sie sich für den Neubaustandard bei der Bestandsstrecke ein? Oder setzen Sie sich für die Ertüchtigung im Rahmen dessen, was die Bahn anbietet, ein?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stöttner, bitte.

Klaus Stöttner (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Kollege Bergmüller, wenn Sie die Zeitungsberichte und die Protokolle der Dialogforen gelesen haben, wissen Sie, dass ein zweiteiliges Verfahren in der Diskussion steht. Dafür sind auch Gelder zur Verfügung gestellt worden. Der Lärmschutz an der Bestandstrasse soll verbessert werden. Die Grobplanung der Neubautrassen und die Trassenfindung werden in einem zweiten Verfahren behandelt.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Wir setzen uns massiv für die Verbesserung des Lärmschutzes ein. Unsere Bundestagsabgeordneten aus der Region haben bereits viel bewirkt. Das ist ein ganz klares Signal für die Bestandstrassen. Solange es machbar ist, wird vieles auf der Alttrasse abgewickelt werden. Wir setzen uns selbstverständlich nicht für eine Neutrasse ein. Wir sagen: Wenn die Trasse notwendig ist, wollen wir zum Wohle unserer Bürger mitreden. Priorität hat die Verbesserung des Lärmschutzes an der Bestandstrasse. Die aktuelle Situation der Betroffenen muss sich verbessern.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Stöttner. Sie dürfen wieder zu Ihrem Platz zurückkehren. – Nächste Wortmeldung: Hans Friedl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörer! Wir haben gerade gehört, dass es sich hier um eine Bundesangelegenheit handelt. Darüber kann das Staatsministerium keine Auskunft geben. Ich möchte trotzdem ein paar Punkte dazu sagen. Unbestritten ist sicherlich, dass der Güterverkehr von der Straße auf die Schiene gebracht werden muss. Das Ziel künftiger Verkehrspolitik sollte es sein, auch in der Zukunft den gestiegenen Transportbedarf umweltverträglich und sicher zu bedienen.

Das Projekt Brenner-Basistunnel ist schon sehr lange ein Thema. Unter dem FDP-Verkehrsminister Martin Zeil ist es im Dornröschenschlaf versunken. Dass der Brenner-Basistunnel mit seinen Zuläufen im Norden bei der Bevölkerung ein Thema ist, kann man an der Zahl der Teilnehmer an Informationsveranstaltungen und Demonstrationen sehen. An der Informationsveranstaltung, die im vergangenen Monat durchgeführt wurde, nahmen über tausend Menschen teil. Dieses Thema bewegt die Menschen draußen.

Verschiedenste Stellen jonglieren mit Zahlen: wenige Züge gestern, viele Züge heute. Heute reicht die bestehende Trasse aus; sie muss nur ertüchtigt werden? Morgen ist schon von einer zusätzlichen Trasse die Rede. Lärmschutz, ja oder nein? Wenn ja, wie wird er umgesetzt? Reicht die technische Lärmreduktion bei den Güterwaggons und dem Bremssystem, oder müssen – in Anführungszeichen – "nur" Lärmschutzwände errichtet werden? Eine frühe Bürgerbeteiligung wurde bei diesem Thema versäumt. Verpasste Chancen lassen sich meist nur schwer wiederherstellen. Die Menschen vor Ort sind sehr stark verunsichert. Dies treibt den Unmut.

Wir FREIEN WÄHLER sind nicht gegen den Meinungs austausch und die intensive Diskussion über solche Projekte. Aber sich immer wieder ändernde Informationen führen unweigerlich in eine Sackgasse. Die Informationen, die uns vom Bundesministerium geliefert werden müssen, eröffnen uns Chancen, mit allen Beteiligten und Betroffenen ins Gespräch zu kommen. Ich muss aber noch einmal sagen: Dafür ist nicht die Staatsregierung zuständig. Das ist eine Bundesangelegenheit.

Wir haben die Chance, mit dem Bundesministerium vielleicht doch noch den Brenner-Nordzulauf zeit- und bedarfsgerecht fertigzustellen. Jetzt geht es um einen Restart mit konsequenter Bürgerbeteiligung. Hier sollte die Bayerische Staatsregierung ansetzen. Wir sollten die Planung begleiten, wobei eine maximale

Anwohnerfreundlichkeit gewährleistet werden sollte, wie das CSU und FREIE WÄHLER in ihrem Koalitionsvertrag formuliert haben. Wir dürfen die Anwohner entlang der Zulaufstrecke nicht schlechterstellen als die Anwohner im benachbarten Tirol.

Ein kleiner Hinweis an die Damen und Herren von der AfD: Wie soll eine Bayerische Staatsregierung erklären, ob sie an Verträgen festhält, die der Bund geschlossen hat? Wir FREIEN WÄHLER werden sowohl den Dringlichkeitsantrag der AfD als auch den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Diana Stachowitz von der SPD-Fraktion.

Diana Stachowitz (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! An diesem Tagesordnungspunkt sehen wir heute wieder einmal ganz deutlich: Die Demokratie ist ein Geschäft, bei dem man Kompromisse für das Beste für die Natur, für das Beste für den Verkehr und für das Beste für die Menschen finden muss. Dazu müssen wir miteinander reden. Was wir überhaupt nicht gebrauchen können: dass wieder Angst geschürt wird, dass wieder so getan wird, als ob etwas im geheimen Kämmerlein gemacht wird. Deshalb kann ich gleich ankündigen: Wir werden dem Dringlichkeitsantrag der AfD nicht zustimmen. Wir sind für dieses Europa-Projekt, weil es sehr viele Vorteile für die Menschen in unserem Land und in Europa bringen wird. Es führt zu besserer Luft, weil der Güterverkehr endlich auf die Schiene gebracht werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden mehr Mobilität auf die Schiene bringen. Das ist sowohl für die Menschen als auch für die Natur gut. Wir werden genau hinschauen, was für die Landschaft getan werden muss und was die Menschen brauchen. Ich komme nicht aus Rosenheim, sondern aus München. Dennoch sage ich: Die Menschen müssen unbedingt vor dem Verkehrslärm geschützt werden. Das muss eine der Prioritäten sein. Lieber Herr Kollege Stöttner von der CSU und lieber Herr Kollege Friedl von den FREIEN WÄHLERN, dieses Thema dürfen wir nicht auf die Bundesebene abschieben. Wir stehen hier mit in der Verantwortung. Dieses Thema gehört in den Bayerischen Landtag. Wir müssen bei diesem Thema über das Mindestmaß hinausgehen. Hier ist der Freistaat Bayern gefordert. Diese Trasse verläuft durch unsere "Herzlandschaft", das Inntal. Sollten wir als Bayern darauf keine Antworten geben, könnte ich nur sagen: Das ist sehr schade.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU hätte bei diesem Thema schon längst tatkräftig zupacken können. Wir haben nämlich seit zehn Jahren im Bund ein CSU-geführtes Verkehrsministerium. Obwohl wir Bayern immer an der Spitze sein wollen, hängen wir bei diesem Thema unseren europäischen Nachbarn hinterher. Das können wir doch nicht zulassen. Ich hätte erwartet, dass Bayern bei diesem Projekt voranschreitet und vor seinen europäischen Nachbarn ist. Sie haben das verpasst. Die Menschen haben das gemerkt. Deshalb gilt es jetzt, ganz schnell ein Verkehrskonzept vorzustellen und die Leute über die Verladestationen und die Güterterminals zu informieren. Sie müssen den Leuten sagen: Wir haben den Überblick.

Wir werden deshalb dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zustimmen. Er enthält die wichtigen Aspekte. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Brenner-Basistunnel ist ein absolutes Jahrhundertprojekt. Er wird die längste unterirdische Bahnstrecke der Welt. Die Planungen haben vor 30 Jahren begonnen. Die Machbarkeitsstudie datiert vom Jahr 1989. Damals bin ich in die zweite Klasse gekommen. Inzwischen ist bereits die Hälfte der Strecke aufgebrochen.

Meine Damen und Herren, wer glaubt, dieses Projekt jetzt stoppen oder es, zumindest auf deutscher Seite, ausbremsen zu können, ist auf dem Holzweg, der ist nicht ehrlich mit sich selbst und nicht ehrlich mit der Bevölkerung, sondern er betreibt nur Populismus.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Österreich und Italien haben in Sachen Brenner-Basistunnel ihre Hausaufgaben gemacht. Deutschland hinkt leider hinterher. 2026 wird der Brenner-Basistunnel eingeweiht. In Deutschland werden wir den Nordzulauf frühestens 2038 fertiggestellt haben. Verantwortlich dafür ist die CSU, die seit zehn Jahren das Verkehrsministerium in Berlin führt. Fakt ist, dass das Verkehrsaufkommen steigt. Unbestritten ist außerdem, dass gerade das Güterverkehrsaufkommen in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Es ist weitgehend auch Konsens, dass wir eine Verlagerung des Verkehrs, insbesondere des Güterverkehrs, von der Straße auf die Schiene brauchen. Das sehen auch die Leute so, die entlang der Inntal-Autobahn jeden Tag die Lkw-Massen erleben.

Deswegen brauchen wir einen gut ausgebauten Brenner-Nordzulauf. Meine Damen und Herren, ich sage das als Rosenheimer Abgeordneter, der sich bewusst darüber ist, dass das Projekt im Stimmkreis sehr kritisch und kontrovers gesehen wird. Ich sage aber auch: Dieses Projekt kann nur im Dialog mit der ansässigen Bevölkerung umgesetzt werden. Es kann nur mit den höchsten Standards in puncto Schallschutz und in puncto Naturschutz umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, es geht um unsere Heimat. Wer einmal im Inntal war und das Inntal kennt, dieses wunderschöne Stückchen Erde, der versteht die Anwohner und weiß, warum es bei diesem Thema so viele Emotionen gibt, der versteht auch den Protest; denn den Menschen geht es darum, ihre Heimat zu bewahren. Die FDP wird deshalb dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zustimmen.

Die Regierung muss ein Konzept aufzeigen, wie der Schutz der Natur und der Schutz der Anwohner sichergestellt werden können. Das Land Tirol hat es geschafft, dass dort 80 % der Strecke unterirdisch verlaufen. Warum sollen wir nicht schaffen, was Tirol schafft?

Meine Damen und Herren, die Regierung muss auch ein Konzept dafür vorlegen, wie es tatsächlich gelingt, mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern; denn in einem haben die Gegner dieses Projekts recht: Es bringt nichts, neue Trassen durch das Inntal zu bauen, wenn es dann nicht gelingt, dass der Güterverkehr tatsächlich auf die Schiene kommt. Deswegen müssen wir es schaffen, dass beispielsweise die Verladebahnhöfe sichergestellt werden. Der Antrag der GRÜNEN sieht das vor, und deshalb stimmen wir ihm zu.

Ablehnen werden wir den Antrag der AfD, meine Damen und Herren. Wenn nahegelegt wird, Bayern oder Deutschland könnten Verträge mit Österreich oder Italien,

die seit Jahrzehnten gelten, infrage stellen, wird damit den Menschen Sand in die Augen gestreut. Pacta sunt servanda. Wir werden den Brenner-Basistunnel nicht stoppen, wir wollen ihn nicht stoppen, er ist ein wichtiges Projekt. Deswegen lehnen wir den Antrag der AfD ab.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Hagen, bitte bleiben Sie am Pult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Winhart von der AfD gemeldet.

Andreas Winhart (AfD): Werter Herr Hagen, Sie sind Rosenheimer Abgeordneter. Ich glaube, Ihr Wohnort liegt nicht im Landkreis Rosenheim und auch nicht in der Stadt Rosenheim, aber das nur nebenbei. Sie haben sich gerade dafür ausgesprochen bzw. wortwörtlich gesagt, Sie würden diesen Tunnel und den Brenner-Zulauf wollen, koste es, was es wolle, egal, was die Staatsregierung berichtet. Dann braucht es auch keinen Bericht mehr.

Seien Sie doch einmal ehrlich: Haben Sie sich unseren Antrag überhaupt einmal durchgelesen? Auch darin geht es um einen Bericht. Wir diskutieren hier nicht darüber, was wir davon halten, ob wir den Tunnel wollen oder ob wir keinen Tunnel wollen, ob wir den Zulauf insgesamt wollen oder nicht wollen. Wir diskutieren hier über einen Bericht der Staatsregierung. Ist Ihnen das bekannt? Haben Sie sich unseren Antrag angesehen?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Hagen, bitte schön.

Martin Hagen (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Ich pflege Anträge, zu denen ich spreche, zu lesen, Herr Winhart. Ich weiß nicht, ob das bei Ihnen in der Fraktion üblich ist. Wenn Sie mir zugehört hätten, dann hätten Sie auch verstanden, dass es nicht darum geht, etwas zu bauen, koste es, was es wolle, sondern darum, das zu bauen, was notwendig ist.

Herr Winhart, ich weiß doch, was die AfD in Rosenheim macht. Sie versuchen dort, auf einer populistischen Welle zu reiten. Sie versuchen dort, den Protest von Menschen, die als Anwohner berechnete Befürchtungen haben, für Ihre Partei zu nutzen. Sie werden damit nicht durchkommen, ganz einfach, und dieses Parlament lässt Ihnen das auch nicht durchgehen.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Staatsminister Dr. Hans Reichhart. – Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Planungen zum Brenner-Basistunnel gehören zu den anspruchsvollsten Planungen der verschiedenen Neubauprojekte, die wir im gesamten bundesdeutschen Kontext haben. Sie sind deswegen so anspruchsvoll, weil der Bedarf zum Teil infrage steht, weil naturschutzfachliche Belange infrage stehen, weil eine baupraktische Ausführung infrage steht, aber insbesondere auch deswegen – und das ist, glaube ich, uns und den Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN vor Ort sehr wichtig –, weil sie im Einvernehmen und vor allem im Gespräch mit den Betroffenen vor Ort erfolgen soll.

Der Ausbau wurde vom Bund in Auftrag gegeben; die Planung erfolgt durch die Deutsche Bahn. Zunächst muss man eines hier klarstellen: Es ist der Bund, es ist die DB Netz, die am Schluss die Entscheidungen treffen. Nicht der Freistaat Bayern hat die Entscheidungshoheit. Anders als bei unseren Straßen, anders als bei

unseren Projekten hat hier der Bund den Hut auf und insoweit das letztentscheidende Wort.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist wichtig, alle Betroffenen vor Ort unter einen Hut zu bringen: die Landwirtschaft, die Orte, die Bürgermeister, die Kommunalpolitik, die Region, die Wirtschaftsverbände, die Naturschützer – alle, die potenziell davon betroffen sind. Ich glaube, ganz wichtig ist, den Weg zu gehen, der in der Region in den letzten Jahren auch schon eingeschlagen wurde. Zunächst wurde gesagt, es sei wichtig, jetzt sofort eine Verbesserung zu erreichen. Unabhängig davon, ob die Neubautrasse kommt oder ob sie nicht kommt, ob der Bedarf feststeht, ob diese Trasse dann wirklich zur Ausführung kommt, ist es wichtig, jetzt für die Menschen vor Ort etwas zu schaffen, etwas zu gewährleisten.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, trifft es nicht zu, dass wir uns in Bayern nur zurücklehnen und sagen: Wir mischen uns dort nicht ein. – Nein, wir bringen uns aktiv in diesen Prozess ein. Die Kollegen vor Ort bringen sich aktiv in den Prozess ein. Ich war selber vor Ort und habe mitgesprochen.

Wir bringen uns vor allem auf Drängen der Kollegen vor Ort und mit tatkräftiger Unterstützung auch dahingehend aktiv ein, dass wir ebenso die Bestandsstrecke verbessern wollen. Der Freistaat Bayern investiert über zwei Millionen Euro in den Lärmschutz an der Bestandsstrecke, damit jetzt ein Mehrwert entsteht und nicht erst in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren, wenn wir wissen, was mit der Bestandsstrecke und mit dem Neubau passiert. Wichtig ist, jetzt eine Verbesserung zu gewährleisten. Ich denke, das ist auch der Punkt, der uns allen wichtig ist und bei dem ich auch den Kollegen sehr dankbar dafür bin, dass sie sich bereit erklärt haben, hier Fürsprecher der Region zu sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei Großprojekten ist es selbstverständlich, dass ein Beteiligungsverfahren stattfindet. In das Beteiligungsverfahren sind die Kommunen vor Ort eingebunden, und in Dialogverfahren sind viele Interessengruppen eingebunden. Selbstverständlich hätten wir uns, hätte ich mir gewünscht, dass das Beteiligungsverfahren vor Ort vielleicht etwas besser oder ein wenig anders läuft und das eine oder andere dann auch so erfolgt, dass man wirklich sagen kann: Ja, es wird ein Konsens gesucht, und es prallen nicht verschiedene Meinungen aufeinander.

Wie gesagt: Wir haben dieses Beteiligungsverfahren, das die DB führt, leider nicht selbst in der Hand. Wir können in dem Beteiligungsverfahren mitwirken und die Interessen Bayerns und unserer Bürgerinnen und Bürger einbringen, nämlich Lärmschutz, ein möglichst geringer Flächenverbrauch und eine möglichst weitgehende Vertunnelung des Vorhabens. Ich denke, diesen Weg sollten wir weiter beschreiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines muss uns, glaube ich, alle einen: Bis eine Entscheidung über die Neubautrasse getroffen wird, bis darüber entschieden wird, ob diese Trasse kommt und wo sie dann kommt, muss mit Hochdruck eine digitale Ertüchtigung der bestehenden zweigleisigen Trasse erfolgen. Das hat jetzt oberste Priorität, damit wir dort mehr Verkehr auf die Schiene und gleichzeitig mehr Lärmschutz bekommen. Deswegen werden wir diesen Weg auch weiterhin so begleiten und den Bund auffordern, nach unseren Vorgaben, nach unseren Maßgaben zu handeln.

Am Schluss steht aber der Bund in der Letztverantwortung, und deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte ich Sie, dementsprechend die Fragen an den Bund zu richten. Die Parteien, denen Sie angehören, sind im Deutschen Bundestag vertreten. Deswegen begrüße ich auch, dass die Fraktionen sich für die Ablehnung der Anträge entschieden haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Herr Abgeordnete Swoboda gemeldet. – Bitte sehr, Herr Swoboda.

Raimund Swoboda (AfD): Sehr geehrter Herr Dr. Reichhart, was Sie uns hier gesagt haben, war nicht sehr aufschlussreich. Ich möchte Ihnen deshalb mit einer Frage oder mit ein paar Hinweisen etwas nahebringen, was für die CSU vielleicht doch überlegenswert wäre.

Vor eineinhalb Jahren habe ich eine Rede des Ministerpräsidenten und jetzigen CSU-Vorsitzenden Herrn Dr. Söder gehört. Darin hat er gesagt und Ihnen allen ins Stammbuch geschrieben: Wir müssen uns wieder mehr um die Einheimischen und deren Sorgen und Belange kümmern. – Herr Dr. Reichhart, jetzt haben Sie eine Fülle von Einheimischen an dieser Nordtrasse zum Brenner-Basistunnel. Kümmern Sie sich doch bitte um die Sorgen dieser Bürger!

Wir fordern nur einen Bericht. Wir spielen Ihnen quasi einen Ball zu, wie Sie den Bürgern etwas Konkretes und nicht so etwas Abstraktes wie "Der Bund hat den Hut auf" und "Wir sind nicht zuständig" sagen können, wie es heute einige Redner getan haben. Sagen Sie dem Bürger zusammengefasst, das sind die Möglichkeiten, und die möchten wir unterstützen, wir möchten auch mit dem Bund ernsthaft darüber verhandeln, dass das kommt – einen Gedanken haben Sie beispielhaft genannt –, und dann ist das doch gut.

Wieso lehnt man einen solchen, eigentlich hervorragenden Antrag, der für Sie ein Steilpass ist, um in die Nähe der Einheimischen zu kommen, so prude ab? Ist das wirklich politische Eifersucht oder die Angst vor der AfD im Parlament? Es wäre schön, wenn Sie mir eine konkrete Antwort geben würden und damit auch den Bürgern, den Einheimischen vor Ort, die betroffen sind.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Lieber Herr Swoboda, zunächst einmal: Ich war in meiner, glaube ich, dritten Woche im Amt im Landkreis Rosenheim und habe dort mit den Menschen gesprochen. Wir haben uns intensiv ausgetauscht und auch intensiv darüber gesprochen: Was ist nötig? Was ist wichtig? Wie können auch wir uns einbringen? Wie kann man sich im Raumordnungsverfahren und wie kann man sich in weiteren Belangen einbringen?

Wenn Sie den Koalitionsvertrag der FREIEN WÄHLER und der CSU gelesen hätten, dann wüssten Sie, dass darin sehr wohl auch zu diesem Projekt Stellung genommen wird, dass unsere Erwartungen an dieses Projekt darin sehr klar formuliert sind, wir das Projekt nur mit der Region und nicht gegen die Region wollen, dass möglichst schonend mit den Ressourcen umgegangen wird und dass auch die Lärmthematik und alles, was damit einhergeht, sehr stark in den Vordergrund gerückt wird.

Sie können uns und mir eines abnehmen: Wir werden diese Interessen, die wir zu Beginn dieser Koalition niedergelegt haben, definitiv immer wieder in den Prozess einbringen und diesen mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln aktiv begleiten. Deswegen bin ich auch froh – und wir drängen auch darauf –, dass die Bahn dort endlich Klarheit schafft. Möglichst viele Trassen – dieses Thema hat vielleicht für Verunsicherung gesorgt – sollen endlich rausfallen. Man soll Klarheit darüber

schaffen, wie der Bedarf tatsächlich aussieht, aber auch weiter in die Bestandstrasse investieren.

Sie können mir abnehmen: Ich habe viele, auch persönliche Freunde vor Ort, mit denen ich regelmäßig telefoniere und mit denen ich spreche. Ich bin vor Ort. Ich bin, glaube ich, wahrscheinlich öfter in der Gegend von Rosenheim als Sie. Wir nehmen die Sorgen sehr, sehr ernst und kümmern uns sehr, sehr intensiv um dieses Projekt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Es gibt eine zweite Zwischenbemerkung; zu dieser hat sich Kollege Dr. Markus Büchler gemeldet. Herr Büchler, bitte schön.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben vorhin als Interimslösung bis zum Bau einer etwaigen Neubaustrecke vorgeschlagen, die Bestandsstrecke zu ertüchtigen und dort mehr Lärmschutz zu schaffen – ein in meinen Augen sehr sinnvolles Anliegen. Bedeutet das dann für die Bevölkerung, für die Ortsansässigen im Landkreis Rosenheim, im Landkreis Ebersberg, aber auch in den bis in die Stadt München hinein reichenden Gebieten die wirklich wichtige und überfällige Sanierung nach Neubaustandard? Falls Sie antworten wollen, dass dies Bundessache ist: Der Freistaat könnte auch in die freiwillige Vorfinanzierung gehen

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, bitte.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Lieber Kollege, wenn Sie gestern die Berichterstattung in der Medienlandschaft intensiv verfolgt haben, wissen Sie, dass der Bund oder, besser gesagt, die Deutsche Bahn in den nächsten Monaten mit uns Gespräche führen will, wo wir überall in die Vorfinanzierung gehen und den Bund bei diesen Projekten entlasten sollen. Sehen Sie sich die Fülle an Projekten an, die wir jetzt auf der Tagesordnung haben, mit denen wir bei der Infrastruktur Verbesserungen erzielen wollen. Bayern hat sich noch nie aus einem sinnvollen Projekt zurückgezogen und gesagt: Wir machen das nicht; wir gehen dort nicht rein. – Wir führen sehr, sehr intensive Gespräche. Wir sind bereit, uns am Lärmschutz aktiv zu beteiligen. Wir sind bereit, dort mit zwei Millionen Euro hineinzugehen, weil uns die Menschen vor Ort wichtig sind. Das ist der Ansatz.

Wir befinden uns mit dem Bund in regelmäßigem Austausch, was die digitale Ertüchtigung der Strecke anbelangt. Selbstverständlich führen wir über alles Gespräche. Am Schluss gehören aber immer drei Seiten dazu: der Bund, die Bahn und wir. Wir stehen in intensivem Kontakt und werden diese Gespräche weiterführen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung; dazu hat sich Frau Kollegin Stachowitz gemeldet.

Diana Stachowitz (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich frage ganz konkret. Sie haben sehr deutlich ausgeführt, dass Sie wollen, dass ein Konsens zwischen der Natur, den dort lebenden Menschen und der Wirtschaft entsteht. Wie viel Geld wollen Sie denn in den Haushalt einstellen, um das, was für den Freistaat Bayern zusätzlich notwendig ist, zu finanzieren? Wir wissen: Wenn nur die Mindeststandards kommen, ist der Kompromiss sehr dünn. Wenn wir mehr wollen, dann muss auch der Freistaat mehr zahlen. Es geht um Konzepte und um über den Mindeststandard hinausgehende, also freiwillige Maßnahmen oder auch um Gutachten, Studien und Verkehrskonzepte. Das alles könnte man auch selber erstellen. Im Haushalt habe ich dazu nicht wirklich eine Stelle gefunden, die entsprechend gefüllt ist –

ich meine, mit über den Standard hinausgehenden Mitteln, nicht mit dem, was Sie vom Bund für die Erfüllung der Mindeststandards grundsätzlich wiederbekommen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, bitte.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Liebe Frau Kollegin, ich habe es gerade schon gesagt, dass wir bereit sind, uns mit zwei Millionen Euro an der Verbesserung des Lärmschutzes zu beteiligen. Ich glaube, Ihre Frage zielte auf die Neubautrasse insgesamt ab. Es ist schwierig, über die Zahlen eines Projektes zu reden, dessen endgültiger Bedarf erst in einigen Jahren festgestellt ist. Wir stellen einen Doppelhaushalt auf, der für dieses Jahr und für das nächste Jahr gilt. Die Planungen der Deutschen Bahn, soweit sie uns bekannt sind, zielen darauf ab, in diesem Jahr auf fünf Trassen zu kommen und die Zahl der Trassen dann weiter zu reduzieren. Es ist schwierig, in den Haushalt eine Zahl für ein Projekt einzustellen, bei dem wir noch gar nicht wissen, was verwirklicht wird.

Wie gesagt: Wir sind in einem sehr, sehr konstruktiven Dialog. Wir sind auch bereit, uns selbst einzubringen. Ich habe mit dem Bundesverkehrsminister gesprochen, und wie ich den Bundesverkehrsminister kenne, ist der Bund durchaus bereit, auch über andere Sachen nachzudenken. Auch bei der Rheintal-Trasse hat der Bund viele Maßnahmen ermöglicht.

Ich glaube, zunächst ist es Aufgabe des Bundes bzw. der Deutschen Bahn, zu sagen, welche Trasse schlussendlich verwirklicht werden soll. Anschließend müssen wir prüfen, ob der Bedarf für diese Trasse wirklich vorhanden ist. Dann werden wir darüber sprechen, was punktuell noch verbessert werden kann. Wahrscheinlich werden wir uns in zehn Jahren darüber unterhalten können, was wir dann an Haushaltsmitteln brauchen. Der nächste Doppelhaushalt ist dafür noch viel zu kurz gesprungen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/374 – das ist der Antrag der AfD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind FDP, CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Auch die FREIEN WÄHLER haben den Dringlichkeitsantrag abgelehnt. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/386 – das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind AfD, CSU und FREIE WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung bei der FDP-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag. Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)
Für eine klimafreundliche Verkehrswende und einen sozial
ausgestalteten Klimaschutz (Drs. 18/375)**

Die SPD-Fraktion hat dazu namentliche Abstimmung beantragt. Ich erteile dem Fraktionsvorsitzenden Horst Arnold das Wort. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Staatsziel in der Verfassung zu verankern, ist – bildlich gesprochen – die Absicht, ein großes, wichtiges und imposantes Gebäude zu errichten. Dieses Gebäude soll dem Allgemeinwohl dienen, wichtigste Funktionen erfüllen und vor allen Dingen Maßstäbe für die Politik und alle nachrangigen Behörden und deren Entscheidungen schaffen.

Ja, lassen Sie uns dieses Gebäude schaffen. Aber wie soll es denn aussehen? – Nicht wie ein Luftschloss und nicht wie ein Haus in Potemkinschen Dörfern. Meine Damen und Herren, kein Bauherr würde auf die Idee kommen, ein Haus zu bauen, ohne einen Bauplan zu haben. Genau das machen Sie aber allem Anschein nach. Sie, CSU und FREIE WÄHLER, wollen den Klimaschutz als Wort in die Verfassung schreiben, ohne dass Sie bislang dieses Schlagwort mit konkreten weiteren Maßnahmen und Plänen und Vorhaben unterlegt haben.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: So ein Schmarrn! Wir tun das!)

Klimaschutz darf aber nicht nur eine leere Floskel sein, nicht nur ein vages Ziel oder eine Absichtserklärung; denn der Schutz unseres Klimas ist eine der ganz zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Diese Herausforderung müssen wir mit ganz konkreten Maßnahmen angehen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der FDP: Sachlich völlig an der Sache vorbei!)

Wir als SPD-Fraktion halten in diesem Zusammenhang unter anderem zwei Punkte für essenziell:

Erstens. Wir brauchen eine klimafreundliche Verkehrswende. Der Anteil des öffentlichen Personennahverkehrs am Verkehrsaufkommen in Bayern muss deutlich steigen. Die Entwicklung emissionsfreier Antriebe muss entscheidend vorangebracht werden. Wir wollen den ÖPNV in Stadt und Land stärken, um übrigens einem weiteren Verfassungsziel, nämlich der Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, gerecht zu werden.

Zweitens. Wir brauchen einen sozial etablierten, einen sozial verträglichen Klimaschutz, also einen Klimaschutz, der alle Bevölkerungsgruppen mitnimmt und auch für alle leistbar ist. Deshalb fordern wir, kostenlose Tickets für Auszubildende, Schülerinnen und Schüler, Studierende, Seniorinnen und Senioren und Bedürftige einzuführen und zumindest zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen der ÖPNV perspektivisch für alle kostenlos angeboten werden könnte.

Um es noch einmal zu betonen: Das Verfassungsziel Klimaschutz war auch immer unsere Angelegenheit.

(Tobias Reiß (CSU): Warum stimmen Sie dann nicht zu?)

Das haben wir stets betont. Das ist auch überall nachlesbar.

Wir werden aber definitiv nicht eine Alibipolitik mitmachen, die inhaltlich nicht unterfüttert ist; denn bei einer solchen Politik stürzt das Gebäude Klimaschutz schnell in sich zusammen.

(Alexander König (CSU): Das ist eine ganz schwache Begründung!)

Hinzu kommt: Eine Verfassungsänderung lässt sich nicht eben mal so im Vorbeigehen nach Lust und Laune durchziehen; denn die Verfassung ist Recht von höchstem Rang. Darum sollten Änderungen und Ergänzungen der Verfassung auch hochrangig behandelt werden.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Zuerst müssen wir einmal ein Ziel haben!)

Eine Erste Lesung hierzu, die ohne Aussprache stattfindet, konterkariert diesen Gedanken. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit.

(Tobias Reiß (CSU): Die Glaubwürdigkeit verlieren Sie gerade!)

Dies umso mehr, weil Sie noch vor einigen Monaten bei der Diskussion über das Ziel Klimaschutz in der Verfassung durch ihre rechtspolitische Sprecherin geäußert haben, dass das nichts anderes sei als eine Beschäftigungstherapie. Und auch der vollzogene Kursschwenk nach der Wahl liest sich anders. Ich zitiere – die Kollegin Guttenberger hat das im Bayerischen Rundfunk geäußert –:

Wir mussten auch feststellen, dass in weiten Teilen der Bevölkerung diese Leistungen [die in diesem Bereich erbracht wurden,] überhaupt nicht wahrgenommen wurden. Deshalb bin ich heute der festen Überzeugung, wir sollten das in die Verfassung schreiben, damit [auch] im Bewusstsein der Bevölkerung stärker verankert ist, dass wir [in dem Bereich] was tun.

So, wie sich das darstellt, ist das nur eine neue Verpackung der alten Lösung, die bisher nicht zielführend war, nämlich Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht.

(Alexander König (CSU): Das ist pessimistisch!)

Anders gesagt: Diese Verfassungsänderung scheint in erster Linie der eigenen Imagepflege zu dienen. Das Klimaschutzziel ist aber kein PR-Gag. Dazu ist uns die Verfassung zu wichtig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Kurzum: Ihre Glaubwürdigkeit in diesen Fragen muss leider stark bezweifelt werden. Deshalb brauchen wir dringend Vertrauensbausteine, um zu sehen, ob Sie es mit dem Klimaschutz wirklich ernst meinen.

(Alexander König (CSU): Sie werden um die Frage nicht herumkommen, ob Klimaschutz als Staatsziel rein soll oder nicht!)

Unser Dringlichkeitsantrag, dessen Kernpunkte wir den Vorsitzenden der FREIEN WÄHLER- und der CSU-Fraktion bereits vorgestern per Brief transparent und offen zugeleitet haben, dient vor allem als Diskussionsgrundlage. Über einzelne Maßnahmen und Zahlen lässt sich jederzeit reden. Wichtig ist uns aber: Die ernste Absicht Ihrerseits muss für uns klar erkennbar sein. Klimaschutz kann es nicht zum Nulltarif geben. Es gibt aber auch keinen Grund, beleidigt oder bestürzt zu sein. Wo denn sonst, wenn nicht im Parlament, sind inhaltliche Diskussionen vorgesehen?

Was die Beleidigung anbetrifft: Das sehen wir nicht so, weil weder der Umweltminister noch der Ministerpräsident da ist. Das ist Ihre Interpretation des Klimaschutzes im Parlament. Danke schön, diese Zeichen verstehen wir schon.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich bitte Sie also nachdrücklich, unserem Antrag zuzustimmen, als Diskussionsgrundlage, um die Vorstellungen zum Klimaschutz mit einer Unterlage zu versehen. Ansonsten können Sie Ihre Worthülsen weiterhin verbreiten. Wir werden da nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das ist nicht glaubhaft!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat die Kollegin Ulrike Scharf von der CSU-Fraktion. – Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Ulrike Scharf (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachhaltige Mobilität und Klimaschutz sind unbestritten die großen Herausforderungen unserer Zeit. Und gerade wenn wir die Zunahme unserer Bevölkerung betrachten – wir sind jetzt über 13 Millionen Einwohner in Bayern – und damit auch den zunehmenden Verkehr, dann müssen wir feststellen, dass wir diesen bewältigen und gleichzeitig dafür sorgen müssen, dass die Klimaschutzziele eingehalten werden.

Meine Damen und Herren, Klimaschutz ist Menschenschutz, und Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für uns ist es wichtig, den Klimaschutz als Staatsziel zu verankern und ihn in die Bayerische Verfassung aufzunehmen. Daran können Sie alle mitwirken.

Ich verstehe nicht, und ich wundere mich ehrlich gesagt darüber, dass die SPD heute diesen Dringlichkeitsantrag stellt. Fast könnte man meinen, Sie waren in den letzten Jahren hier im Parlament nicht anwesend oder haben einfach nicht mitbekommen, was alles bereits auf dem Weg ist.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das ist eine Frage der Selbsttäuschung!)

Die Verkehrswende ist auf dem Weg, die Verkehrswende läuft. Ich möchte Ihnen das an zwei Beispielen deutlich machen: Das eine ist der Bau einer zweiten Stammstrecke, die nicht nur für die Stadt München, sondern auch für das gesamte Umland eine wichtige Maßnahme ist. Ein weiteres Beispiel ist die klare Zielformulierung der Einführung eines bayernweiten 365-Euro-Tickets.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits im Juli 2017 hat die Bayerische Staatsregierung ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen, das sowohl Luftqualität als auch die Mobilitätsinteressen der Menschen berücksichtigt. Ich empfehle Ihnen, den Bericht aus der Kabinettsitzung aus dem Juli 2017 nachzulesen, insbesondere die Punkte, bei denen es um Förderung des ÖPNV, aber auch Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs geht.

Wenn Sie aufmerksam die Presse verfolgen würden, hätten Sie auch mitbekommen, dass beispielsweise die Stadt Rosenheim im letzten Jahr eine wunderbare Förderung von 2,14 Millionen Euro für den Bau eines Fahrradparkhauses mit 900 Stellplätzen am Bahnhof bekommen hat, Stichwort: Park and ride. Alle diese Maßnahmen sind bereits auf dem Weg.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Ja, ja, Maßnahmen!)

Ich möchte Ihnen außerdem den Kabinettsbeschluss vom Juli 2018, den Fahrplan für mehr Mobilität in Bayern, nahelegen. Mobilität ist ein Grundbedürfnis in Stadt und Land, und die Ausgestaltung von Mobilität ist nicht nur eine technische, son-

dern auch eine gesellschaftliche Frage. Sie ist vor allen Dingen aber auch eine Gesamtkonzept-Frage: Man braucht nicht nur einzelne Maßnahmen, sondern ein Gesamtkonzept.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Eben!)

Wenn Sie diesen Fahrplan für mehr Mobilität lesen, werden Sie feststellen, dass alle Belange berücksichtigt sind: ein flächendeckendes Angebot, abgestimmte Tarife, emissionsarme Fahrzeuge, durchgängige Verkehrsangebote, die Ausweitung des Ein-Stunden-Taktes auf der Schiene, ergänzende Angebote in Form überregional wichtiger Buslinien, Taktverdichtungen usw. usf.

Das ist auch konkret mit Zahlen hinterlegt. Wir werden in den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2019/2020 feststellen können, wie ernst es Ihnen mit der Umsetzung der ÖPNV-Maßnahmen wirklich ist, wenn Sie all diese Maßnahmen auch finanziell unterlegen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich will Sie noch auf eines hinweisen: Ich weiß nicht, ob Sie registriert haben, dass bereits seit Herbst 2018 ein Leitfaden zur Entwicklung von urbanen Seilbahnen existiert. Ich möchte Ihnen diesen Leitfaden an die Hand geben, weil genau diese innovative Möglichkeit klimafreundlich, modern und umweltfreundlich ist und eine Mobilität garantiert, wie wir sie in manchen Städten anders nicht mehr herstellen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der SPD ist unnötig, weil die Verkehrswende auf dem Weg ist. Sehr viele Ziele sind klar formuliert, Maßnahmen sind beschlossen, Verfahren laufen. Jetzt geht es darum, auch die Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. All das werden wir in den nächsten Monaten in Angriff nehmen.

Zur Forderung in Ihrem Antrag, man möge doch einen kostenlosen ÖPNV für alle Bürgerinnen und Bürger prüfen, kann ich nur sagen: Wer einfach nur einen solchen Prüfantrag stellt, der weiß nichts davon, dass die Beförderungseinnahmen von mehr als zwei Milliarden Euro ein wesentlicher Baustein für die Finanzierung des ÖPNV sind.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Deshalb ist es ja ein Prüfantrag!)

Deshalb lehnt die CSU-Fraktion diesen Antrag ab. Er ist überflüssig. Die Verkehrswende ist auf dem Weg.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Hurra!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Frau Scharf. – Das Wort hat der Kollege Dr. Markus Büchler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Wort "Klimaschutz" in die Verfassung zu schreiben, wäre ohne konkrete, substanzielle Maßnahmen eine Farce, insbesondere, wenn wir erleben, dass die CO₂-Emissionen in einem Bereich nicht sinken, wie es dringend geboten wäre, sondern in dem sie sogar noch steigen: Das ist der Verkehrsbereich. Meine Damen und Herren, hier ist dringender Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Was aber macht die Staatsregierung? – Der Herr Ministerpräsident fährt einmal ein paar Stationen S-Bahn, fünf Minuten lang, um sich anzuschauen, wie das da so ist, damit er es auch einmal gesehen hat: ein peinlicher PR-Gag, eine Verhöhnung von

900.000 Fahrgästen allein in der S-Bahn München, jeden Tag. Und das war es dann anscheinend wieder.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Gleichzeitig feiert Minister Reichhart neulich im Verkehrsausschuss den Investitionshochlauf des Straßenbaus. Meine Damen und Herren, so wird das nichts mit dem Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erlebe täglich das Chaos und den Saustall, den wir im öffentlichen Verkehr haben: die S-Bahn, die in der Früh nicht kommt, so auch heute früh, das Frieren am Bahnsteig, keine Infos, irgendwelche Zufalls-Bullshit-Durchsagen aus dem Lautsprecher, dreckige, klebrige, stinkende Bahnhöfe, kaputte Rolltreppen, kaputte Lifte. Und das Ganze wegen dieser katastrophalen Verkehrspolitik, die wir im Bund und im Land seit vielen Jahren erleben. Ich habe das satt; mich regt das auf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Frechheit siegt nicht immer!)

Und Herr Söder will Bayern zum Mond fliegen lassen, mit Bavaria One. Ich sage Ihnen: Beim Nahverkehr sind wir in Bayern schon längst hinter dem Mond angekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das ist äußerstlich und inhaltlich unangemessen für das Haus, was Sie bieten! Schauen Sie mal in den Spiegel!)

Bleiben Sie darum lieber auf der Erde, und machen Sie Ihre Hausaufgaben hier daheim! Das heißt konkret: Verkehrsverbünde im ganzen Land schaffen. Dekorieren wir endlich einmal König Ludwigs alte Eisenbahnen mit elektrischen Oberleitungen und sparen damit sogar Betriebskosten! Reaktivieren wir Bahnstrecken, und stärken wir damit den öffentlichen Raum, anstatt an Sonntagen nur von der Stärkung des öffentlichen Raums zu reden! Schaffen wir Radschnellwege in der Trägerschaft des Freistaats Bayern, und beerdigen wir endlich das Projekt der dritten Startbahn am Flughafen München!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Dann, aber wirklich erst dann, wird der Klimaschutz konkret. Dann können wir dieses Wort auch sehr gerne in die Verfassung schreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf Herrn Abgeordneten Eibl um das Wort bitten.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerische Staatsregierung strebt die Ziele Klimaschutz, umweltfreundliche Verkehrswende und sozial ausgestaltete Klimaschutzpolitik nicht nur an, sondern setzt sie seit geraumer Zeit auch um.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Ach!)

Sie tut das im engen Verbund mit zahlreichen Protagonisten. Schauen wir uns nur die Entwicklung der emissionsreduzierten oder emissionsneutralen Kraftfahrzeuge an, die intensiv und aktiv vorangetrieben wird. Schauen wir uns die Verbesserung

der Umweltbilanz im Kraftfahrbereich im Vergleich zum Bund an, oder nehmen wir die Verlagerung auf den ÖPNV.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Die Kollegin Scharf hat das ausgeführt. Ich möchte auch noch ergänzen, was jetzt gerade in der Landeshauptstadt München mit dem Strukturentwicklungskonzept im ÖPNV gemacht wurde. Hier stellt der Freistaat 50 Millionen Euro Ausfallbürgschaft für eine deutlich bessere Taktung und eine deutlich verbesserte Frequentierung bereit.

Es ist meines Erachtens nicht zielführend, festzuschreiben, dass 30 % des Verkehrsaufkommens in Bayern auf den öffentlichen Personennahverkehr umgeschichtet werden müssen. Es ist richtig – Sie haben das ausgeführt –, dass der ländliche Raum in Bezug auf Mobilität große Defizite aufweist. Die Staatsregierung hat diesbezüglich auch klar und deutlich angekündigt, Nahverkehrsverbünde offensiv zu fördern und zu begleiten.

(Horst Arnold (SPD): Ja, eben!)

Hierbei ist es zwingend notwendig, in allen Bereichen der zukünftigen Mobilität wie Bahn, Bus, Verkehrsleitplanungen, Digitalisierungsoffensiven und Tarifverbänden etwas in die Wege zu leiten. Wir brauchen dazu aber Ergebnisse aus sogenannten Modellregionen. Dies wird aktuell vorbereitet.

Das sind Modellregionen in dem Sinne, dass wir hiervon alle miteinander lernen können. Wir entwickeln dort Maßnahmen und können daraus Erfahrungen gewinnen und aufbereiten. Wir wollen hier nicht, wie von Ihnen verlangt, 500 Millionen aus dem Staatshaushalt zur Verfügung stellen.

Gute Erkenntnisse aus den Modellregionen übernehmen wir. Wir übertragen sie dann auf das breite Land in Bayern. Nach den Förderrichtlinien des GVFG in Bayern werden schon heute landkreisübergreifende Expressverbindungen gefördert. Es werden auch schon bedarfsorientierte Bedienformen umgesetzt und ergänzende ÖPNV-Leistungen gefördert.

Wenn wir ganz ehrlich sind, stellen sich Probleme des Öfteren vor Ort heraus, nämlich da, wo Landkreise und Verbünde nicht in der Lage oder nicht gewillt sind, auf diese neuen Verbundstrukturen einzugehen.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Eben!)

Wir müssen dahingehend Überzeugungsarbeit leisten. Wir brauchen Grundlagen, die wir vermitteln und aufzeigen können.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Die stehen doch im Antrag drin!)

Bayern ist bundesweit Vorreiter in der umweltpolitischen Ausrichtung. Darauf können wir alle stolz sein. Wir als FREIE WÄHLER lehnen diesen Antrag darum ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, wenn Sie bitte noch am Rednerpult bleiben könnten. – Es gibt es eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Herrn von Brunn. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr verehrter Herr Kollege Eibl, Sie haben gerade aufgezeigt, was das praktische Problem ist: Sie bleiben im Vagen.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) So ist es!)

Sie haben keine konkreten Ziele ausgegeben. Sie können uns nicht sagen, wie Sie die Verkehrswende in Bayern gestalten wollen. Sie können uns nicht sagen, wann wir von wirklich umweltfreundlichem Verkehr ausgehen können und welchen prozentualen Anteil der öffentliche Verkehr haben soll. Sie erwarten auf dieser Basis von uns, einer Verfassungsänderung zuzustimmen, nur damit Sie sich ein grünes Mäntelchen umhängen können. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Das ist eine schlechte Basis.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Danke für Ihre Frage. – Grenzwertfestlegungen gibt es jahrein, jahraus nicht nur durch die EU, sondern auch durch den Bund. Ich glaube, dass für alle nachvollziehbar ist, wohin das führt. Ich persönlich bin ganz strikt gegen die Festlegung von Grenzwerten. Es ist vielmehr wichtig, Maßnahmen einzuleiten. Diese Maßnahmen sind umfänglich dargelegt und aufgezeigt worden.

Wir müssen aber natürlich alles auch in einer gewissen Verhältnismäßigkeit und im Rahmen der Leistbarkeit halten. Uns ist es wichtig, hier nicht nur urbane Probleme in Augenschein zu nehmen, sondern vor allem auch, dass man aus Mobilitäts- und Nahverkehrsverbänden lernt und die Übertragung der dort gewonnenen Erfahrungen auf weitere Bereiche unseres Landes gewährleistet.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Herrn Abgeordneten Eibl. Ich rufe den Herrn Abgeordneten Stadler von der AfD-Fraktion auf. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident! Grüß Gott, Kolleginnen und Kollegen! Dem Antrag der SPD liegt wieder einmal eine absurde Annahme zugrunde. Wir lehnen den Schmarrn deswegen ab.

Wen wundert's? – Inzwischen wird alles mit dem Klimawandel und dem Klimaschutz in Verbindung gebracht. "Der Verkehrssektor ist in Bayern einer der Hauptverursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen." – So begründet die SPD ihren Antrag. Woher wissen Sie denn das? Können Sie das belegen? Die gesellschaftliche und politische Ausrichtung auf den Klimaschutz beruht doch bloß auf einer Hypothese. Es ist wissenschaftlich nicht belegbar, dass der Kohlendioxid ausstoß für die Erderwärmung verantwortlich ist.

(Beifall bei der AfD – Klatschen und Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

– Moment! Wir sind gleich soweit. Die Schnapsidee, die Welt mit batteriebetriebenen Fahrzeugen zu retten, ist eine rot-grüne Illusion. Allein die Herstellung der Batterien verbraucht mehr Ressourcen, als dies die entsprechende Einsparung von CO₂ jemals rechtfertigen würde.

(Beifall bei der AfD)

Nicht einmal die GRÜNEN haben sich bis jetzt zum umstrittenen Lithium- und Kobaltabbau geäußert. Wozu denn auch? – Ist ja nicht in Deutschland!

Frau Schulze, zur Info: Wasserstoffmotoren sind Verbrennungsmotoren.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Es ist hingegen real, dass die ausufernde Klimapolitik unsere Autoindustrie in Bayern über kurz oder lang ruiniert. Sie sollten lieber die Arbeitsplätze unserer Wirt-

schaft in Bayern schützen, anstatt mit der Klimalüge Sozialpolitik zu betreiben. Das ist sozialverträgliche Politik, wie die AfD sie fordert.

Wenn der SPD nichts mehr einfällt, um die Wähler zurückzugewinnen, soll sie lieber gleich einpacken und die Sozialpolitik der AfD überlassen.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Was für euch Klimaschutz ist, ist für uns konsequenter Umwelt- und Naturschutz. Da bleiben wir auch dran.

Wir fordern die Rückkehr zu einer faktenbasierten Umwelt- und Energiepolitik. Wir wollen keinen Modebegriff, mit dem man den Bürgern das Geld aus den Taschen zieht.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Wer mit dem Klima Politik auf Staatskosten macht, geht schnurstracks in die Planwirtschaft. Da spielen wir nicht mit.

Wir stehen für eine freie und soziale Marktwirtschaft ohne fehlgeleitete Subventionen und Zwangsbeglückungen. Es soll schließlich jeder nach Kalifornien fliegen und, wenn er will, auch dortbleiben können.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit bei der AfD und der CSU)

Es ist klar, dass man sich über eine vernünftige Verkehrspolitik Gedanken machen muss. Aber ohne den Diesel geht es noch nicht. Wer das nicht kapiert, dem kann man nicht helfen. Vor allem, wenn auf dem Land, wie etwa im Bayerischen Wald, wo der ÖPNV schlecht ausgebaut ist, sind die Bürger nun einmal auf das Auto angewiesen. Das aber mit dem Klimawandel in Verbindung zu bringen, ist hirnrissig und bringt die Bürger nicht weiter, im wahrsten Sinne des Wortes.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich eine Gruppe von ehrenamtlich Engagierten auf der Ehrentribüne begrüßen. Sie sind Gäste des Innenministers. Ich darf Sie empfehlend auf eine Ausstellung hinweisen, die nebenan im Senatssaal zum Thema Ehrenamt stattfindet. Die Ausstellung zeigt, wie wichtig es ist, dass sich Menschen für andere engagieren. Vielleicht haben Sie bis 14:00 Uhr noch Zeit, die Ausstellung zu besuchen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt darf ich den nächsten Redner bitten. Bitte, Herr Kollege Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe. Deswegen stimmt die FDP auch der Aufnahme des Staatsziels Klimaschutz in die Bayerische Verfassung zu. Anders als SPD und GRÜNE hat sie das auch im Ausschuss getan. Es wäre regelrecht ein Treppenwitz der Geschichte, wenn ausgerechnet Sie, die SPD und die GRÜNEN, gemeinsam mit den Klimawandelleugnern von der AfD dieses wichtige Projekt im Hohen Haus verhindern würden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Der Klimaschutz ist so wichtig und so komplex, dass er nicht mit einem Dringlichkeitsantrag übers Knie gebrochen werden kann. Deswegen lehnt die FDP-Fraktion den Antrag der SPD ab. Drei Gedanken dazu:

Erstens. Klimaschutz kann nur global funktionieren, denn es ist dem Klima völlig egal, wo CO₂ emittiert wird, ob in Deutschland oder am anderen Ende der Welt. Jeder muss seinen Beitrag dazu leisten, aber ohne ein globales Konzept kommen wir nicht weiter. Nationale Symbolpolitik wie hier mit diesem Antrag führt zu nichts.

Ich kann nicht verstehen, warum Sie beispielsweise das Konzept der CO₂-Zertifikate nicht aufgreifen. Die FDP-Fraktion sagt, das ist das beste marktwirtschaftliche Instrument, um CO₂ einzusparen. Deswegen wollen wir auch den Verkehrssektor in den Handel mit CO₂-Zertifikaten einbeziehen.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Demnächst wird es eine Expertenanhörung zur Evaluierung von Defiziten und Verbesserungsvorschlägen beim öffentlichen Personennahverkehr geben. Diese Expertenanhörung wurde von der SPD beantragt, und sie wird stattfinden. Ich kann nicht verstehen, warum Sie dieser Expertenanhörung jetzt mit einem Dringlichkeitsantrag, der sich überwiegend mit dem öffentlichen Personennahverkehr beschäftigt, vorgreifen.

Drittens. Sie schlagen in Ihrem Antrag eine Umtauschprämie für Elektrogeräte vor. Eine solche Umtauschprämie ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch völliger Unfug. Sie wird ausschließlich zu Mitnahmeeffekten führen. Leute, die sich ohnehin ein neues Elektrogerät kaufen wollen, nehmen dann eben die Prämie mit.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Darüber freut sich aber die Industrie!)

– Sie freut sich darüber, aber es ist unser Geld, Herr Arnold. Es ist das Geld der bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die Regierung gibt es mit der Gießkanne aus, und Sie wollen noch eins draufsetzen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der FDP)

Sie lassen in Ihrer Bilanz die sogenannte graue Energie völlig außer Acht. Das neue Gerät spart zwar Energie ein. Die graue Energie ist aber das, was man für die Rohstoffgewinnung, für die Produktion und den Transport des neuen Geräts braucht. Wenn Sie diese Energie einbeziehen, dann sieht die Ökobilanz gleich völlig anders aus. Die Frage ist dann auch, was Sie mit dem alten Gerät machen. Soll es verschrottet werden, oder wollen Sie es nicht verschrotten? Wenn es nicht verschrottet wird, wird es wahrscheinlich irgendwo in einem osteuropäischen Land weiterlaufen. Und noch einmal: Dem Klima ist es egal, wo CO₂ emittiert wird.

Meine Damen und Herren, Klimaschutz ist ein Ziel für uns alle, es ist kein Thema für solche Schnellschüsse. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Kollege Hagen. – Das Wort hat jetzt Herr Staatsminister Dr. Reichhart. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion geht grundsätzlich in die richtige Richtung. In wesentlichen Punkten geht er aber leider auch fehl. Wenn wir von einer klimafreundlichen Verkehrswende sprechen, brauchen wir vieles. Wir brauchen nicht nur eine Stärkung des ÖPNV,

sondern wir müssen den Umweltverbund aus ÖPNV, Fahrradverkehr und Fußgängerverkehr insgesamt betrachten und in den Blick nehmen.

Dazu braucht es ein breites Maßnahmenbündel. Vieles davon ist bereits angesprochen worden und liegt auf dem Tisch. Wir brauchen aber auch neue Ideen, wie wir die Bürgerinnen und Bürger in Bayern insgesamt dazu bewegen können, zu überlegen, welches Verkehrsmittel sie nutzen, auf welches sie umsteigen und wie sie morgens zur Arbeit, zu Freunden, zur Familie oder zu Bekannten kommen. Dabei müssen wir eines ganz stark im Blick haben: Bayern ist ein wunderschönes Land, es ist aber auch ein Land, das durch viele lokale Unterschiede und davon geprägt ist, dass wir eine ganz große Bandbreite an Mobilität haben.

Wir haben sehr, sehr große Potenziale im Fahrrad- und Fußgängerverkehr. Unser Ziel ist es auch, den Fahrradverkehr noch stärker auszubauen. Wir wollen Rad-schnellwege bauen und uns innovative Projekte im Fahrradverkehr anschauen. Wenn wir den Fahrradverkehr stärken wollen, dürfen wir aber den Fußgängerverkehr, den ÖPNV und den Fahrradverkehr nicht gegeneinander ausspielen.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das macht doch keiner!)

Wir müssen diese Verkehre insgesamt sehen und so die Mobilität in Bayern stärken. Gleichzeitig haben wir für den ÖPNV ein Paket geschnürt, das in diesem Jahr noch Fahrt aufnehmen wird. Wenn Sie sich den Koalitionsvertrag zwischen CSU und FREIEN WÄHLERN anschauen, können Sie darin lesen, dass wir die Stärkung des ÖPNV als eines der Hauptziele dieser Legislaturperiode sehen.

Der ÖPNV ist durch eine große Vielfalt geprägt. Er ist einerseits durch Verbände, andererseits aber auch durch verbundfreie Bereiche geprägt, und letztere wollen wir anpacken. Der ÖPNV ist davon geprägt, dass wir verschiedene Befindlichkeiten vor Ort haben. Während wir im städtischen Bereich andere Herausforderungen haben, müssen wir auf dem Land überlegen, wie wir flexible Bedienformen weiter ausbauen oder was wir dort noch machen können.

Wir haben ein Programm mit einer Förderkulisse aufgelegt, von dem wir glauben, dass wir es in den nächsten Monaten und Jahren auch so auf den Weg bringen und damit einiges erreichen können. Bei den Gesprächen über den kommunalen Finanzausgleich haben wir eine Erhöhung der ÖPNV-Mittel auf rund 95 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Das zeigt doch, dass unsere Ankündigungen nicht nur Worte sind, sondern dass ihnen auch Taten folgen.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das reicht nicht mal für einen Stadtteil!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sehen aber auch den Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs. Sie haben nur auf den ÖPNV Bezug genommen. Auch beim Schienenpersonennahverkehr gibt es immer wieder Herausforderungen, die wir anpacken müssen. Mit der zweiten Stammstrecke haben wir das größte Investitionsprogramm im SPNV, das Bayern in den letzten Jahrzehnten erlebt hat. Wir begleiten dieses Projekt mit weiteren flankierenden Maßnahmen, mit denen wir, der Freistaat Bayern, unserer Verantwortung gerecht werden. Wir haben das Streckennetz der S-Bahn Nürnberg seit 2010 von 67 Kilometern auf fast 250 Kilometer ausgeweitet. Wir bauen dieses Netz weiter aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ausbau des Busverkehrs, von U-Bahnlinien, des Straßenverkehrs und von S-Bahnlinien muss im Einvernehmen mit den Aufgabenträgern, mit den Kommunen und mit den Verbänden erfolgen. Nur Hand in Hand können Kommunen, Land und Bund den Nahverkehr ausbauen und auf erneuerbare Energien und auf neue Technologien umsteigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Vorschlag, den Nahverkehr kostenfrei zu machen, hat selbstverständlich seinen Reiz. Andererseits müssen Sie sich aber vor Augen halten, dass die Kommunen aus dem ÖPNV Einnahmen in Höhe von über zwei Milliarden Euro haben.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das ist ein Prüfantrag!)

Deshalb empfehle ich Ihnen, einmal mit Ihren Kommunalpolitikern darüber zu sprechen, was sie von derartigen Maßnahmen halten. Auch da werden Sie ein gespaltenes Bild sehen und feststellen, dass einiges schwierig ist.

Deswegen müssen wir es beim ÖPNV, beim SPNV, beim gesamten Personennahverkehr und auch beim Fußgänger- und beim Radverkehr schaffen, das Angebot auszuweiten und es trotzdem preislich attraktiv zu halten. Wir müssen die Unterschiede zwischen ländlichem und städtischem Raum unter einen Hut bringen.

Wir müssen uns auch vor Augen halten, dass bayerische Verkehrsunternehmen allein mit dem Ausbildungsverkehr im letzten Jahr, im Jahr 2017, 558 Millionen Euro Einnahmen erzielt haben. Dieses Geld würde für den Ausbau von einzelnen Strecken und Trassen verloren gehen. Wir brauchen ein Konzept für den gesamten Verkehr und sollten nicht nur einzelne Punkte herausgreifen.

Deswegen bitte ich das Hohe Haus, den Antrag der SPD abzulehnen und den Verkehr in seiner Gänze zu betrachten, wenn es Ihnen wirklich um eine Verkehrswende geht. Dafür werden wir in den nächsten Monaten ganz stark arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch kurz am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen von Brunn. – Bitte schön, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Herr Minister, ich darf Sie darauf hinweisen, dass die heutigen Anträge der SPD und der GRÜNEN zum Klimaschutz im Zusammenhang zu sehen sind. Wir haben uns das Thema Verkehr vorgenommen. Die GRÜNEN bringen mit ihrem Antrag weitere Aspekte ein. Wir wollen überprüfen, was Sie im Klimaschutz konkret anzubieten haben. Vorher ist schon deutlich gemacht worden, dass wir nicht bereit sind, die Verfassung nur mit einem Wort oder einem Begriff zu ergänzen. Wir wollen von Ihnen konkrete Aktionen sehen, die auch überprüfbar und messbar sind.

Sie können jetzt mit Zahlen über den Verkehr jonglieren. Die Defizite im öffentlichen Verkehr in Bayern, angefangen mit der Elektrifizierung von Bahnstrecken bis zu den Problemen in den Verkehrsverbänden, die Herr Kollege Büchler von den GRÜNEN vorhin angesprochen hat, sind doch offenkundig. Das, was Sie jetzt vorschlagen, reicht doch bei Weitem nicht aus. Diese Maßnahmen resultieren aus einer anderen Debatte, nicht aus der Klimaschutzdebatte. Wir wollen deutlich mehr. Wir wollen über attraktive Preise Signale setzen, damit die Menschen vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Insbesondere auf dem Land wollen wir den öffentlichen Verkehr massiv ausbauen. Dazu kommt von Ihrer Seite deutlich zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Lieber Herr Kollege von Brunn, wenn Sie die Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung auch in diesem Bereich in den letzten Monaten verfolgt hätten, dann hätten Sie bemerkt,

dass wir sehr viel machen: Wir haben vor, die Verbundinfrastruktur weiter auszubauen. Wir haben vor, landesbedeutsame Buslinien zu stärken. Gerade im ländlichen Raum sollen Buslinien an Tangentialverbindungen angeschlossen werden. Ich möchte nur die Alpenbuslinie nennen, aber es gibt noch viele andere. Wir haben vor, um München eine Ringbuslinie aufzubauen. Wir haben beim ÖPNV und beim SPNV vor, ein 365-Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende einzuführen. Wir verfolgen eine ganz große Spannweite an Maßnahmen. Sie müssen mir jedoch nachsehen, dass es noch keinen Haushalt gibt, sodass wir die Maßnahmen noch nicht umsetzen können. Wir haben aber ein ganzes Bündel an Maßnahmen, das wir im Einvernehmen mit den Aufgabenträgern, mit den Kommunen, in der nächsten Zeit umsetzen wollen. Seien Sie sich dessen gewiss: Mir liegt der Nahverkehr, egal, ob Schienenpersonennahverkehr oder öffentlicher Personennahverkehr, sehr stark am Herzen. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten einiges umsetzen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Damit kommen wir zur Abstimmung. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Bitte treffen Sie die Vorbereitungen zur Durchführung der namentlichen Abstimmung. – Die Abstimmung beginnt jetzt. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 11:31 bis 11:36 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Abstimmung ist hiermit beendet. Die fünf Minuten sind vorbei. Ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

(Unruhe)

Bitte nehmen Sie wieder Platz. Es geht weiter. Bitte Platz nehmen, wer noch steht.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Bayerns Mittelstand soll nicht die Steuern der Internetmultis zahlen
(Drs. 18/376)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Unternehmer von drohender Besteuerung entlasten (Drs. 18/380)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser. – Ich bitte um Ihr Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da sag mal einer, unsere Behörden wären nicht kreativ. Auf die Idee muss man erst einmal kommen: Einfach 15 % Quellensteuer auf Betriebsausgaben für Internetwerbung schlagen, um Geld einzubehalten, weil man die Steuer vom eigentlichen Steuerschuldner nicht bekommt.

Im Ernst: Die Quellensteuer ist eine Konstruktion, die bereits existiert. Sie ist nicht ungewöhnlich. Die Lohnsteuer und die Kapitalertragsteuer sind auch Quellensteuern. Hier werden Banken dazu gebracht, das Geld für den Fiskus einzuholen. Man muss erst einmal auf die Idee kommen, die Buchstaben des Gesetzes – wahrscheinlich ist es der § 50a EStG, das vermute ich mal – derart weit auszulegen. Hier muss man schon sehr genau lesen. Es gibt nur wenige Juristen, die den Paragraphen derart weit auslegen würden. Das ist im doppelten Sinne grenzwertig, das muss man so sagen. So lese ich das Gesetz auf keinen Fall. Der Paragraph kann

nicht so gemeint sein, dass einer die Quellensteuer zahlen soll, der überhaupt keine Chance hat, das Geld beim Steuerschuldner zu holen.

Wir müssen überhaupt nicht darüber diskutieren, ob für diese Unternehmen eine Steuerschuld oder Steuerpflicht besteht. Wenn nicht einmal der Staat in der Lage ist, das Geld einzutreiben, wie sollen dann die bayerischen Unternehmen in der Lage sein, das Geld einzutreiben? Wie soll denn das funktionieren?

(Beifall bei der FDP)

Das Hauptproblem ist, dass die Regierungen, egal, ob auf Landes- oder Bundesebene, national, international und auch europäisch ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht haben. Seit Jahren wird versucht, eine Regelung zu finden, wie Google, Amazon und Co. endlich richtig besteuert werden können. Weil der Fiskus das nicht hinbekommt, wird die Steuerschuld auf die bayerischen Unternehmen abgewälzt.

Wenn ein bayerisches Unternehmen eine derartige Steuer zahlen muss, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Das Unternehmen kann die Steuerschuld auf die Preise umlegen. Faktisch zahlt dann der bayerische Verbraucher diese Steuer. Der bayerische Bürger zahlt die Steuer für Google, Amazon und Co. Alternativ kann die Quellensteuer auch zulasten des Ertrags des Unternehmens gehen. Hier besteht die Gefahr, dass einzelne Unternehmen in ihrer Existenz gefährdet werden. Für größere Unternehmen mag das zwar ärgerlich, aber noch verkraftbar sein; für kleinere Unternehmen kann dies zur Existenzgefährdung werden. Es gibt Unternehmen, die die Werbung in den großen Internetforen als Dienstleistung anbieten. Diese Betriebe sind wirklich in ihrer Existenz gefährdet. Das Ganze soll dann auch noch rückwirkend erhoben werden. Das muss man sich einmal vorstellen. Im Steuerrecht – –

(Alexander König (CSU): Jetzt sprechen Sie mal zu Ihrem Antrag, da stehen nämlich einige Dinge drin, die gar nicht gehen!)

– Okay, Sie können hinterher gerne noch nachfragen. – Im Steuerrecht kann die Quellensteuer nur dann rückwirkend erhoben werden, wenn ein neuer Sachverhalt auftaucht, aber keine neue Interpretation.

(Alexander König (CSU): Steuergeheimnis zum Beispiel, Rechtsstaatsprinzip!)

Das ganze Verfahren ist rechtsunsicher. Die Tatsache, dass die Behörden das bewusst offen halten – das wird zumindest in den Medien so dargestellt, ich kann es kaum glauben, aber das ist tatsächlich so formuliert –, zeigt, dass man aufseiten der Finanzämter auch nicht sicher ist, ob das Ganze haltbar ist. Rechtsunsicherheit ist ein regelrechtes Gift für eine funktionierende Wirtschaft. Bayern geht dann auch noch einen isolierten Weg. Abstimmung mit anderen Bundesländern: Fehlanzeige! Aussage des Bundesfinanzministeriums: Es gibt keine bundesweit einheitliche Festlegung.

Fazit: Das Verfahren ist rechtlich kaum zulässig, untergräbt die Rechtssicherheit, geht ökonomisch möglicherweise nach hinten los. Was kann man da nur sagen? – Verfahren aussetzen, Rechtssicherheit schaffen und die Hausaufgaben machen, damit man überhaupt mal Rechtssicherheit auf nationaler und internationaler Ebene bekommt!

Eine Bemerkung noch zu dem AfD-Antrag. Eine Forderung zur Rückzahlung von Einzelbeträgen im Steuerverfahren? – Irgendwie habe ich es anders in Erinnerung, wie das Steuerverfahren funktioniert. Die Aufforderung, dass sich der Sachbearbeiter entschuldigen soll, betrachte ich als dem Fasching geschuldet.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Herrn Abgeordneten Dr. Kaltenhauser und darf nun Herrn Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr verehrte Damen und Herren, sehr verehrter Herr Vizepräsident! Sehr verehrter Kollege von der FDP, grundsätzlich würden wir Ihren Antrag auch unterstützen; wenn Sie hier aber von "Fasching" reden, trägt das, glaube ich, nicht dem Rechnung, was einem Unternehmer, wie er in "Frontal 21" zitiert worden ist, widerfährt.

Wir haben hier einen Dringlichkeitsantrag gestellt, der die Bezeichnung als "dringlich" wirklich verdient. Heute berichtet auch der "Münchner Merkur" darüber, welche Explosivität dahintersteckt, wenn Unternehmer mit Steuernachzahlungen für sieben Jahre rückwirkend konfrontiert werden. Der Kollege hat richtigerweise erwähnt, dass die rechtliche Grundlage dafür infrage zu stellen ist. Ich kann mir diese Bemerkung nicht verkneifen: Die Großen werden laufen gelassen, und die Kleinen werden gehängt. – Dieses Sprichwort trifft heute leider immer wieder zu.

(Beifall bei der AfD)

Findige Finanzbeamte traktieren hier einen Unternehmer, was die Vorlage dafür sein könnte, dass Unternehmen zukünftig damit konfrontiert werden. Dies lehnen wir rundweg ab.

Ich meine, dass unser Antrag ohne ideologische Scheuklappen betrachtet werden sollte. Man sollte den Unternehmern helfen. Der Finanzminister sollte seine Leute zurückpfeifen. Es darf nicht sein, dass diese findige Form der Steuererhebung auf Bundesebene womöglich noch Schule macht. Das ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmer. Wir wollen auf keinen Fall, dass Leute mit nachträglichen Forderungen in den Ruin getrieben werden.

Am Dienstag hatte ich als ehrenamtlicher Finanzrichter das Vergnügen, solche Fälle auf dem Tisch zu haben. Ich kann Ihnen sagen, dass es Fälle gibt, die drei Jahre später auf den Tisch kommen, in denen Leute um ihr Recht kämpfen. So weit dürfen wir es nicht kommen lassen, sondern wir müssen als Parlament Unterstützung leisten. Deshalb bitte ich darum, unseren Antrag ohne ideologische Scheuklappen zu betrachten und ihn zu unterstützen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Herr Abgeordneter Bergmüller. – Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hans Herold von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege Herold.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Normalerweise schaue ich "Frontal 21" nicht an, aber in Bezug auf die heutige Debatte habe ich gestern "Frontal 21" angesehen. Natürlich möchte ich auch deutlich sagen, dass es nicht sein kann, auch für die Zukunft, dass der Fiskus überhaupt kein Zugriffsrecht auf die gigantischen GAFA-Unternehmen hat – "GAFA" für Google, Apple, Facebook und Amazon.

Es kann natürlich nicht sein, dass deutsche Unternehmen eine Quellensteuer von 15 % auf Zahlungen an die Internetkonzerne eventuell sogar rückwirkend zahlen

müssen. Ich denke, das wäre ein Stück weit eine Steuererhöhung. Deswegen für die CSU, aber auch für die Staatsregierung eine klare Aussage: Die CSU-Fraktion, aber auch die Staatsregierung wird sich für eine konsequente Besteuerung der digitalen Großkonzerne sowohl auf Bundesebene als auch auf europäischer Ebene einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP titelt: "Bayerns Mittelstand soll nicht die Steuern der Internetmultis zahlen". Dieser Berichts Antrag ist im Ergebnis richtig; denn das wollen wir alle nicht. Er ist im Moment aber nicht nötig, da zum Beispiel unter anderem die Bescheide offengehalten werden, wie Sie alle wissen, und noch nicht bestandskräftig sind.

Für meine Fraktion möchte ich auch sagen: Die CSU setzt sich – das wissen Sie alle – insbesondere für unsere mittelständischen Unternehmen ein, gerade in der Wirtschafts- und der Steuerpolitik. Sie alle wissen, dass wir erst letzte Woche dem Landtag einen Dringlichkeitsantrag zu Steuer- und Bürokratieentlastungen für Unternehmen vorgelegt haben, dem zugestimmt wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die richtige Antwort auf den ungewollten Quellensteuerabzug ist daher – ich betone das ausdrücklich –, zügig eine bundesweit einheitliche Lösung herbeizuführen. Sie alle wissen, dass diese Fragestellung im Rahmen der Erörterung auf Bund-Länder-Ebene Mitte März 2019 besprochen und möglicherweise geklärt wird. Ich betone aber ausdrücklich: Es darf nicht zum Schaden für unsere bayerischen Mittelständler kommen. Das heißt konkret: Bis zur endgültigen Festlegung einer bundesweit einheitlichen Auffassung sind alle Fälle offenzuhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, auch das ist ein ganz entscheidender Hinweis: Für Zeiträume ab dem Jahr 2014 sind nicht mehr die Länderfinanzbehörden, sondern ist das Bundeszentralamt für Steuern – das ist eine obere Bundesbehörde im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Finanzen – für den Quellensteuerabzug zuständig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, alleine schon aus diesem Grund ist eine Einbeziehung des Bundes zwingend erforderlich, um gewissermaßen eine einheitliche Rechtsanwendung für alle Jahre und in ganz Deutschland zu gewährleisten.

Es ist auch wichtig, darauf hinzuweisen: Um sicherzustellen, dass die inländischen Unternehmen bis zur Klärung nicht steuerlich belastet werden, sind, wie gesagt, die bayerischen Finanzämter angehalten worden, alle Fälle offenzuhalten. Nach bisherigem Stand, auch nach bayernweiter Recherche des Landesamtes für Steuern, sind noch keine Steuerbescheide in Zusammenhang mit der Online-Werbung in Bayern ergangen. Ich kann vielleicht auch noch mal den Kollegen von der FDP in dem Bereich zustimmen.

Aber dem zuständigen Sachbearbeiter im Finanzamt eine Schuld zuzuweisen, ist meines Erachtens völlig unmöglich. Unsere Beamtinnen und Beamte leisten sehr gut eine wichtige Arbeit und erfüllen ihre Pflicht. Deswegen wird dieser Hinweis von uns massiv zurückgewiesen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht noch abschließend ein paar Sätze zum eigentlichen Problembereich; ich denke, das kommt in der Debatte zu kurz. In der Sache geht es um die Besteuerung der großen internationalen Digitalkonzerne. Das heißt, wir brauchen konkret eine Digitalsteuer für große amerikanische Konzerne. Es geht gewissermaßen um eine gerechte Besteuerung der digita-

len Wirtschaft, die natürlich nicht zulasten des bayerischen Mittelstandes erfolgen darf. Ich glaube, darüber sind wir uns im Hohen Haus alle einig. Amerikanische IT-Konzerne machen in Europa Milliardengewinne, aber Steuern zahlen sie fast keine. Bei diesem sensiblen Thema ist aber auch zu bedenken – und deshalb muss man auch überlegt vorgehen –, Nationalstaaten werden die Besteuerung im Alleingang – ich betone ausdrücklich: im Alleingang – nicht lösen können. Selbst auf EU-Ebene – das wissen Sie alle – tut man sich mit einer Lösung sehr schwer.

Deshalb möchte ich abschließend sagen: Es braucht einen großen Wurf, das ist klar. Die Besteuerung der digitalen Wirtschaft stellt eine der steuerpolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre dar. Vorschläge sind auf jeden Fall international abzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Abgeordneten Herold für seinen Beitrag. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Für eine klimafreundliche Verkehrswende und einen sozial ausgestalteten Klimaschutz", Drucksache 18/375, bekannt geben. Mit Ja haben 56 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 132. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt darf ich Herrn Abgeordneten Tim Pargent von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

(Zurufe von der AfD: Zwischenbemerkung! Wir haben eine Zwischenbemerkung! – Zuruf von den GRÜNEN: Zu spät!)

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bekämpfung internationaler Steuervermeidung, insbesondere bei digitalen Großkonzernen, ist eine der Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit. Wenn Google, Apple und Co. ihre Umsätze und Gewinne in die Länder mit den niedrigsten Realsteuern verlagern, während kleine und mittlere Unternehmen an diesem Steuerwettbewerb nicht teilnehmen können, ist das für viele Menschen in unserem Land nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Quellensteuer ist ein gängiges Mittel. Der nun vom bayerischen Finanzministerium und einigen Finanzämtern eingeschlagene Weg, die Steuer per Quellensteuer und in einer sehr weiten Auslegung des § 50a des Einkommensteuergesetzes bei Mittelständlern einzutreiben, ist aber, Herr Finanzminister, der denkbar schlechteste Weg, um für Steuergerechtigkeit zu sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land ist es ungerecht. Wir bestrafen die Falschen, wenn sie am Ende auf den Kosten sitzen bleiben und das Geld von Google nicht zurückbekommen, aber gleichzeitig die Kosten für sieben Jahre rückwirkend in Kauf nehmen müssen. Das hat mit Planungssicherheit nichts zu tun und kann für viele Betriebe existenzbedrohend sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Vorgehen ist aber auch aus einem zweiten Grund nicht zielführend. Die Auslegung des § 50a in dieser Form ist rechtlich umstritten. Wir haben kein bundeseinheitliches Vorgehen. Was ist mit Unternehmen an der Grenze zu Baden-Württemberg, die von dieser Quellensteuer nicht betroffen sind? Wenn am Ende über das Doppelbesteuerungsabkommen mit Irland diese Steuererträge in die irische Staatskasse fließen, dann haben wir erst recht nichts gewonnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund ist es ein fatales Signal an die Mittelständler in Bayern, wenn sie jetzt dafür geradestehen müssen, dass auf europäischer und internationaler Ebene noch keine adäquate Besteuerung von Digitalkonzernen auf den Weg gebracht wurde. Steuergerechtigkeit setzt hier bei den Falschen an und kann am Ende zu noch mehr Steuergerechtigkeit führen.

Ein wenig Wasser möchte ich noch in den Wein gießen. Wir müssen aufpassen, nicht über das Stöckchen von Google zu springen. Google hat seine Konzernstruktur genau so gebastelt, weshalb wir heute über diese Probleme genau so reden, weshalb wir die Probleme so haben. Deswegen stimmen wir dem FDP-Antrag zu. Wir fordern einen Bericht zu dieser Frage und eine Prüfung dieser Angelegenheit. Interessant im Zusammenhang mit dem Antrag wäre noch gewesen, wer wo und wie berichtet. Solange man etwas prüft, ist es nur konsequent, die fragwürdige Praxis solange auch auszusetzen.

Den AfD-Antrag lehnen wir ab. Im Widerspruch zum FDP-Antrag soll hier nicht erst geprüft, sondern gleich gestoppt werden. Noch ein letzter Satz: Es hat doch eine gewisse Ironie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, wenn Sie Ihren Dringlichkeitsantrag hier mit den Recherchen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks begründen. Denken Sie bei Ihrem nächsten Antrag zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk darüber einmal nach.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich noch auf etwas hinweisen. Es ist schwer zu sehen, ob sich jemand zu einer Zwischenbemerkung gemeldet hat oder ob nur einige Kollegen in der Ecke stehen. Ich bitte deshalb alle im Raum: Wer sich meldet, der möge das bitte bei einem Mikrofon tun und während der Rede des Vorredners auf den Knopf am Mikrofon drücken. Das wäre eine große Hilfe, damit keine Missverständnisse entstehen. Ich rufe selbstverständlich gerne auf, wenn jemand eine Zwischenbemerkung hat. Wenn aber vier oder fünf Leute herumstehen, dann tut man sich schwer, zu erkennen, ob da eine Wortmeldung dabei ist.

Jetzt sind wir aber wieder in der Reihenfolge der Redner. Ich darf Herrn Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN um sein Wort bitten.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Muthmann, als Sie noch der Fraktion der FREIEN WÄHLER angehörten, wäre ein solcher Antrag niemals aus der Fraktion hinausgelangt und hier im Plenum debattiert worden. Dies zu Recht, denn dieser Antrag mag einen richtigen Kern enthalten, handwerklich ist er aber dermaßen schlecht, dass er schon aus diesem Grund keine Zustimmung verdient.

(Alexander König (CSU): Genau so ist es! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Bericht ist schön und recht. Wenn es aber keine Steuerbescheide bayerischer Finanzämter zu diesem Thema gibt, worüber

soll der Finanzminister denn dann berichten? – Ich denke, im Anschluss wird er auch in seinem Beitrag darstellen, dass es nichts zu berichten gibt. Es gibt ein Thema, über das wir reden müssen, jawohl. Was aber die bayerische Finanzverwaltung aktuell anbetrifft, so gibt es nichts zu berichten.

Und wenn ich die Aufforderung "umgehend für eine bundesweit einheitliche Klärung der Rechtssituation zu sorgen", dann frage ich schon, welche verfassungsrechtliche Stellung der Freistaat Bayern im Bund denn nach Ansicht der FDP-Fraktion hat. – Sind wir denn der Vorgesetzte aller anderen Bundesländer und auch des Bundes, der die Kraft hat, für eine bundesweit einheitliche Regelung zu sorgen? – Freunde, so arrogant und überheblich darf man nicht agieren.

Und dann heißt es im Antrag: "vorerst auf die Erhebung dieser ‚Quellensteuer‘ zu verzichten". – Man kann sie vielleicht aussetzen, aber man kann nicht auf Steuern verzichten, wenn diese angefallen sind. Was ist denn das für ein rechtsstaatliches Verständnis?

(Hans Herold (CSU): Das geht nicht! – Alexander König (CSU): Das geht überhaupt nicht! Wir haben das Rechtsstaatsprinzip!)

Und dann steht in diesem Antrag: "dieses Steuerbeitragsersatzverfahren insbesondere nicht rückwirkend [...] anzuwenden". – Hier gilt das Gleiche. Entweder ist es geltendes Recht, dann muss man es anwenden, oder es ist kein geltendes Recht, dann darf man es nicht anwenden.

Richtig ist allerdings, dass wir schleunigst die Rechtslage klären müssen. Das muss in den nächsten Wochen auf Bund-Länder-Ebene geschehen. Nach meiner Information wird das auch nachdrücklich vom bayerischen Finanzminister betrieben.

Noch ganz nebenbei: Für den Quellensteuerabzug ist nicht der Freistaat Bayern zuständig, sondern dafür gilt die Zuständigkeit des Bundeszentralamtes für Steuern, einer Bundesbehörde, die dem Bundesfinanzministerium untersteht. Also auch in diesem Punkt ist der FDP-Antrag nicht geeignet, das Problem zu lösen.

An dieser Stelle möchte ich allerdings auch deutlich betonen, dass es natürlich die Aufgabe jedes Parlaments und jedes Parlamentariers ist, sich für eine effektive Besteuerung von Großkonzernen einzusetzen. Ich muss aber sagen, dafür muss man dann auch konkrete Vorschläge machen.

Ansonsten darf ich darauf verweisen, dass das Steuerrecht im Wesentlichen Bundessache ist. An dieser Frage haben sich abwechselnd die Union, die SPD, die FDP versucht und, wenn man in die Schröder-Ära zurückgeht, auch die GRÜNEN. Die sind zwar im Bund schon länger nicht mehr an der Regierung, aber fast alle Parteien dieses Hauses haben sich daran versucht und sind bislang gescheitert, mit Ausnahme unserer Fraktion. Wir hatten noch keine bundespolitische Regierungsverantwortung.

(Zuruf von der SPD: Das ist auch gut so!)

Das heißt nicht, dass man die Dinge nicht weiter forcieren und vorantreiben muss. Ich sage aber auch: Bevor große Versprechungen gemacht werden, sollte zunächst etwas auf den Weg gebracht werden, damit den großen Worten auch Taten folgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Herrn Kollegen Pohl. – Jetzt darf ich Herrn Kollegen Güller von der SPD-Fraktion aufrufen.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Unzweifelhaft geht es beim heutigen Thema des Quellensteuerabzugs um einen höchst brisanten Vorgang. Dieser verdient es selbstverständlich, dass sich das Parlament damit beschäftigt. Für uns Sozialdemokraten steht jedoch auch eines fest, um es vorwegzuschicken: Wir müssen alle rechtlich möglichen Register ziehen, um den Kampf gegen die unsozialen Steuerpraktiken der Googles, Amazons, Facebooks, Apples, aber auch der Starbucks' dieser Welt zu führen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, die beste Lösung wären weltweite oder zumindest europäische Steuerregelungen. Auf europäischer Ebene muss daher dringend das weitestgehend geltende Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen aufgebrochen werden. Solange dies noch nicht gelungen ist, ist es auch völlig legitim, das deutsche Steuerrecht und ganz konkret das Instrument der Quellensteuer zu nutzen.

Für uns ist es aber auch unabdingbar, dass sich betroffene kleine und mittelständische Unternehmen auf ihre Steuerpflicht einstellen können. Das heißt, eine Rückwirkung kann nur dann erfolgen, wenn für die Betroffenen die reale Möglichkeit besteht, sich das Geld von Google zurückzuholen oder es anderweitig geltend zu machen. Wenn das nicht möglich ist, dann darf die Regelung eben nur für die Zukunft angewandt werden. Wichtig für die Sozialdemokratie ist ebenfalls: Es muss ein bundeseinheitlicher Vollzug sichergestellt werden.

Kolleginnen und Kollegen von der FDP, eine kleine Klippe gibt es in Ihrem Antrag schon. Sie sprechen sich heute schon absolut dafür aus, die Steuer nicht rückwirkend zu erheben, unabhängig von der Möglichkeit, diese bei Google oder anderweitig geltend zu machen. Da für uns die Forderungen nach einem Bericht und – das ist noch viel wichtiger – nach einer bundesweit einheitlichen Klärung der Rechtslage im Vordergrund stehen, haben wir uns dafür entschieden, Ihrem Antrag dennoch zuzustimmen.

Den Antrag der sich selbst als Alternative bezeichnenden Partei lehnen wir ab. Er fordert, das steuerlich sinnvolle Instrument der Quellensteuer und deren Erhebung generell abzulehnen. Kolleginnen und Kollegen, das ist Unsinn.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Güller. – Als Nächstem erteile ich für die Staatsregierung Herrn Staatsminister Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich alle beruhigen. Wir werden mit unserer Politik in Bayern in unseren Bemühungen zur Unterstützung des Mittelstandes garantiert nicht nachlassen. Wir werden alles dafür tun, dass unser Mittelstand unterstützt werden kann.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich darf Sie für eine Sekunde unterbrechen. – Ich bitte, oben auf der Tribüne das Filmen einzustellen. – Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Im letzten Sommer haben wir auf Bundesebene bereits Anträge eingebracht, die den Mittelstand im Hinblick auf die steuerliche Bürokratie entlasten sollen. Das gilt auch für steuerli-

che Entlastungen im Allgemeinen. Wir sind uns alle einig, dass Bayern aufgrund der bayerischen Wirtschaftspolitik und insbesondere einer klugen Steuerpolitik, die der Bund unterstützt hat, so gut dasteht. Niemand muss mich davon überzeugen, eine aktivierende Mittelstandspolitik auch im Steuerwesen zu betreiben. Letzte Woche haben wir darüber gesprochen, dass dies nicht nur für den Mittelstand und die Unternehmen gilt, sondern auch für die Bürger im Allgemeinen. Ich nenne nur den Soli. Darüber haben wir ausführlich diskutiert.

An dieser Stelle geht es um etwas anderes. Mit den Dringlichkeitsanträgen wird gefordert, über gestellte Steuerforderungen Auskunft zu geben. Das kann im Moment niemand machen, weil noch nichts feststeht. Das Landesamt für Steuern hat mir auf der Grundlage bayernweiter Recherchen mitgeteilt, dass bisher kein Steuerbescheid mit einer Quellensteuerabzugsverpflichtung vorliegt. Wenn diese Auskunft stimmt, gibt es keinen konkreten Anlass für die zur Schau gestellte Betroffenheit in den öffentlichen Debatten und in den Medien. Vorliegenden Betriebsprüfungsberichten sind lediglich Feststellungen zu entnehmen.

Jetzt komme ich zu einem wichtigen Punkt, der heute schon erwähnt wurde. Außerdem liegen Mitteilungen an das Bundeszentralamt für Steuern vor. Die Unternehmen wurden über das Ergebnis dieser Prüfungen informiert. Im Rahmen von Steuerprüfungen macht man seine Einwände gegen die Prüfungsergebnisse geltend und bespricht sich. Warum ist das Bundeszentralamt für Steuern so wichtig? – Weil es seit dem Jahr 2014 für die Quellensteuer zuständig ist. Das sind nicht die Landesfinanzämter. Heute kann ich einer Pressemitteilung des Bundesverbands E-Commerce und Versandhandel Deutschland entnehmen, dass nicht nur bayerische Finanzämter, sondern auch Finanzämter in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz kritisiert werden. So steht es jedenfalls in der Mitteilung des Bundesverbands E-Commerce und Versandhandel Deutschland. Das ist auch eine interessante Information.

Fakt ist jedoch, dass die Frage des Quellensteuerabzugs noch nicht bundeseinheitlich geregelt ist. Das haben wir gehört. Eine umfassende Erörterung wird im März stattfinden. Ich hoffe, dass wir schnell Klarheit erhalten. Das muss möglichst rasch geklärt werden. Es sollte eine bundeseinheitlich abgestimmte Verwaltungsauffassung gefunden werden. Die Frage taucht überall auf. Wie man den Medienberichten entnehmen konnte, wird auch der Bund selbst nach seiner Einschätzung gefragt. Der Bundesfinanzminister sagt: Wir haben uns noch nicht darauf verständigt. Deshalb drängen wir darauf, dass das schnell geht. Die Forderung in den Anträgen, schnell Klarheit auf Bundesebene zu schaffen, ist bereits umgesetzt.

Fakt ist auch: Bis zu einer Klärung werden keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden, weil die bayerischen Finanzämter angewiesen sind, die Fälle offenzuhalten.

Das Bundeszentralamt für Steuern, das seit dem Jahr 2014 zuständig ist, ist eine obere Bundesbehörde. Deshalb ist eine bundeseinheitliche Abstimmung auch zwingend erforderlich. Es ist nicht sinnvoll, zu sagen: Jetzt ordnet der bayerische Finanzminister an. – Wir müssen die Punkte nach Recht und Gesetz besprechen und abarbeiten. Obwohl die Notwendigkeit besteht, dies rasch zu machen, ist nirgendwo etwas Furchtbares geschehen, das dazu führen könnte, dass der Mittelstand Sturm läuft. Jedenfalls ist es entscheidend, eine einheitliche Rechtsanwendung für alle Jahre in ganz Deutschland zu bekommen. Das Verfahren, das dafür vorgesehen ist, wird durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren, letzten Endes ist es ein Streit der Gelehrten. Das haben wir im Steuerrecht sehr oft. Es geschieht nicht zum ersten Mal, dass sich Fachleute des Steuerrechts auch in der Öffentlichkeit darüber austauschen, welche Rechtsauffassung jeweils die richtige ist. Dies ist auch hier der Fall. Die Betriebsprüfer

sahen es so. Wenn im weiteren Verlauf der Diskussionen die Fachleute neue Erkenntnisse liefern, kann den Betriebsprüfern kein Vorwurf gemacht werden. Der Betriebsprüfer macht seine Arbeit und schaut, wie er die Arbeit gut umsetzen kann.

(Hans Herold (CSU): So ist es!)

Allerdings darf niemand von vornherein behaupten, sich von Haus aus gegen bessere und neuere Erkenntnisse zu wehren. Deswegen ist dieses Thema mit großer Sachlichkeit zu klären. Es braucht keinen großen politischen Diskurs. In jeder Rede habe ich die Forderung wiedergefunden, dies auf Bund-Länder-Ebene zu regeln. Dies haben wir schon entschieden. Ich verwehre mich nicht dagegen, dem Landtag zeitnah über den Verlauf dieser Gespräche zu berichten. Das wird auch unter entsprechender öffentlicher Begutachtung erfolgen. Da gibt es nichts, was unter den Teppich gekehrt würde. Ich halte das systematische Vorgehen, das jetzt angedacht und geplant ist, für den richtigen Weg, um zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen.

Ich habe die Wortbeiträge gehört. Wir sind uns einig, dass die Besteuerung von Unternehmen in der Digitalwirtschaft nicht nur deutschland-, sondern europaweit und weltweit eine große Herausforderung ist. Natürlich müssen auch diese großen Konzerne einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. In der Vergangenheit ist es ihnen häufig mit einer aggressiven Steuervermeidungsstrategie gelungen, sich hier "zurückzuhalten". Wir haben bereits erste Erfolge: Die EU-Kommission hat sich massiv mit Apple und Google angelegt. Diese Firmen mussten Zahlungen an den irischen Staat leisten. All das befriedigt uns aber bei Weitem nicht.

Wir müssen einen internationalen Konsens für eine faire und gerechte Besteuerung multinational aufgestellter Konzerne finden. Wir tun uns damit sehr hart. Ein Redner hat ausgeführt, dass über dieses Thema schon jahrelang diskutiert wird. Auch ich bedauere das zutiefst. Meine Damen und Herren, wir müssen aber Obacht geben, dass wir vor lauter Feuereifer und Begeisterung nicht diejenigen treffen, die wir nicht benachteiligen wollen, nämlich die exportorientierten deutschen Firmen. Wir dürfen diese Firmen nicht mit in den Topf schmeißen, weil wir die digitalen Unternehmen erwischen wollen.

Sollten wir eine Besteuerung dort vornehmen, wo das Geschäft getätigt wird, muss ein Unternehmen, das exportiert, die Steuern in dem Land abführen, in das es sein Gut bringt. Die Debatte über die Verteilung der Besteuerungsrechte ist der Grund dafür, dass wir noch keine weit verbreitete, ich hätte beinahe gesagt: weltweite, Haltung zu diesem Thema gefunden haben.

Hier im Bayerischen Landtag sehe ich keinerlei Dissens. Wir werden uns zu dieser Frage auch weiterhin austauschen. Wir müssen sehen, dass wir bei diesem Thema vorankommen.

Ich sage es noch einmal: Wir wollen keine Besteuerung, die unserem Mittelstand schadet und anderen nützt. Wir müssen eine bundeseinheitliche Regelung finden. Meine Zusage lautet, dass ich mich dafür einsetzen werde, dass wir dabei vorankommen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Herrn Kollegen Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie haben darauf verwiesen, dass die Bund-Länder-Arbeitsgruppe im März tagen wird. Ich habe aber Ihre persönliche Meinung vermisst. Sie haben gerade die Rechtsgrundlage erläutert und auf die Betriebsprüfungen verwiesen, die die Grundlage der Bescheide waren. Das bedeutet, der Stein ist schon ins Rollen gekommen. Nach dem Steuerrecht haben Sie die Möglichkeit, diese Bescheide auszusetzen.

Meine persönliche Frage an Sie lautet: Für welche bundeseinheitliche Lösung setzen Sie sich angesichts dieser unsicheren Rechtslage ein? Wollen Sie, dass eine Quellensteuer erhoben wird, oder plädieren Sie als Chef der bayerischen Finanzverwaltung dafür, dass keine Quellensteuer erhoben und dieses Problem international gelöst wird?

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich habe bereits in meiner Rede gesagt, dass wir die Vorgänge ausgesetzt haben. Ich wiederhole, was ich gerade gesagt habe: Wir haben es hier mit einer hochkomplexen Materie zu tun. Die Steuerrechtsgelehrten streiten sich über die Frage, ob diese Vorgehensweise gut ist oder nicht. Wir lassen uns jetzt alle Argumente erklären: von den Betriebsprüfern, die draußen unterwegs sind, und von denjenigen, die eine andere Meinung vertreten. Dabei geht es nicht nur um Bayern. Ich verweise auf die Pressemitteilung des Bundesverbands E-Commerce vom 19.02. Darin ist von einzelnen Finanzämtern in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz die Rede. Wir werden uns dieses Thema ansehen.

Als Finanzminister habe ich eine persönliche Meinung zur Belastung von Unternehmen. Das ist das eine. Ich bin aber auch Chef der Steuerverwaltung und stehe als solcher mit meinen Handlungen in einem bundesweiten Kontext. Das ist das andere. Es wäre nicht seriös, einen Schnellschuss zu machen und zu erklären: Das ist meine persönliche Meinung, so wird es kommen. – Als Finanzminister stehe ich dafür, dass niemand zu Unrecht belastet wird. Wir vollziehen das Steuerrecht nach der gültigen Gesetzes- und Rechtslage. Das entspricht meinem Amteid. Wir werden in Berlin dafür kämpfen, dass wir möglichst rasch eine gute Regelung bekommen. Dann sehen wir weiter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Kaltenhauser von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Füracker, vielen Dank. Einen Teil der Informationen, die ich angefragt habe, haben Sie schon gegeben. Noch einmal vielen Dank dafür. Ihrer rechtlichen Einordnung kann ich großteils folgen. Der § 50a des EStG wurde in letzter Zeit nicht geändert. Deshalb erstaunt es mich, wie Sie zu der Erkenntnis gekommen sind, dass man diesen Paragraphen so auslegen könnte. Anders herum gefragt: Können Sie bestätigen, dass es keine Hinweise oder gar eine Anweisung an die Betriebsprüfer gab, darauf verstärkt zu achten?

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Davon ist jedenfalls mir nichts bekannt. Ich habe niemanden angewiesen. Die Betriebsprüfungen sind Aufgabe der dafür zuständigen Behörde. Diese stößt im Rahmen ihrer Tätigkeit in Gesprächen mit den jeweiligen Unternehmen oft auf Sachverhalte, die so oder so eingeschätzt werden können. Ich glaube nicht, dass wir hier zum ersten Mal im Steuerrecht einen Fall haben, bei dem sich die Gelehrten uneinig sind.

Ich habe gerade in meiner Rede gesagt, dass ich keinen Betriebsprüfer anklage. Niemand, ob in der Politik oder in der Verwaltung, ist davor gefeit, sich einmal eines Besseren belehren lassen zu müssen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir

diese Gespräche führen. Zuständig sind das Bundeszentralamt für Steuern und die 16 Länder. Wir werden miteinander über dieses Thema sprechen und sehen, wie die Rechtsauffassungen dazu sind. Vielleicht liegen sie gar nicht so weit auseinander. Vielleicht gehen sie auch in unsere Richtung. Jetzt wird erst einmal in aller Ruhe eine Bewertung vorgenommen. In diese Bewertung wird sich der Freistaat Bayern selbstverständlich einbringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister Füracker. – Weitere Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Die CSU-Fraktion hat für den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/376 namentliche Abstimmung beantragt. Die Vorlaufzeit von 15 Minuten ist noch nicht abgelaufen. Wir werden deshalb die Abstimmung später durchführen.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)
Extremismus, Salafismus und Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen und bestrafen - "Aktionsplan der Justiz" (Drs. 18/377)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Rückkehr zum bewährten Staatsangehörigkeitsrecht (Drs. 18/387)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Wie lautet Staatsminister Eisenreichs Aktionsplan? (Drs. 18/388)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Dr. Franz Rieger von der CSU-Fraktion.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist eines der sichersten Länder in Europa, und darauf sind wir alle stolz. Zu den wichtigsten Aufgaben der Politik gehört es, alles dafür zu tun, damit das so bleibt. Dies gilt vor allem für die Bekämpfung von Extremismus, Salafismus und Terrorismus; denn Extremismus und Terrorismus bedrohen den demokratischen Rechtsstaat und erschüttern das Vertrauen der Bevölkerung. Sie gefährden zudem die Sicherheit jedes Einzelnen von uns und den demokratischen Meinungs-austausch. Genau deshalb hat die bayerische Justiz die Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus in den letzten Jahren konsequent verfolgt. Solche Straftaten können aber auch künftig nur erfolgreich bekämpft werden, wenn wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen weiterentwickeln und gravierende Rechtslücken schließen. Deshalb hat die bayerische Justiz die notwendigen Maßnahmen zu einem Aktionsplan zusammengefasst, der unter anderem folgende wichtige Verbesserungen vorsieht:

Erstens. Wir müssen die Sympathiewerbung für kriminelle bzw. terroristische Vereinigungen wieder unter Strafe stellen. Es ist nicht akzeptabel, dass Terroristen auf unseren Straßen und Plätzen ungestraft für sich und ihre Sache werben können. Auch wer sich entschließt, eine terroristische Vereinigung zu unterstützen, und

alles dafür Erforderliche in die Wege leitet, muss für diesen Versuch strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden können.

Zweitens geht es nicht an, dass Täter gezielt ins Ausland reisen, um von dort aus ihre Hassbotschaften über das Internet in Deutschland straffrei zu verbreiten. Auch dies muss künftig wegen Volksverhetzung bestraft werden können.

Drittens. Leider hat der Terrorismus zunehmend auch Jugendliche und Heranwachsende erfasst. Den Jugendgerichten fehlt häufig die Expertise für solche Erfassungen. Deshalb ist es bei solchen Strafverfahren notwendig, bei den Staatschutzkammern eine Konzentration der gerichtlichen Zuständigkeit herbeizuführen.

Neben dem Aktionsplan der Justiz weist zurzeit auch die mögliche Wiedereinreise von islamistischen Kämpfern auch mit deutscher Staatsangehörigkeit eine besondere, sehr aktuelle Problematik auf; denn als IS-Rückkehrer mit Kampferfahrung sind sie hochgefährlich. Sie haben sich radikalisiert und werden diese Radikalität mit der Rückkehr nach Deutschland nicht einfach ablegen – im Gegenteil. Sie haben sich meist bewusst von unserer Demokratie abgewendet und verachten häufig unsere westliche Kultur. Sie einfach nach Deutschland zu überstellen, wie es der US-Präsident vorschlägt, löst die Probleme nicht, sondern verlagert die Probleme nur und schafft neue. Man muss sich einmal vor Augen halten: Wenn zurückkehrende IS-Schergen bei uns nur wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor Gericht kommen, weil man ihnen keine konkrete Straftat nachweisen kann, dann spazieren sie womöglich nach drei Jahren wieder aus dem Knast.

Deshalb ist es höchste Zeit, dass solche Personen ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, wenn ihnen – und das ist die Voraussetzung – eine konkrete Beteiligung an Kampfhandlungen einer Terrormiliz im Ausland nachgewiesen werden kann. Dies sieht auch der Koalitionsvertrag der Bundesregierung in Berlin vor. Wir brauchen hier eine schnellstmögliche Umsetzung im Staatsangehörigkeitsrecht. Das ist unbedingt notwendig. Bayern hat im Übrigen hierzu schon 2017 eine Bundesratsinitiative eingebracht, die genau das vorsieht.

Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Lassen Sie uns alles tun und alles für die Prävention Wichtige in die Wege leiten, damit unser Bayern so sicher bleibt, wie es ist.

Dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion werden wir zustimmen.

Den Dringlichkeitsantrag der AfD lehnen wir dagegen ab; denn selbst die AfD kann nicht ernsthaft wollen, dass wir zur Rechtslage im Jahr 2000 zurückkehren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der AfD)

– Dann müssen Sie sagen, ob Sie das ernsthaft wollen. – Die Folge wäre nämlich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der AfD, dass die Verschärfungen im Einbürgerungsrecht aus dem Jahr 2007 wieder wegfallen, mit der Konsequenz, dass auch Straftaten im Bereich der mittleren Kriminalität und Straftaten mit einem niedrigeren Strafniveau der Täter, die eingebürgert werden könnten, wieder entfallen. Das kann nicht einmal die AfD ernsthaft wollen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Müller das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Dr. Rieger, Ihr Vortrag hört sich schön an. Die Thematik "Prävention gegen Gewalttaten und Verbrechen" ist immer etwas, das der Bürger selbstverständlich gerne hört und aufnimmt. Trotzdem ist die Frage: Warum sorgen Sie nicht einfach für sichere Grenzkontrollen, so dass wir erst mal wissen, wer überhaupt ins Land kommt oder kommen kann?

Die zweite Frage ist: Wer ist überhaupt im Land? Darüber haben Sie bisher immer noch keine zuverlässigen Aussagen getroffen, geschweige denn dass Sie einen zuverlässigen Schutz der deutschen Bevölkerung vor dem Eindringen von Leuten, die hier bestialische Gewalttaten ausführen, geschaffen haben. Das frage ich Sie.

(Beifall bei der AfD)

Sie kommen mir hier mit Ihrer Präventionstheorie nicht heraus. Machen Sie erst einmal unsere Grenzen sicher.

Dr. Franz Rieger (CSU): Herr Kollege Müller, das ist ein ganz anderes Thema, das im Übrigen nicht Ihrem Antrag zugrunde liegt. Aber ich beantworte Ihnen die Frage ganz kurz: Wir tun mit der Bayerischen Grenzpolizei im Rahmen des tatsächlich und rechtlich Möglichen bis zur verfassungsrechtlichen Grenze wirklich alles, alles dafür, dass wir unsere Grenzen sicher machen und sicher erhalten. Was Sie hier sagen, ist ebenso wie Ihr Antrag, auf den ich jetzt nicht näher eingehen will, reiner Populismus. Aber das merken die Leute draußen. Das haben Sie selber zu verantworten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Dr. Rieger. – Herr Dr. Müller, eine weitere Erwidern auf eine Zwischenbemerkung ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Richard Graupner von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die CSU schreibt in der Begründung ihres Antrags – ich zitiere –:

Denn extremistische und terroristische Straftaten stellen nicht nur ihrer Natur nach den demokratischen Rechtsstaat in Frage. Sie bedrohen auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Unerschütterlichkeit des Staates und seine Fähigkeit, die Sicherheit jedes Einzelnen und den demokratischen Meinungsaustausch zu gewährleisten.

Ja, Sie haben recht: Terror und Extremismus gefährden unser Gemeinwesen. Und ja, Sie haben recht: Das Vertrauen eines beträchtlichen Teils der Deutschen in den Rechtsstaat ist erschüttert. Die Ursache hierfür liegt aber nicht nur bei den terroristischen Akteuren selbst, sondern in einem erheblichen Maße auch in einer verantwortungslosen Politik, wenn Ihre Partei, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU, als williger Vollstrecker fungiert.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie kurz unterbrechen. – Für Abgeordnete gilt natürlich erst recht, dass im Sitzungssaal nicht gefilmt werden darf. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Richard Graupner (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Diese Politik tragen auch Ihre Parteikollegen als willige Vollstrecker Merkel'scher Weltbeglückungsphantasien nicht nur im Bund, sondern auch auf EU-Ebene mit. Wer Personen reinlässt oder gar einbürgert, ohne sie genau zu überprüfen, macht sich eben mitschuldig.

Extremismusbekämpfung ist gut, wird aber ad absurdum geführt, wenn bei scheu-
nentorweit offenen Grenzen weitere potenzielle Gefährder ins Land gelassen wer-
den.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Deutschland, absurd: Wir holen uns 2015 Syrer und solche, die vorgeben, Syrer zu
sein, ins Land, also Menschen, die angeblich oder tatsächlich vor Verfolgung durch
den IS Schutz suchen, um nun im Jahr 2019 genau jenen IS-Schergen, die ihrer-
seits vor den Syrern auf der Flucht sind, den roten Rückreisetepich auszurollen.
Es ist damit zu rechnen, dass viele IS-Terroristen unabhängig von der Staatsange-
hörigkeit versuchen werden, insbesondere nach Deutschland einzureisen. Wer will
sie daran hindern? – Der Außenschutz der EU-Grenzen funktioniert nicht, und die
deutschen Grenzen funktionieren nur auf der Landkarte. Nach wie vor – und das
hat jetzt mit Populismus eben nichts zu tun, Herr Kollege – haben wir rund 10.000
illegale Grenzübertritte pro Monat.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

60 % der Illegalen besitzen keine Ausweispapiere. Wer überschreitet unsere Gren-
zen? Um wen handelt es sich? Kein Mensch weiß das. Das Gefährdungspotenzial
für die Bürger ist enorm. Herr Maaßen hatte recht, als er jüngst feststellte, die Feh-
ler von 2015 wiederholten sich täglich.

(Beifall bei der AfD)

Was ist also das Gebot der Stunde? – Wir müssen die Kontrolle über unsere Gren-
zen zurückgewinnen, einen Paradigmenwechsel in der Einwanderungspolitik voll-
ziehen wie beispielsweise Dänemark – übrigens mit Zustimmung der dortigen Sozi-
aldemokraten –, und es muss endlich Schluss damit sein, die deutsche
Staatsbürgerschaft zu verschenken.

(Beifall bei der AfD)

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Der Antrag der CSU geht in die richtige
Richtung. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind wichtig und richtig. Allerdings er-
fassen sie nur einen Teilbereich der Gesamtproblematik; denn neben den Terroris-
ten mit Doppelpass gibt es einen erheblichen Teil, der ausschließlich die deutsche
Staatsangehörigkeit besitzt und diese in den meisten Fällen erst nach der Ände-
rung des Staatsangehörigkeitsrechts verliehen bekam.

Es mag sein, dass wir die Rückkehr von Terroristen mit deutschem Pass nach der-
zeitigem Rechtsstand nicht unterbinden können. Es steht aber nirgendwo geschrie-
ben, dass wir das dauerhaft akzeptieren müssen. Ebenso müssen wir die Möglich-
keiten der Ingewahrsamnahme nach dem Polizeiaufgabengesetz konsequent
nutzen. Die bayerischen Bürger können erwarten, dass, wenn die deutsche Politik
nicht in der Lage ist, die Einreise der Terroristen zu verhindern, diese terroristi-
schen Gefährder jedenfalls hinter Schloss und Riegel kommen.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion stellt aus diesem Grund einen an die Wurzel des Übels gehenden
Antrag. Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für
eine Rückkehr zum Staatsbürgerschaftsrecht in seiner alten Fassung bis zum
Jahr 2000 einzusetzen sowie die bereits bestehenden rechtlichen Möglichkeiten
des Polizeiaufgabengesetzes konsequent anzuwenden.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Alexander Muthmann, FDP-Fraktion, das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kollegen insbesondere von der CSU! Der Antrag, den Sie heute vorlegen, ist natürlich von besonderer Bedeutung und Wichtigkeit. Aber die Art und Weise, wie Sie dieses Thema, das uns alle umtreibt, behandeln wollen, ist angesichts seiner Bedeutung, wie ich finde, unwürdig und eher eine Zumutung. Das Staatsministerium der Justiz hat – so Ihr Antrag – dem Ministerrat diesen Aktionsplan der Justiz zugeleitet, und wir hier im Landtag kennen offenkundig diesen Aktionsplan bis dato nach wie vor nicht.

(Beifall bei der FDP)

Der Kollege Rieger hat dankenswerterweise angekündigt, unseren Wunsch zu unterstützen, den Aktionsplan erst anzusehen, um anschließend darüber zu sprechen. Es gilt natürlich, angesichts der Bedeutung und Komplexität des Themas durchaus über die von Ihnen angesprochenen Maßnahmen zu diskutieren und um eine Lösung zu ringen. Fragen der Sicherheit, der persönlichen Verantwortung, des Datenschutzes und der persönlichen Freiheit sind in Einklang zu bringen. Das ist in einem Dringlichkeitsantrag nicht zu leisten und vor allem vor dem Hintergrund eines Aktionsplans, den wir gar nicht kennen, verantwortlich schlichtweg nicht zu absolvieren.

Wir hatten – das wissen die Kollegen, die in der letzten Legislaturperiode schon dabei waren – an dieser Stelle schon einmal auf Antrag der CSU einen "Masterplan Seehofer" zu einem Zeitpunkt zu beraten, als wir diesen Plan noch nicht kannten. Die Kollegen der CSU haben dem zugestimmt – auch schweren Herzens, wie wir wissen. Ich dachte, dass sich ein solcher Sündenfall nicht wiederholen würde. Offenbar sind Sie aber auch an dieser Stelle wieder willens, der Planung eines Ministers die Unterstützung zuzusagen, ohne die Details zu kennen.

Das ist, liebe Kollegen der CSU, ein Antrag zur Selbstentmündigung und auch ein Dokument fehlender Verantwortlichkeit, dem wir selbstverständlich nicht zustimmen können. Wir sprechen darüber, wenn wir den Plan vorliegen haben.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Muthmann. – Als Nächster erteile ich der Abgeordneten Katharina Schulze, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorstellung, dass gegebenenfalls radikalisierte deutsche IS-Kämpfer und IS-Kämpferinnen in Deutschland sein könnten, ist ein Grund zur Sorge und kein schöner Gedanke. Ja, dagegen muss man etwas tun. Wenn ich mir jetzt aber ansehe, was die CSU vorschlägt, muss ich Sie schon fragen: Haben Sie das richtig durchdacht? Die CSU möchte jetzt, dass Deutschen mit einem Doppelpass die Staatsangehörigkeit entzogen wird, wenn sie an Kampfhandlungen einer Terrormiliz im Ausland beteiligt werden.

Vielleicht kann ich für Sie alle noch einmal ganz kurz die Fakten nachziehen. Erstens. Deutsche Staatsbürger haben ein Recht, nach Deutschland zurückzukehren. Zweitens. Deutschland hat die Pflicht, seine Staatsbürger und Staatsbürgerinnen wieder aufzunehmen. Genau das, liebe CSU, fordern Sie ja auch zu Recht immer von anderen Staaten: Sie sollen ihre Staatsbürger und Staatsbürgerinnen wieder zurücknehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rechtlich klar ist auch, dass die Staatsbürgerschaft nicht entzogen werden kann, wenn die Betroffenen dadurch staatenlos werden. Sie haben sicher alle auch schon einmal in das Grundgesetz hineingesehen: Der Entzug der Staatsbürgerschaft ist nach dem Grundgesetz verboten. Dieser geht nur unter sehr wenigen Bedingungen; beispielsweise, wenn eine Person Wehrdienst für einen anderen, ausländischen Staat leistet. Der Kampf für den sogenannten Islamischen Staat ist aber eben kein Wehrdienst in einem anderen Staat, weil der IS kein Staat war. Wir sollten ihn jetzt auch nicht im Nachhinein als einen solchen anerkennen, nur damit Sie als CSU Doppelpassbesitzern den deutschen Pass entziehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt möchten Sie das Staatsangehörigkeitsrecht so ändern, dass die Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nach sich ziehen sollte. Kolleginnen und Kollegen, das wird Ihnen nicht helfen; aufgrund des Rückwirkungsverbots wären die jetzt gerade diskutierten Fälle davon nicht betroffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sehen also: Die Forderung der CSU ist schlicht nicht praktikabel und unsinnig. Sie suggeriert erneut – ich dachte, wir hätten diese Zeit endlich hinter uns gelassen –, dass Sie der Bevölkerung zeigen möchten, dass man ein vielschichtiges Problem ganz einfach lösen kann. Das kann man aber so nicht. Deswegen müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, was wir eigentlich brauchen. Wir brauchen erstens einmal eine Lagebestimmung. Um wie viele deutsche IS-Kämpfer mit einem Doppelpass handelt es sich denn eigentlich? Wie viele kommen aus Bayern? Diese Informationen müssen auf den Tisch gelegt werden, damit wir mit den Fragen umgehen können.

Zweitens. Wir brauchen gut ausgestattete Sicherheitsbehörden – Polizei und Justiz –, damit diese genug Personal und Zeit haben, die Gefährder und die Radikalisierten zu überwachen und dafür zu sorgen, dass terroristische Straftaten, die von diesen Menschen begangen wurden, konsequent und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Es braucht mehr Deradikalisierungsprojekte, zugeschnitten auf die verschiedenen Zielgruppen – auf Männer, auf Frauen und auf Kinder, auf Menschen, die in Haft sitzen bzw. in Haft kommen. Dafür, Kolleginnen und Kollegen, muss Geld in die Hand genommen werden. Wir brauchen mehr Geld für Prävention, für Deradikalisierungsprojekte, für Demokratiebildung, mehr Geld für Forschung in diesem Bereich. All diese Punkte haben wir als GRÜNE in der letzten Legislaturperiode in unserem umfangreichen Maßnahmenpaket gegen den islamistischen Terrorismus schon gefordert. Damals haben Sie leider nicht zugestimmt.

(Unruhe bei der CSU)

Außerdem bin ich der Meinung, dass wir uns ernsthaft mit anderen Möglichkeiten auseinandersetzen müssen, um mit deutschen IS-Kämpferinnen und IS-Kämpfern umgehen und sie zur Rechenschaft ziehen zu können; ich glaube, wir sind uns einig darüber, dass sie zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Man könnte also einmal überlegen, ob man zum Beispiel deutsche Ermittler in Kurdengebiete schickt und die Betroffenen dort erkennungsdienstlich erfassen lässt. Dann würden

wir wissen, wer die Personen sind, um jederzeit gewappnet zu sein, falls sie nach Deutschland kommen.

(Unruhe bei der CSU)

– An Ihrem Gelächter sehe ich, dass Sie kein Interesse haben, einmal zu überlegen,

(Anhaltende Unruhe bei der CSU)

wie man so etwas realistisch machen könnte.

Darüber hinaus, finde ich, könnte man auch eine kontrollierte und überwachte Rückführung der deutschen IS-Kämpferinnen und IS-Kämpfer durchführen, und – bevor Sie sich jetzt wieder aufregen – das sage nicht nur ich, sondern das sagt unter anderem auch der CDU-Innenminister Reul aus NRW. Das möchte ich hier zur Kenntnis geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil ich heute so gut gelaunt bin, möchte ich gleich noch einen CDUler zitieren, und zwar den CDU-Innenpolitiker Armin Schuster, der sich dafür ausgesprochen hat, dass man Frauen und Kinder zuerst zurückkehren lassen sollte. Es sei – Zitat von ihm – eine humanitäre Verpflichtung, Frauen und Kinder zuvorderst aufzunehmen und, wo nötig, psychologische Hilfestellung zu leisten. – So Schuster. Darüber hinaus – dazu habe ich von Ihnen leider noch nichts gehört – fände ich es gut, wenn sich Deutschland bei der UN für die Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs einsetzen würde, damit Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit von der Staatengemeinschaft effektiv verfolgt werden könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das alles sind konkrete Maßnahmen, mit denen man die Sicherheit erhöhen kann und gleichzeitig grundrechtskonform unterwegs ist. Genau dafür stehen wir GRÜNE.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Frau Abgeordnete. Bleiben Sie gerade noch am Pult. – Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Petra Guttenberger von der CSU-Fraktion das Wort.

Petra Guttenberger (CSU): Frau Kollegin Schulze, Sie haben jetzt ausgeführt, ein deutscher Staatsangehöriger hat das Recht, wieder aufgenommen zu werden und einzureisen. Da haben Sie völlig recht. Ist Ihnen wirklich entgangen, dass es sich in dem Antrag um Staatsangehörige handelt, die nicht nur die deutsche Staatsangehörigkeit haben? Diese Differenzierung sollte man schon beachten.

Katharina Schulze (GRÜNE): Liebe Frau Guttenberger, vielen Dank, dass Sie mir die Möglichkeit geben, den Anfang meiner Rede zu wiederholen. Dort habe ich nämlich genau aufgelistet,

(Petra Guttenberger (CSU): Es ist nichts anderes aufgeschrieben!)

– nein! – dass Sie genau gesagt haben, dass Sie Deutschen mit einem Doppelpass die deutsche Staatsangehörigkeit entziehen möchten, wenn sie an Kampfhandlungen einer Terrormiliz im Ausland beteiligt waren. Zum Glück gibt es ja auch ein Video und hinterher ein Protokoll; da können Sie sehen, dass ich das von Anfang an gesagt habe und einfach nur noch einmal die rechtlichen Daten und Fak-

ten zusammengetragen habe. Dieses Thema ist viel zu ernst und zu komplex, als dass es mit einer solchen vermeintlich einfachen Forderung vom Tisch gewischt werden könnte. Wir brauchen umfangreiche Maßnahmen, mit denen wir die Sicherheit gewährleisten können, aber trotzdem grundrechtskonform unterwegs sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Schulze. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Wolfgang Hauber für die Fraktion FREIE WÄHLER das Wort.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! "Extremismus, Salafismus und Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen und bestrafen" – diese Forderung wird wahrscheinlich jeder bayerische Bürger sofort vorbehaltlos unterschreiben, sofern er sich nicht einer der angesprochenen Gruppen zugehörig fühlt. Bayern ist ein sicheres, das sicherste Bundesland. Dies ist ein Verdienst unserer engagierten Polizei und der Ermittlungsbehörden.

Beim Thema Straftaten aus dem extremistischen, salafistischen und terroristischen Bereich kommen aber sofort Ängste hoch. Ich kann mich noch gut an die Stimmung nach den Anschlägen in Ansbach, in Würzburg oder auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz erinnern. Man fühlt sich unsicher, vermeidet große Menschenansammlungen, hat ein mulmiges Gefühl bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, fühlt sich hilflos und weiß, dass man selbst nicht viel tun kann, um sich vor solchen Anschlägen zu schützen. Die Anschläge erfolgen hinterhältig, unerwartet, und die Täter sind gnadenlos. Zu Recht fordern Bürger vom Staat, sie vor solchen Anschlägen und Extremisten zu schützen.

Strafnormen erfüllen immer zwei Funktionen. Zum einen soll der Täter seiner gerechten Strafe zugeführt werden. Strafnormen haben zum anderen aber auch eine präventive Wirkung. Mögliche Täter sollen aus Angst vor Strafe davon abgehalten werden, die Strafnormen zu verletzen. Aus diesem Grund befürworte ich grundsätzlich die Vorschläge zur Anpassung des Strafgesetzbuchs, die in der Begründung des Antrags genannt sind.

Ich komme gleich zum Berichtsantrag der FDP. Sicher: Wir werden auch den Berichtsantrag der FDP unterstützen, weil der Aktionsplan auf den Tisch muss.

Extremismusbekämpfung im Strafvollzug ist ebenso ein Thema, dem eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Strafvollzug darf kein Nährboden für extremistisches Gedankengut sein. Die drei Säulen – Radikalisierung vorbeugen, Extremismus bekämpfen und Ausstieg ermöglichen – müssen weiterentwickelt werden.

Zu guter Letzt ein paar Worte zum Verlusttatbestand für die deutsche Staatsangehörigkeit: Ja, ich kann das Anliegen nachvollziehen und unterstützen. § 28 des Staatsangehörigkeitsgesetzes sieht den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Eintritt in die Streitkräfte eines fremden Staates vor. Dies muss auch für die Teilnahme an Kampfhandlungen einer Terrormiliz im Ausland gelten. Wer sich an solchen Kampfhandlungen beteiligt, hat mit dem deutschen Staat abgeschlossen; er sollte deswegen das Privileg der deutschen Staatsbürgerschaft nicht behalten dürfen.

Zum Dringlichkeitsantrag der AfD: Unser Blick ist vorwärts gerichtet. Wir wollen das Staatsangehörigkeitsgesetz weiterentwickeln und keinen Rückschritt in das Jahr 2000 vollziehen.

Zum Thema PAG: Selbstverständlich, das Polizeiaufgabengesetz kann Anwendung finden, aber nicht in der Form, wie es im Antrag der AfD formuliert wird, nämlich mit dauerhaftem Gewahrsam. Das PAG sieht immer eine Einzelfallprüfung vor. Die Verhältnismäßigkeit muss geprüft werden. Es gibt verschiedene Schritte, um die Bevölkerung vor einem Gefährder zu schützen. Dies beginnt bei Meldeauflagen und geht dann zur elektronischen Fußfessel. Der Gewahrsam, der zeitlich befristet ist und eventuell verlängert werden kann, muss das letzte Mittel sein. Den Dringlichkeitsantrag der AfD werden wir deshalb ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Hauber. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Christian Flisek von der SPD-Fraktion das Wort.

Christian Flisek (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Die CSU-Landtagsfraktion hat heute einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt, mit dem ein Aktionsplan der Justiz zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus begrüßt werden soll. Es wurde schon angesprochen: Es wäre schön gewesen, Herr Staatsminister Eisenreich, wenn uns dieser Aktionsplan tatsächlich vorgelegen hätte. Offensichtlich liegt er noch nicht einmal der CSU-Landtagsfraktion vor, sonst hätte sie gerade nicht geäußert, dass sie dem FDP-Antrag zustimmen will.

Vorweg: Das Thema ist sehr ernst. Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, aber auch im Bund nimmt die Gefahren, die von IS-Kämpfern mit deutscher Staatsangehörigkeit ausgehen, sehr ernst. Hunderte Männer und Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit haben sich der menschenverachtenden, terroristischen IS-Ideologie angeschlossen, haben sich an Kampfhandlungen beteiligt, haben vielleicht sogar gefoltert, möglicherweise sogar gemordet. Viele von ihnen sind tickende Zeitbomben. Deshalb müssen wir auch alles tun, um diese Gefahren für die Sicherheit in unserem Land zu bekämpfen und abzuwehren.

Wir kennen den Aktionsplan nicht. Was wir erfahren dürfen, stammt aus Presseerklärungen. Der Aktionsplan, Herr Minister, besteht anscheinend im Wesentlichen aus Strafverschärfungen, aus Vorschlägen, Straftatbestände zu verschärfen. Das geht an dem Problem, das wir aktuell haben, vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen ganz genau, dass es ein Rückwirkungsverbot gibt und dass das Problem, das wir zu lösen haben, mit solchen Vorschlägen gerade nicht gelöst wird. Ich würde im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen empfehlen, hier vor Ort unsere Hausaufgaben zu machen. Nachdem Ihr eigener Sprecher des Justizministeriums erklärt, die bayerische Justiz sei auf Kante genäht, sollten wir dafür sorgen, dass die Justiz in Bayern und die Staatsanwaltschaften mit Planstellen ausgestattet werden, damit sie die Kriminalität bekämpfen können.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD)

Jetzt kommt der Punkt, das Staatsangehörigkeitsrecht abzuerkennen: Ja, das steht im Koalitionsvertrag. Ich glaube auch, dass es Tatbestände gibt, bei denen wir darüber nachdenken müssen, wann wir eine Staatsangehörigkeit aberkennen. Sie sagen aber selbst, dass diejenigen Täter, die nur Deutsche sind, davon eben nicht erfasst werden. Nur Doppelstaatler können davon überhaupt erfasst werden. Wenn wir Doppelstaatler erfassen, dann können wir daraus keine allgemeine Methode machen. Wir müssen nachweisen, dass sie nicht nur mit einer terroristischen Gruppe sympathisiert haben, sondern dass sie tatsächlich an Kampfhandlungen betei-

ligt waren. Das – dies hat der Generalbundesanwalt selbst gesagt – wird in vielen Fällen sehr, sehr schwierig sein. Ich glaube deswegen, meine Damen und Herren, dass wir hier etwas Seriosität walten lassen sollten.

Frau Guttenberger, ich habe die Pressemitteilung der CSU-Landtagsfraktion zu diesem Antrag gelesen. Sie werfen Justizministerin Barley vor – das steht in Ihrer Pressemitteilung –, sie würde das Gesetzesvorhaben aus dem Koalitionsvertrag angeblich verschleppen. Ich sage Ihnen eines: Ihr Innenministerium in Berlin, geführt von Herrn Seehofer, hat neun Monate gebraucht, um überhaupt einmal einen Entwurf vorzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Das Ganze liegt jetzt zwei Monate im Justizministerium. Wir haben erhebliche verfassungsrechtliche Fragen zu klären. Im Übrigen sage ich Ihnen eines, wenn Ihnen dieses Thema so wichtig ist: Seit 14 Jahren haben die CDU und die CSU das Innenministerium in den Händen. Warum haben Sie denn zu diesen Fragen keine Initiative ergriffen?

(Beifall bei der SPD)

Dann hätten wir die Problematik mit dem Rückwirkungsverbot überhaupt nicht. Ihr Vorschlag ist unseriös.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen noch eines sagen: Mir wäre es am liebsten, wenn viele dieser Menschen gar nicht nach Deutschland zurückkommen würden. Deswegen sollten wir ernsthaft prüfen, ob nicht die Möglichkeit besteht, einen internationalen Straferichtshof in diesen Ländern zu etablieren, damit Personen dort, wo sie Taten begangen haben, auch zur Verantwortung gezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie nicken, aber in Ihrem Antrag fehlt jedes Wort dazu. Das hätte ich mir gewünscht. Wir werden daher das Ganze ablehnen.

Ich sage zur AfD: Dass Sie jetzt die Gelegenheit nutzen, das wirklich gute Institut der doppelten Staatsbürgerschaft zu diskreditieren, geht an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen in diesem Land vorbei. Sie können nicht ein paar IS-Kämpfer dafür heranziehen, dieses Institut insgesamt infrage zu stellen. Das ist wirklich nicht seriös. Deswegen werden wir auch diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Flisek. – Für die Staatsregierung erteile ich nun dem Staatsminister Eisenreich das Wort.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Extremismus, Terrorismus und Salafismus sind große Herausforderungen für den Staat. Ich freue mich, dass alle Fraktionen dieses Thema auch wirklich sehr ernst nehmen. Der Rechtsstaat und die Demokratie sind hier herausgefordert. Rechtsstaat und Demokratie müssen wehrfähig sein. Die Erscheinungsformen von Extremismus und Terrorismus sind vielfältig. Wir dürfen nicht auf einem Auge blind sein, und wir sind es auch nicht. Die Sicherheitsbehörden und die Justiz in Bayern handeln entschlossen und konsequent. Deshalb möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren tagtäglichen Einsatz für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Bayern danken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das bayerische Justizministerium hat einen Aktionsplan erarbeitet, den ich am Dienstag im Kabinett vorgestellt habe und den die Staatsregierung auch bekräftigt hat. Ich berichte gerne mündlich wie schriftlich. Unser Aktionsplan beruht auf drei Säulen.

Die erste Säule ist: Um weiter effektiv handeln zu können, brauchen wir Gesetze, die auf der Höhe der Zeit sind. Deshalb fordern wir rechtspolitische Initiativen, um das Strafrecht zu optimieren. Einen Punkt habe ich am Dienstag in der Pressekonferenz besonders herausgestellt, die Sympathiewerbung. Wenn eine terroristische Vereinigung Mitglieder wirbt, ist das strafbar. Wenn aber für die Ziele einer terroristischen Vereinigung geworben wird, dann ist dies leider nicht mehr strafbar. Das halten wir für nicht akzeptabel und fordern eine entsprechende Änderung des Strafrechts. Wir fordern den Bund auf, entsprechend zu handeln. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sagen übrigens schon seit vielen Jahren, dass es Zeit ist, hier zu handeln.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sehen an diesem Drei-Säulen-Plan, dass wir wirklich ein Gesamtkonzept haben, das sich nicht nur auf einen Teilbereich konzentriert, auch wenn die Medien immer nur über einen Teil berichten.

Bei der zweiten Säule geht es um eine effektive Strafverfolgung durch spezialisierte Akteure, die wir dafür brauchen. Wir haben zum einen drei Staatsanwaltschaften, in München, Nürnberg und Bamberg, und wir haben zum Zweiten eine Zentrale zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus bei der Generalstaatsanwaltschaft in München eingerichtet, kurz gesagt die ZET. Die ZET ist das Kompetenzzentrum für die gesamte bayerische Justiz. Wir werden die ZET weiter stärken. Das Dritte ist die Bekämpfung von Antisemitismus, die uns wirklich ein großes Anliegen ist. Die Haltung der Bayerischen Staatsregierung dazu ist glasklar. Sie haben nicht nur einen Antisemitismus-Beauftragten, sondern wir haben auch jeweils einen Antisemitismus-Beauftragten bei den drei Generalstaatsanwaltschaften, weil wir ganz klar ein Zeichen setzen wollen, dass Antisemitismus für uns inakzeptabel ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir verfolgen jede jüdenfeindliche Straftat mit großer Entschlossenheit.

Die dritte Säule ist: Wir nutzen die Zeit, die Strafgefangene im Vollzug verbringen, zur Extremismusbekämpfung und zur Prävention gegen Radikalisierung. Dabei geht es uns um drei Dinge: Es geht uns um Prävention, natürlich auch um Repression, aber auch um Deradikalisierung. Wir haben bundesweit vorbildliche Präventionsworkshops und Präventionsprojekte. Eines davon ist ReStart, das wir zusammen mit dem Islamismus-Experten Herrn Ahmad Mansour durchführen. Wir werden die Zahl der Extremismus-Beauftragten, die wir schon in einem Teil der JVs eingesetzt haben, weiter ausbauen.

Sie sehen also, dass wir wirklich ein umfassendes Konzept haben; denn mit einfachen Antworten kann man dieses komplexe Problem selbstverständlich nicht lösen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, keinen allgemeinen Klangteppich über die Rede zu legen.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Das aktuelle Thema der IS-Rückkehrer wird in der öffentlichen Diskussion auf einen Aspekt verkürzt: Von radikalisierten Personen gehen nach deren Rückkehr ganz erhebliche Gefahren aus. Das oberste Ziel muss immer die Sicherheit unserer Bevölkerung in Bayern sein. Ich unterstüt-

ze ganz nachdrücklich die Forderung unseres Innenministers Joachim Herrmann, der zu Recht sagt: Wenn jemand seine Abkehr von der Demokratie, von unseren westlichen Werten, auch von Deutschland, durch die Teilnahme an Kampfhandlungen einer Terrormiliz dokumentiert hat, muss er im Fall einer doppelten Staatsbürgerschaft seine deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Der Innenminister hat recht. Dieses Thema hat die Koalition in Berlin erkannt und deswegen auch schon im Koalitionsvertrag verankert. Wir warten jetzt darauf, dass die entsprechende Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts kommt.

Das Zweite ist: Wenn das kommen sollte, betrifft das aus unterschiedlichen Gründen natürlich nicht alle: zunächst einmal zum einen deshalb, weil nicht alle eine doppelte Staatsangehörigkeit haben. Also müssen wir uns auch für den Fall wappnen, dass IS-Rückkehrer von uns aufgenommen werden müssen. Dazu habe ich am Dienstag klar gesagt, dass wir ein partnerschaftliches, ein geordnetes Verfahren brauchen, in dem die offenen Fragen und die Modalitäten geklärt werden. Es kann nicht sein, dass Rückkehrer auf einmal vor der Tür stehen und wir nicht wissen, welche Strafvorwürfe im Raum stehen. Es kann auch nicht sein, dass jemand, der in Haft ist, auf einmal auf freien Fuß gesetzt wird. Die entsprechende Inhaftierung muss lückenlos gewährleistet sein. Deswegen brauchen wir ein partnerschaftliches und geordnetes Verfahren.

Das Dritte ist: Ich bin offen für ein gut aufgestelltes UN-Tribunal zur Aufarbeitung der Gräueltaten des IS. Das Thema muss die Bundesregierung klären, auch die Frage, ob sich das realisieren lässt.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das ist also ein wichtiges Thema, ein komplexes Thema, bei dem sich einfache Antworten verbieten. Für uns ist wesentlich: Wir müssen im Kampf gegen Terror und Extremismus alle zusammenstehen. Wir müssen als oberstes Ziel das Gebot der Sicherheit haben, dem sich alle widmen müssen und zu dem alle in ihrem Bereich beitragen müssen. Ich freue mich, dass dieses Thema heute mit großer Ernsthaftigkeit im Parlament diskutiert worden ist. Den Bericht über den Aktionsplan werde ich gerne geben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Staatsminister. – Ich erteile dem Abgeordneten Swoboda, AfD-Fraktion, zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

Raimund Swoboda (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister Eisenreich, ich bedauere sehr, dass Sie am Rednerpult stehen und nicht der von mir geschätzte Innenminister Herrmann, der ja eigentlich die personifizierte Gefahrenabwehr in Bayern ist. Heute geht es um Gefahrenabwehr für unsere Bevölkerung. Sie haben es selbst gegen Ende Ihres Vortrags gesagt. Das kommt, was ich Ihnen jetzt sagen möchte: Die Geister, die Sie riefen – mit dem Staatsbürgerschaftsrecht –, die werden Sie jetzt nicht mehr los. Jetzt kommt in Bayern, das heißt für die bayerische Polizei und an deren Spitze das Innenministerium und vielleicht auch ein bisschen für die Justiz, die Nagelprobe: Wie löst man denn das?

Was ich heute bisher gehört habe, ist dazu keinesfalls geeignet. Das bezieht sich alles auf die Zukunft oder auf die Vergangenheit oder ist nur in Planung und nicht konkret. Diese Leute stehen aber vor der Tür, weil sie den Krieg im Irak verloren haben. Sie werden kommen. Und dann – sind die Grenzen offen. Kommen Sie mir in Ihrer Antwort bitte nicht mit der Grenzpolizei.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Und dann sind die Leute hier – und wir wissen gar nichts von ihnen. Was machen Sie dann? Ich bin ja gespannt, ob sich das, was hier in Erahnung einer schwierigen Problematik quasi auf Vorrat geschaffen wurde, jetzt bewähren wird: ein sehr weitgehendes bayerisches Polizeirecht zur Abwehr von Gefahren, die es noch gar nicht gibt. Der Herr Hauber hat es schon angedeutet.

(Zuruf von der CSU: Frage, Frage!)

– Haben Sie doch Geduld, meine Herrschaften! Lassen Sie mich halt eine Frage entwickeln.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Unruhe – Katharina Schulze (GRÜNE): Sie haben aber nur zwei Minuten!)

– Werden Sie nicht nervös.

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Meine Damen und Herren, bitte lassen Sie den Abgeordneten aussprechen.

Raimund Swoboda (AfD): Bleiben Sie gelassen, ich bin es auch.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie eine Frage wünschen: Was wollen Sie denn konkret machen, um unsere Bürger zu schützen? Wir wären sehr interessiert daran. Wir würden Ihnen dabei auch nach Kräften helfen. Ich habe dazu noch nichts gehört. Wollen Sie das neue bayerische Polizeirecht in aller Konsequenz anwenden? Dann geht es nämlich auch, jemanden längerfristig präventiv hinter Schloss und Riegel zu bringen. Sie wissen das.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie jetzt allerdings bitten, zum Ende zu kommen.

Raimund Swoboda (AfD): Ich komme zum Ende und wäre froh, Herr Eisenreich, wenn Sie mir stellvertretend für den Herrn Innenminister diese Frage beantworten könnten. Danke.

(Wolfgang Fackler (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Welche Frage war das jetzt?)

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Sie haben Ihre Fragen im Grunde genommen ja schon selbst beantwortet. Das sind Fragen, die sich an den Innenminister richten, der Ihnen mit Sicherheit Rede und Antwort stehen wird.

Ich habe heute den Aktionsplan der Justiz skizziert. Ich mache das gerne auch noch ausführlicher. Wichtig ist auf jeden Fall: Wir brauchen, wenn wir IS-Rückkehrer aufnehmen müssen, ein partnerschaftliches, geordnetes Verfahren, in dem wirklich alles geklärt ist. Es kann nicht sein, dass wir ohne Kenntnis hochgefährliche Personen an der Grenze haben. Hier muss es ein partnerschaftliches, geordnetes Verfahren geben. Die Fragen, die Modalitäten und der Zeitpunkt müssen geklärt sein. Es müssen entsprechende Beweise übergeben werden, damit wir dann auch effektiv Strafverfolgung betreiben können. Damit ist Ihre Frage auch beantwortet.

Was die anderen Fragen betrifft, gibt es mit Sicherheit Gelegenheit, diese mit unserem bayerischen Innenminister zu klären.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Staatsminister. Bitte bleiben Sie gerade am Pult. – Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung des Abgeordneten Flisek, SPD-Fraktion.

Christian Flisek (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Staatsminister Eisenreich, erst mal herzlichen Dank dafür, dass Sie der Idee eines internationalen Strafgerichtes durchaus offen gegenüberstehen. Ich würde das allerdings auch mit dem Appell verbinden, das Ganze nicht nur in die Verantwortung des Bundes zu geben. Ich glaube, wir könnten hier in einem föderalen Staat auch die Kompetenz der Landesjustizen und Landesjustizministerien gut gebrauchen.

Ich habe eine Frage konkreter Art zu diesem Aktionsplan: Über was reden wir in Bayern eigentlich konkret, wenn es um deutsche IS-Kämpfer geht? Wie viele davon haben eine doppelte Staatsangehörigkeit? Wie viele haben nur die deutsche Staatsangehörigkeit? – Ihnen werden ja sicherlich Zahlen vorliegen. Mich würde interessieren, über welche Mengen wir hier reden.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Die Zahlen kommen aus dem Innenministerium. Das Verhältnis beträgt etwa 55 % : 45 %.

Christian Flisek (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Gibt es das auch in absoluten Zahlen?

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Die Zahlen kommen nicht aus meinem Bereich, sondern aus dem Innenministerium. Ich kann die Zahlen heute noch erfragen und mich darum kümmern, dass sie Ihnen mitgeteilt werden.

Christian Flisek (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das wäre sehr nett.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann ist die Aussprache hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/377 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FDP, der SPD und der GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag hiermit angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/387 – das ist der Antrag der AfD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die übrigen Fraktionen. Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung aus der FDP-Fraktion. Dann ist der Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/388 – das ist der Antrag der FDP-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich nunmehr um sein Handzeichen. – Das sind sämtliche Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Eine Enthaltung aus der AfD-Fraktion. Dann ist dieser Antrag hiermit angenommen.

Dann rufe ich zur Abstimmung den Dringlichkeitsantrag 18/376 – das ist der Antrag der FDP-Fraktion – und den Dringlichkeitsantrag 18/380 der AfD-Fraktion auf. Die Anträge werden zur Abstimmung getrennt. Namentliche Abstimmung ist für den Antrag auf Drucksache 18/376 der FDP-Fraktion beantragt.

Wir stimmen zuerst über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/380 ab. Das ist der Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier, Franz Bergmüller und Fraktion (AfD) betreffend "Unternehmer von drohender Besteuerung entlasten". Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN. – Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Antrag hiermit abgelehnt.

Wir kommen dann zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt und anderer und Fraktion (FDP) betreffend "Bayerns Mittelstand soll nicht die Steuern der Internetmultis zahlen" auf Drucksache 18/376. Die fünfminütige Abstimmungszeit beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 13:07 bis 13:12 Uhr)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Abstimmungszeit ist abgelaufen. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Plätze wieder einzunehmen, damit wir den nächsten Dringlichkeitsantrag aufrufen können.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umfassender Klimaschutz für Bayern (Drs. 18/378)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 1. Dezember 2010 – das war vor mehr als acht Jahren – wurde hier im Haus anlässlich der anstehenden Klimakonferenz in Mexiko vom damaligen Umweltminister eine Regierungserklärung zum Klimaschutz abgegeben. Der Umweltminister verkündete, dass Bayern beim Klimaschutz Vorreiter sei und dass die CO₂-Emissionen pro Kopf bereits unter sechs Tonnen gedrückt werden konnten. Sie hätten dann bei 5,99 Tonnen gelegen. Da würden wir nicht stehen bleiben, hat der damalige Umweltminister stolz verkündet. Wir ruhten uns nicht aus, wir wollten einen klaren Beitrag leisten, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. "Bayern regenerativ" sollte das neue Rezept heißen. Das waren die vollmundigen Worte des damaligen Umweltministers.

Was ist daraus heute, im Jahr 2019 geworden? – Wir sehen, dass die Karriere des damaligen Umweltministers gelungen ist. Er ist heute Ministerpräsident. Ansonsten sieht die Bilanz aber sehr, sehr düster aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern sind die CO₂-Emissionen pro Kopf seitdem gestiegen. In keinem anderen relevanten Bundesland, außer vielleicht noch in Sachsen, sind die CO₂-Emissionen in diesem Zeitraum gestiegen. Wir sind heute bei 6,2 Tonnen pro Kopf. Bei dieser Steigerung sage ich ganz klar: Was für ein Scheitern beim Klimaschutz!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum wird denn die CO₂-Bilanz in Bayern nicht besser? – Weil Sie nach wie vor auf Gaskraftwerke und Kohlestromimport, aber nicht auf erneuerbare Energien setzen. Von wegen "Bayern regenerativ"! Dank Ihrer Politik wurden im letzten Jahr gerade einmal acht Windräder neu gebaut. Acht Windräder! Die produzieren das ganze Jahr so viel Strom, wie unsere Industrie in Bayern an einem halben Tag verbraucht. Das ist wirklich ein Scheitern auf ganzer Linie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Klimaschutz ist die für die Menschheit entscheidende Frage. Natürlich ist es sinnvoll, dieses Ziel im Grundsatz in die Verfassung aufzunehmen. Dieses Ziel macht aber nur im Paket mit einem Klimaschutzgesetz Sinn. Dieses Gesetz muss ehrgeizige Ziele und die entsprechenden Maßnahmen enthalten; denn sonst bleibt es nur bei schönen Worten. Bei schönen Worten spielen wir aber nicht mehr mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Vergleich zwischen 2010 und 2019 ist deutlich geworden, was uns die Erfahrung lehrt: Unglaublichkeit kann man beim Klimaschutz auf einen Nenner bringen, und der heißt CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das einzig Neue bei diesem Thema ist, dass Sie jetzt auf einmal von den FREIEN WÄHLERN Konkurrenz bekommen haben. Wir wollen heute sehen, wie ernst es Ihnen mit dem Klimaschutz ist. Deshalb haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Die Kernforderung dabei lautet:

Der Landtag befürwortet daher eine rasche Verabschiedung eines Bayerischen Klimaschutzgesetzes [...]. [...] Darin sind auch ehrgeizige und konkrete Zwischenziele festzulegen, um die Temperaturerhöhung auf 1,5° C zu begrenzen.

Weiter heißt es, dass sämtliche Bereiche der öffentlichen Hand bis 2040 klimaneutral werden sollen. Die öffentliche Hand muss dazu die nötigen Maßnahmen ergreifen. Wir brauchen ein Landesklimaschutzkonzept mit konkreten Sektorzielen, wir brauchen ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz, mit dem wir die Wärmewendeziele erreichen. Dem Ausbau der Windkraft sollen neue Perspektiven eröffnet werden. Der ÖPNV und der Radverkehr sollen zwei Drittel der Investitionsfördermittel für den Verkehr erhalten. Der Stickstoffeintrag soll reduziert werden. Niedermoorböden sollen zunehmend aus der Ackerbaunutzung genommen werden. Das sind die Ziele in unserem Dringlichkeitsantrag.

Ich möchte noch einmal auf die Regierungserklärung des damaligen Umweltministers Markus Söder aus dem Jahr 2010 zurückkommen. Damals hat er gesagt, man wolle tatkräftig handeln, denn es gehe um die Zukunft unserer Kinder. Sie sehen heute, dass die Schülerinnen und Schüler gegen Ihre Politik demonstrieren. Sie gehen bei "Fridays for Future" auf die Straße. Sie haben die Zahlen, die ich eben erwähnt habe, nicht im Kopf – das brauchen sie auch nicht –, aber Sie verstehen und spüren ganz genau, dass sie von Ihnen, der Staatsregierung, und von der Bundesregierung in Berlin einfach nur verarscht werden,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass am Sonntag schöne Reden geschwungen werden und dass es am Montag so weitergeht wie bisher. Unsere Jugend, sehr viele Bürgerinnen und Bürger und wir GRÜNE haben die Schnauze voll von Ministern, die nur ankündigen und beteuern,

sie wollten tatkräftig handeln, denn es gehe um die Zukunft unserer Kinder, die aber außer Worten nichts liefern. Nein, diese Politik unterstützen wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn es Ihnen mit dem Klimaschutz ernst ist – die Lage ist verdammt ernst –, dann stimmen Sie heute unserem Antrag zu. Das Votum der Regierungsfractionen wird unser Abstimmungsverhalten bei der Frage, ob der Klimaschutz in die Verfassung aufgenommen werden soll, am nächsten Dienstag wesentlich beeinflussen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Haben Sie eine Position, oder wollen Sie uns nur erpressen?)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Stümpfig. – Das Wort hat Herr Kollege Eric Beißwenger von der CSU.

Eric Beißwenger (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicher ist es wichtig, das Thema Klimaschutz weiterhin aufzugreifen, denn der Schutz des Klimas ist eine zentrale Herausforderung und eine weltweite Aufgabe. Der Klimawandel ist in Bayern wie in vielen weiteren Teilen der Welt spürbar und natürlich auch messbar. Die Durchschnittstemperaturen steigen. Immer häufiger kommt es zu extremen Wetterereignissen, leider auch mit teilweise erheblichen Personen- und Sachschäden. Ich denke auch an den Schneefall zu Beginn des Jahres bei uns im Alpenraum. Gott sei Dank ist alles noch einmal glimpflich ausgegangen, und das auch dank des Einsatzes vieler tatkräftiger Helfer. Ich kann nur sagen: Es war bestimmt ein extremes Wetterereignis, aber früher hat man so etwas auch einmal Winter genannt.

Der Klimaschutz soll in Form einer Staatszielbestimmung in die Verfassung aufgenommen werden. Damit wird der Klimaschutz auch ausdrücklich als vorrangige Aufgabe für Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts benannt. Es geht also um mehr als nur darum, ein Wort einzusetzen. In einem ausführlichen bayerischen Klimaschutzgesetz sollen konkrete Ziele wie zum Beispiel die Reduzierung der Treibhausgasemissionen in Bayern bis auf unter fünf Tonnen je Einwohner und Jahr bis 2030 und bis auf unter zwei Tonnen bis 2050 verankert werden. Ein Klimaschutzgesetz des Bundes würden wir natürlich auch begrüßen. Der Schutz des Klimas als Staatsziel sollte eigentlich unbestritten sein. Die SPD nutzt aber gemeinsam mit der Fraktion der GRÜNEN im Plenum den Klimaschutz für politische Spielchen.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Ach was!)

Anscheinend soll die beantragte Verfassungsänderung zur Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel auf die lange Bank geschoben werden. Die Folge wäre, dass die Wählerinnen und Wähler nicht mehr im Zuge der Europawahl über die Verfassungsänderung abstimmen könnten.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das machen wir zusammen mit dem Volksentscheid!)

Der Klimaschutz könnte dann frühestens ein Jahr später im Rahmen der Kommunalwahl beschlossen werden. Das ist wirklich nicht zu verstehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte kurz auf Ihre Vorschläge eingehen. Der Einsatz erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung von Gebäuden wird bundesgesetzlich durch das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz geregelt. Ein zusätzliches Landesgesetz wie das Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Baden-Württemberg, das parallel zu den Regelungen des

Bundesgesetzgebers besteht und teilweise darüber hinausgeht, halte ich für überflüssig. Das ist abzulehnen. Bei der energetischen Modernisierung des Gebäudebestandes befürworten wir Anreize für die Bürger in Form von Förderungen anstelle von ordnungsrechtlichen Zwangsmaßnahmen. Um eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energien bei der Wärmeversorgung im Gebäude und eine Verbesserung der Effizienz zu erreichen, wurde in Bayern bereits 2015 das 10.000-Häuser-Programm eingeführt. Das Programm erreicht seine Ziele, unter anderem wird ein Beitrag zur CO₂-Reduktion geleistet. Das Programm wird weiterentwickelt und fortgeführt werden.

(Florian von Brunn (SPD): Welche Reduktion, Herr Beißwenger?)

Ich komme nun zur Windkraft, weil Sie diese angesprochen haben. Uns ist sehr wohl bewusst, dass es im Zusammenhang mit der Energiewende sehr viele unterschiedliche Interessen zu berücksichtigen gilt. Dies ist auch bei der Windkraft der Fall. Ob es um die Sorge hinsichtlich des Landschaftsbildes, um den Einsatz für das Gelingen der Energiewende oder um die Wahrnehmung einer wirtschaftlichen Chance geht: Es handelt sich um unterschiedliche Belange, die einer Gesamtabwägung zu unterziehen sind.

Zum Thema Verkehr wurde beim SPD-Antrag schon umfangreich berichtet.

(Florian von Brunn (SPD): Aber wenig konkret!)

Die Straße ist und bleibt im Flächenstaat Bayern auf absehbare Zeit der wichtigste Verkehrsträger. Beim ÖPNV gibt es viele Investitionen und Förderprogramme. Neben den Investitionsförderungen spielt für den ÖPNV vor allem durch die Zuweisung die Betriebskostenförderung eine große Rolle. Zudem existieren zusätzlich zu den Mitteln des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes weitere Fördermöglichkeiten für den ÖPNV, beispielsweise im Bauministerium für investive Maßnahmen.

Ein Thema, dem Sie sich gewidmet haben, war die Düngung. Es soll ein Förderprogramm zur Reduktion des Stickstoffeintrags geben. Mit ist nicht ganz klar, was damit genau gemeint ist. – Ich interpretiere jetzt einmal. – Wahrscheinlich ist der Gesamteintrag des Stickstoffüberschusses gemeint. Derzeit läuft eine Novellierung des Düngerechts und der Stoffstrombilanzverordnung. Dies soll die Baseline für ein entsprechendes Förderprogramm darstellen. Die Novellierung muss natürlich abgewartet werden. Das Förderprogramm zur Reduzierung der ackerbaulichen Nutzung von Moorböden, welches Sie ansprechen, gibt es bereits. Das ist das KULAP B29, also die Umwandlung von Acker in Grünland – Gebietskulisse Moore. Das hat sich also erledigt.

Ich kann Ihnen nur sagen: Bayern investiert in den Klimaschutz mehr als jedes andere Bundesland. Ich will jetzt nicht auf die einzelnen Programme eingehen. Seit 2008 hat Bayern über eine Milliarde Euro investiert.

Ich wollte einen kurzen Überblick über die bereits getroffenen Maßnahmen geben. Darüber hinaus weise ich noch einmal darauf hin, warum der Klimaschutz in die Verfassung aufgenommen werden soll. Der Kollege Stümpfig hat erwähnt, dass die CO₂-Belastung seit 2010 gestiegen sei. Er lässt hierbei jedoch die Bevölkerungsentwicklung und die wirtschaftliche Entwicklung außer Acht. Wir sollten nicht Sand in die Augen streuen. Wir sollten das ganz klar sagen.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Pro-Kopf-Zahlen, Herr Beißwenger!)

Den Antrag der GRÜNEN, liebe Vielflieger, lehnen wir natürlich ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Beißwenger. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Der Kollege Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Beißwenger, Sie haben einige Dinge aufgezählt, auf die ich eingehen möchte. Sie sagen, dass sich das Thema mit der Renaturierung von 50 Mooren erledigt hat. Die Staatsregierung verfolgt derzeit ein Programm, in dem 50 Moore renaturiert werden. Jedoch gibt es mehrere Hundert, vielleicht sogar Tausende Vorhaben, die man anpacken müsste. Für Sie ist das Thema erledigt. Das ist im Klimaschutz mehr als lächerlich. Die halbseitigen Maßnahmen, die Sie aufgezählt haben, sind mehr als lächerlich. Dem Klima ist es egal, wie viele Millionen Euro Sie mit der Gießkanne in Bayern verteilen. Die CO₂-Emissionen sind gestiegen. Das waren damals die Auskünfte Ihres jetzigen Ministerpräsidenten. Sie könnten schon mal sagen, dass das vielleicht falsch war, was er damals gesagt hat. Das würde mich auch interessieren. Die Frage ist: Warum sind die CO₂-Emissionen 2016 im Vergleich zu 2010 gestiegen?

Abschließend möchte ich noch auf den Zeitplan eingehen. Am 14.01.2019 hat Herr Kreuzer die anderen Fraktionsvorsitzenden zu einem gemeinsamen Gespräch zum Thema "Klimaschutz in der Verfassung verankern" eingeladen. Heute Nachmittag fällt es Ihnen ein, noch einmal ein Treffen zu veranstalten. Zwischenzeitlich sind fünf Wochen vergangen. Jetzt soll hopplahopp bis nächsten Dienstag irgendeine Einigung stattfinden. Wir haben eine ganz klare Aufforderung an Sie: Ziehen Sie Ihren Gesetzentwurf zurück, dann können wir im September, wenn der Volksentscheid zur Artenvielfalt ansteht – da wird es eine Volksabstimmung geben –, noch einmal darüber diskutieren. Reichen Sie bis dahin ein Klimaschutzkonzept ein. Erarbeiten Sie Maßnahmen. Wir können dann darüber diskutieren. Wir wollen kein Hopplahopp, damit Sie bei der Europawahl wahltaktisch einen guten Aufschlag haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Beißwenger, bitte sehr.

Eric Beißwenger (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, dass ich gesagt hätte, 50 Moore würden reichen, und mit dem Rest machen wir nichts. Das Programm, welches ich angesprochen habe, hat keinen einschränkenden Faktor, wonach nur bestimmte Moore ins Programm aufgenommen werden können. Ich verstehe nicht ganz, warum die CO₂-Belastung gestiegen ist. Ich habe Ihnen meinen Eindruck geschildert: In Bayern ist in diesem Zeitraum die Bevölkerungszahl deutlich gestiegen, und wir haben – erfreulicherweise – eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung gehabt. Dafür sind wir sehr dankbar. Ich teile Ihre Auffassung nicht, wonach dies alles Maßnahmen seien, die nicht funktionieren. Eine Milliarde Euro sprechen für sich. Mehr braucht man dazu nicht sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Martin Stümpfig (GRÜNE):
Schwach!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Beißwenger, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Ich darf bekannt geben, dass die Fraktion der GRÜNEN zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Für eine Zwischenbemerkung hat sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Arnold gemeldet.

Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Beißwenger, Sie haben das KULAP angesprochen. Das KULAP ist ein richtiges und wichtiges Programm. Sie

sagen, dass sich das erledigt hat. Wissen Sie, wie viele Landwirte in Bayern prozentual gesehen am KULAP teilnehmen? Wissen Sie, wie viele nicht teilnehmen? Ich bezweifle, dass sich das Thema tatsächlich erledigt hat, wenn Sie das einmal ausrechnen. Ein erheblicher Teil wird nämlich von diesem Programm gar nicht erfasst. Das ist nicht die Art und Weise, wie man Klimaschutz generell betreiben sollte.

(Beifall bei der SPD)

Eric Beißwenger (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Kollege Arnold, der Staat kann die Rahmenbedingungen festlegen. Wir legen das Programm auf. Sie fordern im Übrigen nichts anderes. In Ihrem Antrag fordern Sie ein Programm, welches die Niedermoore schützt und renaturiert. – Wie auch immer Sie das ausformuliert haben wollen, weiß ich nicht; das können wir dann immer noch besprechen. – Generell ist es so, dass das Programm aufgelegt wird. Wie viele mitmachen, liegt nicht in unserer Hand und nicht in unserer Macht. Wenn Sie die Umwandlung per Ordnungsrecht festlegen wollen, wenn Sie die Leute enteignen wollen, dann sagen Sie das doch hier. Eiern Sie nicht länger rum.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Beißwenger. – Der nächste Redner ist der Kollege Alexander Hold von den FREIEN WÄHLERN.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, wir brauchen in Deutschland ein Klimaschutzgesetz. Wir brauchen eine dezentrale Energiewende. Wir müssen dafür sorgen, unsere Klimaziele zu erreichen. Wir brauchen mehr Förderung beim ÖPNV. Wir brauchen einen klimaverträglicheren Individualverkehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

So ist es. Das ist ganz klar. Lieber Herr Stümpfig, wenn Sie das Gefühl haben, die FREIEN WÄHLER seien hier eine Konkurrenz, dann mag das daran liegen, dass wir all das im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn es Ihnen um die Sache ginge, wären wir uns ja einig. Aber Ihnen geht es einfach um die Show. Es geht Ihnen um die Show, wenn man mit dem Dieselross zum Runden Tisch vorfährt, und um die Show, wenn man in einem Dringlichkeitsantrag derartige Dinge fordert. Einerseits werfen Sie uns bei unserer Gesetzesinitiative zur Verankerung des Klimaschutzes als Staatsziel vor, es bringe nichts, wenn man nur ein Ziel formuliert und keine konkreten Taten folgen. Andererseits bringen Sie heute einen Antrag, der vordergründig ganz bedeutungsschwanger ist, wobei Sie aber genau wissen, dass wir nur über irgendwelche Einzelthemen reden. Meine Damen und Herren, am Ende können wir aber nicht mehr sagen als das: Schön, dass wir darüber geredet haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie, lieber Herr Stümpfig, die Zustimmung – das muss man sich einmal vorstellen – zu einem Staatsziel Klimaschutz in der Verfassung davon abhängig machen, dass wir heute unsere Zustimmung zu diesem Fensterreden Antrag geben, machen Sie klar: Ihnen geht es hier nicht um die Sache.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der FDP)

Gestern hat sich der Runde Tisch zum Thema Artenschutz getroffen, um in einer guten Atmosphäre konstruktiv und zielgerichtet Gespräche zu führen und zu einem konkreten Gesetzentwurf zu kommen. Lassen Sie uns das doch bitte als Vorbild zum Thema Klimaschutz nehmen

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Dann machen wir einen Runden Tisch! Ziehen Sie den Antrag zurück!)

und gemeinsam an Lösungen arbeiten, statt nur dazwischen zu blöken, lieber Herr Hartmann, und lassen Sie uns nicht in Fensterreden erschöpfen!

Wir haben Ihnen einen anderen Politikstil versprochen. Damit haben wir aber keine Sandkastenspiele gemeint, meine Damen und Herren, sondern effektives und kollegiales Arbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Verschließen Sie sich nicht unserem Angebot!

(Florian von Brunn (SPD): Wie viele Runde Tische wollen Sie noch einrichten?)

Machen Sie mit beim Staatsziel Klimaschutz, und lassen Sie uns im Gesetzgebungsverfahren alles, was Sie heute in diesem Antrag verpackt haben, sachlich diskutieren, meine Damen und Herren!

Ich möchte zum Abschluss nur noch unser aller Umgang mit Dringlichkeitsanträgen ansprechen. Wenn wir hier beschließen – das sage ich extra ganz langsam, damit Sie mitdenken können –,

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh! – Florian von Brunn (SPD): Damit hat er die FREIEN WÄHLER gemeint!)

dass wir befürworten, dass der Landtag mit seiner Arbeit anfängt, dann führen wir – Entschuldigung! – das Institut Dringlichkeitsantrag ad absurdum, dann machen wir uns kleiner, als wir sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lassen Sie uns vernünftige Gesetze einbringen, diskutieren und verabschieden, anstatt Zeit mit Fensterreden zu verbringen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hold. – Das Wort hat der Abgeordnete Klingen von der Fraktion AfD.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren! Gerade haben wir das Volksbegehren "Artenschutz" zur Rettung von Bienen, Vögeln und Schmetterlingen erfolgreich beendet, und jetzt beantragen die GRÜNEN in ihrem Dringlichkeitsantrag unter anderem einen Zubau von mehreren Hundert Megawatt Windkraftanlagen, den größten Killern von Vögeln.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Bis zu 100.000 Vögel werden jedes Jahr von den Rotorblättern geschreddert, außerdem unzählige Fledermäuse, unzählige Insekten und Bienenvölker.

(Beifall bei der AfD)

Diese Windräder, die übrigens nach Ende der Laufzeit als Sondermüll entsorgt werden müssen, sollen also Gegenstand des neuen Bayerischen Klimaschutzgesetzes zur Rettung unserer Welt sein? Man fragt sich: Ist das bereits Wahnsinn im Endstadium, oder gibt es da noch eine Steigerung?

(Florian von Brunn (SPD): Ja! Bitte zurück zur Atomkraft!)

Um es mal in aller politisch unkorrekten Deutlichkeit zu sagen: Ihr Antrag ist ein Produkt aus dem ideologischen Wolkenkuckucksheim.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Oh mein Gott!)

Die Ursachen der Erderwärmung können nicht eingedämmt werden; denn der Wechsel von Kälte- und Hitzeperioden ist ein natürlicher Prozess, den es seit Millionen von Jahren gibt.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Klimaleugner!)

Der Anteil des Menschen an der Erderwärmung ist so gering, dass er nicht ins Gewicht fällt, auch wenn wir alles tun würden, um klimaneutral zu leben, was in letzter Konsequenz bedeuten würde, dass wir aufhören müssten zu existieren.

Die Forderung nach einem Erneuerbare-Wärme-Gesetz ist ebenfalls ein Steuer-geld fressender Wahnwitz. Beim EEG hat sich bereits gezeigt, dass es nur Probleme und hohe Kosten verursacht. Was sollte bei einem Erneuerbare-Wärme-Gesetz anders sein? – Wir haben schon jetzt mit die höchsten Strompreise in ganz Europa, die sich kaum noch jemand leisten kann. Wie weit wollen Sie die Bürger, vor allem Geringverdiener und Rentner, noch belasten?

Der sogenannte menschengemachte Klimawandel ist eine Fiktion aus der Welt des Aberglaubens, die jeglicher wissenschaftlichen Grundlage entbehrt.

(Florian von Brunn (SPD): Hört, hört!)

Und dafür soll die Bayerische Verfassung geändert werden? – Willkommen im Tollhaus!

Einer Veröffentlichung der Bilanz von Treibhausgasemissionen wäre zwar grundsätzlich zuzustimmen, allerdings würde sie nicht wirklich im Sinne unserer verehrten Kollegen von den GRÜNEN ausfallen. Schließlich ist CO₂ weniger ein gefährliches Treibhausgas als vielmehr ein für Pflanzen notwendiges Stoffwechselelement. Zum Vergleich: Methan, ein Stoffwechselprodukt der Rinder, das aber auch beim Reisanbau entsteht, ist 25-mal klimawirksamer als CO₂, und diesen weltweiten Emissionen wollen Sie mit einem Bayerischen Klimaschutzgesetz entgegenwirken? Wie sieht Ihre Strategie hier aus? Den Menschen nach dem Auto auch noch das Fleischessen verbieten? Den Menschen in Asien den Reis wegnehmen? – Sie betreiben eine irrwitzige Phantompolitik, die einer fortschrittlichen Industrienation unwürdig ist.

Die AfD-Fraktion lehnt deshalb Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn von der SPD.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist heute der zweite Dringlichkeitsantrag im Zusammenhang mit der Frage, ob der Klimaschutz als Staatsziel in die Bayerische Verfassung aufgenommen werden soll.

Zweifellos ist die Bekämpfung der Klimaerhitzung ein Hauptproblem der Politik, eine Überlebensfrage der Menschheit. Da ist schnelles und entschlossenes Handeln erforderlich. Aber genau das hat die Bayerische Staatsregierung in den letzten Jahren vermissen lassen; sonst würden die Treibhausgasemissionen in Bayern nicht wieder steigen, und wir hätten Fortschritte beim Klimaschutz. Vor allem die Emissionen aus dem Verkehr haben stark zugenommen, durch immer mehr Auto-, Lkw- und Flugverkehr.

Was hat die Staatsregierung dagegen unternommen? – In der letzten Legislaturperiode wurde das Staatsziel Klimaschutz in der Verfassung abgelehnt. Vor Kurzem wurde zum dritten Mal hier einem Entwurf der SPD für ein Klimaschutzgesetz nicht zugestimmt, sondern er wurde abgelehnt. Sie halten weiterhin an der dritten Startbahn für den Münchner Flughafen fest, obwohl gerade der CO₂-Ausstoß des Flugverkehrs immer weiter zunimmt, anstatt dass Sie auf umweltfreundliche Alternativen, also die Verlagerung auf die Schiene, setzen. Sie haben den Ausbau der Windkraft in Bayern gestoppt und damit fast vollständig die Energiewende, durch Ihre unsinnige 10-H-Regelung. Und Sie haben den Ausbau des umweltfreundlichen Verkehrs in Bayern in den letzten Jahren massiv vernachlässigt.

Wir halten ein Staatsziel Klimaschutz in der Verfassung grundsätzlich für richtig. Aber wir stehen nicht dafür zur Verfügung, dass sich CSU und FREIE WÄHLER jetzt, vor der Europawahl, ein grünes Mäntelchen umhängen können.

Ohne konkrete Belege für eine echte, ambitionierte und entschlossene Klimaschutzpolitik gibt es keine Zustimmung. Das erklärt unsere beiden Dringlichkeitsanträge. Wir machen ganz konkrete Vorschläge als Basis für eine Einigung im Interesse eines echten Klimaschutzes,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

zum Beispiel zur Wiederaufnahme der Energiewende, des Ausbaus der Windkraft in Bayern, zum Beispiel zum weiteren Ausbau eines umweltfreundlichen Verkehrs, für umweltfreundliche, bezahlbare Mobilität in Stadt und Land mit Kostenfreiheit für junge und ältere Menschen sowie sozial Benachteiligte und zur Einführung einer ehrlichen und transparenten Klimaverursacherbilanz in Bayern. Sie können jetzt zeigen, wie ernst es Ihnen mit echter Klimaschutzpolitik ist. Sie sollten unsere Vorschläge aufgreifen; dann können wir in Bayern Klimaschutz machen, Nägel mit Köpfen, und das auch in die Bayerische Verfassung hineinschreiben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr von Brunn. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Kollegen Christoph Skutella von der FDP.

Christoph Skutella (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bekämpfung des Klimawandels ist unser aller Aufgabe; darin wenigstens stimmen wir alle überein. Umso befremdlicher ist es allerdings für mich, dass Sie den Klimaschutz für parlamentarische Spielchen

nutzen. Ein Dringlichkeitsantrag wird doch der Wichtigkeit des Themas nicht einmal ansatzweise gerecht,

(Beifall bei der FDP)

und deshalb hat diese Debatte heute offensichtlich auch nur einen Zweck: Sie wollen sich mal wieder als große Klimaretter inszenieren, und nächste Woche verweigern Sie an dieser Stelle dem Klimaschutz den Verfassungsrang. Das ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kommen Sie jetzt bitte nicht wieder damit, dass die Aufnahme des Klimaschutzes in die Verfassung nichts bringe und nur eine Worthülse sei. Eine Staatszielbestimmung Klimaschutz wäre eine verfassungsrechtliche Wertentscheidung, die von allen staatlichen Stellen zu beachten wäre. Das würde den Klimaschutz selbstverständlich voranbringen.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt zu Ihrem Antrag. Ich möchte einmal etwas herausstellen. Wir haben es heute schon einmal gehört, wir haben es vor drei Wochen gehört, bei der Beratung eines Antrags zum Thema Klimagesetz. Vor dem Hintergrund des europäischen Emissionshandels, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Bundesländer ihre Klimaschutzgesetze wieder zurücknehmen oder ihre Ziele verfehlen, weil den Ländern entscheidende Kompetenzen fehlen, vor dem Hintergrund des angekündigten Bundesklimaschutzgesetzes können wir feststellen, dass Klimaschutzgesetze auf Landesebene doch nur zu einem unnötigen Bürokratieaufbau und zu genauso unnötigen Kosten führen.

(Beifall bei der FDP)

Dann möchten Sie, Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, dass wir ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz, ähnlich dem in Baden-Württemberg, verabschieden.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) In Baden-Württemberg hat die FDP auch mitgemacht!)

– Dazu komme ich noch. – Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Baden-Württemberg trat 2008 in Kraft. Ziel des Gesetzes war es, die Quote der energetischen Sanierung im Gebäudebestand zu erhöhen. Der mit dem Gesetz beabsichtigte Modernisierungsboom blieb aber aus. Mehr noch, die starren Pflichtanteile haben sich als Sanierungsbremse erwiesen. Wir würden diesem Gesetz heute auch nicht mehr zustimmen. Nur so viel, weil Sie es erwähnen. Wir müssen nicht die gleichen Fehler wiederholen, die wir in Baden-Württemberg gemacht haben.

(Beifall bei der FDP)

Nach Angaben des Bundesindustrieverbandes Haus-, Energie- und Umwelttechnik ging in den Jahren 2008 bis 2012 die Zahl der ausgetauschten Heizungen in Baden-Württemberg um etwa 10 % zurück, während gleichzeitig bundesweit ein Anstieg um 5 % verzeichnet wurde. Der Schornsteinfegerverband hat den Zeitraum bis 2012 untersucht und mit Bayern verglichen. Ergebnis: Im Freistaat wurden ohne die starren gesetzlichen Vorgaben 40 % der Altanlagen ausgetauscht, in Baden-Württemberg hingegen nur 30 %. Der Grund liegt auf der Hand. In Bayern kostet der Heizungstausch im Schnitt rund 9.000 Euro, in Baden-Württemberg das Doppelte. Dies zeigt doch deutlich, dass ein EEG-Pflichtanteil energetische und klimaschutzwirksame Maßnahmen nur ausbremst, statt sie zu fördern. Ein Erneuer-

bare-Wärme-Gesetz Bayern nach dem Vorbild von Baden-Württemberg lehnen wir deshalb ab.

Das stärkste Instrument des Klimaschutzes halten wir bereits in unseren Händen, und das ist der Emissionshandel. Es gilt, diesen weiter zu stärken und auszubauen und langfristig ein globales System zu etablieren. Wenn Sie, Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, wirklich zu den Verfechtern des Klimaschutzes gehören, dann tun Sie eines: Stimmen Sie zu, dem Klimaschutz Verfassungsrang einzuräumen, damit er so die Bedeutung erhält, die er verdient.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Skutella. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Thorsten Glauber.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Präsident, wertees Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Martin Stümpfig, ich schätze dich sehr. Ich finde es schade, dass sich die Fraktion nicht durchringt. Sie wissen doch genau, dass sich die Fraktionsvorsitzenden in knapp zwei Stunden zusammensetzen, um genau über dieses Thema, den Klimaschutz in die Verfassung aufzunehmen, zu diskutieren.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Dafür waren fünf Wochen Zeit!)

Wenn man konstruktiv zusammenarbeiten will, dann nutzt man doch nicht hier Plenarsaal-Spielchen, um die Dinge geradezuziehen, weil man nicht miteinander arbeiten will. Das ist doch eines Parlamentes nicht würdig, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Das ist der Stil des Herrn Abgeordneten Stümpfig!)

– Es ist einfach ein schlechter Stil, wenn man sich hier hinstellt und im Prinzip schon die Türen geschlossen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich rufe Ihnen noch einmal zu: Lassen Sie uns gemeinsam an diesem Thema arbeiten. Wenn man über "Fridays for Future" spricht und die Jugendlichen ernst nehmen will, dann wissen doch Sie alle, die Sie heute mit uns an diesem Thema arbeiten wollen, sehr genau, dass es um viel wichtigere Dinge als um einzelne Bausteine geht. Es geht beispielsweise um den Verkehrssektor, um den Wärmesektor. In diesem Fall geht es um Fragen, die das Wirtschaftsministerium betreffen, das Verkehrsministerium.

(Florian von Brunn (SPD): Es geht um Taten statt Worte!)

– Herr Kollege von Brunn, Sie wissen ganz genau, dass man solche Themen nicht in 100 Tagen lösen kann. Ich sage Ihnen aber einmal etwas anderes, denn Sie haben schon lange Verantwortung in Berlin, und da gibt es Dinge, die Sie nicht gut angehen. Nehmen wir doch einmal das Thema Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz – EEWärmeG – oder das EE-Gesetz im Allgemeinen.

(Florian von Brunn (SPD): Bleiben Sie in Bayern!)

Nehmen wir das Thema Gebäudesanierung. Jeder Bauherr ist heute gezwungen, bei der Gebäudesanierung die jetzigen EEG-Regelungen zu übernehmen. Er hat keine Wahlmöglichkeit. Es wäre aber doch viel klüger, dieses Gesetz nicht weiter fortzuschreiben, sondern zu hinterfragen, wie der Grenznutzen ist. Der Grenznut-

zen ist nicht realisierbar. Sie investieren 20.000 Euro für einen Benefit von 100 oder 200 Euro Wärmeertrag. Wenn Sie dieses Geld anderweitig investieren würden, dann würden Sie einen höheren Benefit bekommen. Wenn diese Investition in eine eigene PV-Anlage getätigt würde, würde das mehr bringen. Solche Dinge umzusetzen, das schaffen Sie aber auch nicht. Dann werfen Sie uns aber auch nicht vor, nach 100 Tagen müsste die Koalition liefern. Wir setzen uns nämlich hin, arbeiten Thema für Thema ab und versuchen, die Dinge zusammenzubringen, die wirklich sinnvoll sind. Sie aber versuchen, das Thema hier für politische Spielchen zu nutzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das machen wir nicht mit, denn am Ende geht es um Wirtschaftlichkeit. Es geht nicht um Schnellschüsse, sondern um Wirtschaftlichkeit. Es geht doch darum, mit dem besten materiellen Einsatz den höchsten ökologischen Wert zu erzielen. Das ist unser Ziel. Das ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Daran werden wir festhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wie gesagt, keine Spielchen hier. Wir gehen das Thema an. Wir nehmen das Thema ernst. Wir schieben es auch nicht weg. Ich finde es aber nach wie vor schlecht, nachdem wir uns in zwei Stunden zusammensetzen wollen, dass Sie sagen, Sie sind nicht mehr gesprächsbereit. Das macht man nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Für eine Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister Glauber, ich habe es gerade schon einmal gesagt. Am 14.01. dieses Jahres gab es das erste Gespräch, bei dem Herr Hartmann und Frau Schulze von unserer Seite dabei waren. Weshalb wurde fünf Wochen gewartet, um jetzt, schnell, schnell was zu tun, nach dem Motto: "Heute ist die Tagesordnung relativ kurz, ach, da haben wir noch Zeit, da können wir uns noch einmal zusammensetzen"? Unsere nächste Fraktionssitzung ist kommenden Mittwoch. Wie stellen Sie sich das denn im parlamentarischen Ablauf vor?

Die zweite Frage: Der Klimaschutz ist einfach zu wichtig, um ihn nur als Wort in die Verfassung aufzunehmen.

(Alexander König (CSU): Faule Ausreden!)

Ich frage Sie, den zuständigen Umweltminister: Was hat die Verfassungsänderung im Jahr 1984 denn tatsächlich gebracht, als man das Wort "Umweltschutz" in die Bayerische Verfassung aufgenommen hat? Ist seither die Artenvielfalt besser geworden, oder ist sie zurückgegangen? Wie sieht es bei unserem Trinkwasser aus? Ist es besser geworden, oder hat es sich verschlechtert? Wie sieht es mit dem Flächenfraß aus?

(Alexander König (CSU): Das sind doch kümmerliche Argumente!)

Wie sieht es mit den Schadstoffen in der Luft aus? Und so weiter und so fort. Das ist für uns die Grundlage, weshalb wir sagen: Wir wollen nicht wieder darauf hereinfallen, dass Sie ein Wort in die Verfassung aufnehmen, damit das Thema abha-

ken, und dann geht es weiter wie bisher. Deshalb hier die klare Frage an Sie, Herr Minister Glauber: Was hat es tatsächlich gebracht, den Umweltschutz 1984 in die Verfassung aufzunehmen?

(Alexander König (CSU): Er versteht nicht, was ein Verfassungsrang für eine Bedeutung hat!)

Ist die Bilanz heute, im Jahr 2019, tatsächlich positiv?

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Hagen (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Die ist viel besser als damals!)

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Kollege Stümpfig, genau das war auch Thema des Gesprächs, das ich mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden Ludwig Hartmann geführt habe. Wir haben darüber diskutiert, wie man das gemeinsame Ziel des Verfassungsrangs erreichen kann. Er hat mir zugerufen, er wird auf mich zukommen, er wird ein Themenfeld vorlegen. Das habe ich aber bis heute nicht bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn Sie uns also vorwerfen, dass wir nicht gesprächsbereit sind, dann muss ich schon sagen, ich bin auf Ihren Fraktionsvorsitzenden zugegangen. Ich habe versucht, das Thema mit ihm gemeinsam auszuloten. Ich finde es schade, wenn Sie sich dann hier hinstellen und sagen, wir wären fünf Wochen nicht gesprächsbereit gewesen. Wir waren gesprächsbereit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Das ist doch Doppelzüngigkeit!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Es liegt noch eine weitere Wortmeldung für eine Zwischenbemerkung vor, von Herrn Kollegen Florian von Brunn von der SPD.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Minister Glauber, wir reden doch nicht erst seit 100 Tagen über den Klimaschutz, sondern wir reden seit Beginn der 1990er-Jahre über dieses Thema. Sie mögen für sich vielleicht in Anspruch nehmen, dass Sie erst seit 100 Tagen im Amt sind, aber Sie müssen auch die Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass diese Bayerische Staatsregierung und ihre Vorgängerinnen beim Klimaschutz versagt haben. Sonst würden die Treibhausgasemissionen nicht wieder steigen. Wir sagen, in dieser Frage haben Sie keine Bonität, Sie wollen aber von uns einen Kredit für eine Symbolpolitik. Wir wollen von Ihnen gerne konkrete Vorschläge, und die haben Sie bisher nicht vorgelegt.

(Alexander König (CSU): Erklären Sie mal, was ein Staatsziel ist, Herr Staatsminister! Er hat nämlich keine Ahnung davon!)

Das wäre die Vertrauensbasis für eine Zusammenarbeit. Ich sage Ihnen, wenn Sie dieses legitime Anliegen, das wir hier ins Parlament bringen, um darüber in der Öffentlichkeit zu diskutieren – denn die Öffentlichkeit hat ein Interesse und auch das Recht, darüber etwas zu erfahren –, abwerten und das als Spielchen und schlechten Stil bezeichnen, dann schaden Sie damit dem Ansehen des Parlaments und den politischen Debatten in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Alexander König (CSU): So ein Quatsch!)

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Kollege von Brunn, das ist nicht lauter, wenn man genau weiß, dass man sich zwei Stunden später zusammensetzen wird, um das Thema zu diskutieren. Ihnen wird ein Gesprächsangebot unterbreitet.

(Alexander König (CSU): Dazu sagt er nichts, der Herr von Brunn!)

Zum Verfassungsrang und Staatsziel: Bereits in der letzten Legislaturperiode hat man versucht, sich dem Thema zu nähern. Wir haben es aufgegriffen. Jetzt wollen Sie dem Thema nicht mehr nähertreten.

(Widerspruch bei der SPD)

Das gesellschaftliche Ansehen, das wir damit erreichen können, ist Ihnen scheinbar nicht so wichtig. Gerade habe ich versucht, aufzuzeigen, dass parallel dazu an einem Klimaschutzgesetz gearbeitet wird. Das Thema ist vielfältig. Schauen Sie in den Koalitionsvertrag. Darin stehen viele Punkte, die dem Klimaschutz helfen werden. Die Botschaften aus dem Koalitionsvertrag muss man in einem Gesetz zusammenbringen. Das dauert einfach, und das wissen Sie. Daran arbeiten wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, die in namentlicher Form stattfindet. Die Urnen sind bereitgestellt. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 13:51 bis 13:56 Uhr)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Ich darf Sie bitten, an Ihre Plätze zurückzukehren.

(Unruhe)

Ich möchte keine Präsenz abfragen. – Als Erstes darf ich Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hagen, Dr. Kaltenhauser, Sandt und anderer und Fraktion (FDP) betreffend "Bayerns Mittelstand soll nicht die Steuern der Internetmultis zahlen" auf Drucksache 18/376 bekannt geben. Mit Ja haben 86 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 100 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zum Wohle für Wald und Wild - auch zukünftig ja zu
Winterfütterungen von Wildtieren in Notzeiten im Rahmen geltender
Gesetze (Drs. 18/379)**

Erster Redner ist der Kollege Florian Streibl.

(Horst Arnold (SPD): Jetzt wird es dringlich!)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, es ist dringlich. Wenn wir in den bayerischen Alpenraum gehen, sehen wir, in welcher Notlage sich die dort lebenden Wildtiere befinden. Die Schneefälle der letzten Wochen haben dort zu einer Notsituation geführt. Hier in München mag man es vielleicht nicht glauben, aber im Alpenraum gibt es immer noch Schneehöhen bis zu zwei Metern. Dies macht das Leben für das Wild fast unerträglich. Wir reden nicht nur von Gams-, Rot- und Rehwild, sondern auch von bedrohten Tierarten wie Stein-, Auer- und Birkwild, Schneehuhn und anderen Tierarten, die jetzt große Not leiden. Wenn nicht gefüttert wird, wird es massive Einschnitte in die Artenvielfalt im Alpenraum geben.

Wir dürfen nicht wegschauen. Die Notsituation verstärkt sich immer weiter. Das Wild rückt von den Bergen immer weiter hinunter in besiedelte Gebiete. Man hat schon Rehe in den Dörfern gesehen. Tragisch kommt hinzu, dass wir bei schönem Wetter einen Freizeitdruck haben. Allein im Ammertal gab es sechs Rehrisse von Hunden. Für Jäger und Wanderer ist es kein schöner Anblick, ein vom Hund gerissenes Reh auf dem Weg zu sehen. Das möchte ich jedem hier ersparen. Deswegen ist es absolut notwendig, Notfütterungen durchzuführen. Dem Wild sollte entgegengekommen werden. Das sind die Arten, um die sich sonst eigentlich keiner kümmert. Wir wollen ausdrücklich allen Revierförstern und allen Jägern danken, die Einsatz zeigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie bringen unter größten Mühen Futter in unwegsames Gelände für das Not leidende Wild. Davor haben wir großen Respekt. Das wollen wir zu dieser Stunde einmal sagen. Es ist dringlich, denjenigen zu danken, die sich um unsere Wildarten kümmern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es geht jedoch nicht nur um das Wild, sondern vor allem um den Wald. Findet das Wild kein Futter mehr, weil bei Schneehöhen bis zu zwei Metern nur noch Baumwipfel herauschauen, ist das Verbissrisiko wesentlich höher als in einem normalen Winter. Das Verbiss- und Schäfrisiko in unserem Wald ist enorm gestiegen. Damit der Verbiss wieder zurückgeht, muss gefüttert werden. Insbesondere bei Leittrieben muss man annehmen, dass diese sehr stark verbissen werden. Wir sind dafür, zu handeln und denen, die handeln, zu danken.

Die Tierschutzvereine vor Ort schlagen mittlerweile Alarm. Sie sagen: Bitte tut etwas. So kann es nicht weitergehen. – Durch Lawinengefahr haben wir sehr viel Fallwild zu beklagen. Im Sommer, wenn die Schneemassen weichen, taucht dieses wieder auf. Das sind alles keine schönen Sachen, die da passieren.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Streibl, Sie haben Ihre Redezeit bereits um eine halbe Minute überzogen. Ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ich lege zehn Sekunden drauf und komme zum Schluss. Ich bitte um Unterstützung für diesen Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich ein herzliches Grüß Gott an die Trachtlerinnen und Trachtler auf der Besuchertribüne richten. Sie sind ein wunderschöner Anblick. Wir freuen uns außerordentlich, dass Sie uns heute im Bayerischen Landtag besuchen.

(Allgemeiner Beifall)

Natürlich schaue ich sehr gern auf meine Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten. Aber ich muss schon sagen: Das da oben ist etwas ganz Besonderes. – So, jetzt wird weitergearbeitet. Ich rufe als nächsten Redner Herrn Alexander Flierl von der Fraktion der CSU auf.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, ich muss Ihnen recht geben. Unsere Trachtler sind von hier unten ein schöner Anblick. Die Tracht gehört zur bayerischen Tradition ebenso wie die Sorge um unser heimisches Wild.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die extremen Wetterverhältnisse zum Jahreswechsel, am Beginn dieses Jahres, mit starken Schneefällen, hohen Schneelagen und teilweise sogar Katastrophalarm setzen unserem Wild zu, dem Schalenwild, dem Rehwild, dem Rotwild und dem Gamswild, aber auch den geschützten Arten wie Auerwild, Birkwild usw. Die Fortbewegung dieser Tierarten ist durch die hohe Schneelage eingeschränkt. Die Futtersuche wird erschwert. Das Finden von Äsungsflächen ist schwierig und teils unmöglich. In den Gebieten mit hohen Schneelagen und dem Katastrophalarm herrscht eindeutig Notzeit. Dort sind die gesetzlichen Bedingungen für eine Fütterung klar erfüllt.

Diese Witterungsverhältnisse stellen natürlich auch große Herausforderungen an diejenigen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die ihrer gesetzlichen und ethischen Verpflichtung nachkommen und die die Futternot des Wildes lindern. Meine Fraktion zollt deshalb den Förstern, Berufsjägern, Revierinhabern und den beteiligten Jägern und Jagdhelfern, den Bayerischen Staatsforsten und den privaten Revierinhabern für diese Leistung höchsten Respekt und große Anerkennung. Vergelts Gott dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Neben der Fütterung ist es aber genauso wichtig und zu begrüßen, dass gerade in den Katastrophengebieten, im Gebirgsraum die Jagd eingestellt wurde. Die Staatsforsten und die Revierinhaber hielten Jagdruhe, um keinen weiteren Druck auf das Wild aufzubauen und es nicht noch weiter zu beunruhigen. Für unser heimisches Wild ist es unbedingt erforderlich, dass der Mensch Verständnis aufbringt und bei Freizeitaktivitäten die Rückzugsräume und Ruhezone des Wildes achtet und respektiert. Die Menschen sollten auf den Pisten und Wegen bleiben und Störungen vermeiden, damit die Tiere nicht unnötig Energie verbrauchen und in der Folge mehr Bäume verbeißen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zusammenfassend kann ich festhalten, dass die Revierinhaber wie in der Vergangenheit sehr verantwortungsvoll und mit großem Engagement in dieser für das Wild schwierigen Zeit gehandelt und reagiert haben. Wir setzen auch weiterhin darauf, dass in den Gebieten angemessen vorgegangen wird. Die Verhältnisse in Bayern sind nicht überall gleich. Wir haben aber den großen Vorteil, dass die Beurteilung der Lage nach den gesetzlichen Bestimmungen beim jeweiligen Revierinhaber liegt, der erfahren und ortskundig ist. Er kann richtig und sinnvoll handeln. Die gesetzliche Regelung zur Fütterung des Wilds in Notzeiten hat sich bewährt. Daran wollen wir auch weiterhin festhalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig und anderer und Fraktion (GRÜNE) betreffend "Umfassender Klimaschutz für Bayern" auf Drucksache 18/378 bekannt. Mit Ja haben 55, mit Nein 122 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Hans Urban vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Hans Urban (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch einer Landtagsfraktion steht es sehr gut an, Dank auszusprechen. Wir können uns dem Dank, den Herr Kollege Streibl ausgesprochen hat, nur anschließen. Wir danken den Jägern und Förstern für ihren Einsatz. Sie haben wie in jedem Jahr wieder für die Versorgung des Rotwilds in den Wildgattern gesorgt. Herr Kollege Streibl, seltsam ist nur, dass Sie in Ihrem Dringlichkeitsantrag vergessen haben, den Menschen zu danken, die die Tiere versorgt haben, die in den vergangenen Wochen tatsächlich eine Notzeit erlitten haben, allen voran unsere Greifvögel. Sie konnten tatsächlich keine Nahrung mehr finden. Wir danken den vielen Menschen in Bayern, die oft freiwillig und ehrenamtlich unterwegs waren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ehrlich gesagt: Ich habe den Dringlichkeitsantrag mehrmals lesen müssen und habe leider festgestellt: Sie beantragen ja gar nichts.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie sind mit der gesetzlichen Lage völlig zufrieden, ebenso wie wir. Wir akzeptieren den gesetzlichen Rahmen. Das bestehende Gesetz regelt sehr gut, wann Tiere zu füttern sind, und legt einen Rahmen für Notzeiten fest. Das Gesetz lässt aber offen, wann und wie welche Tiere zu füttern sind. Hier würden wir uns wesentlich mehr Kompetenz für die unteren Jagdbehörden wünschen.

Wir haben hier kein Durchführungsproblem, sondern ein Erkenntnisdefizit. Sie beweisen das deutlich und beschränken sich in Ihrem Dringlichkeitsantrag auf Wild mit Waidwert und Trophäen. Hier zeigt sich deutlich Ihr falsches Verständnis für die Natur und die Zusammenhänge. Sie beschreiben in Ihrem Dringlichkeitsantrag lediglich die optimalen Bedingungen für eine Trophäenmast, aber nicht die Notwendigkeit einer Notzeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Angebracht wäre es, dass Sie sich um die bestehenden sehr guten Texte kümmern würden. Das bayerische Waldgesetz und die Hegerichtlinie für Schalenwild müssen umgesetzt werden. Herr Streibl, Sie haben es angesprochen. Sie kommen aus einem seit mehreren Jahrzehnten rot markierten Revier. Dort wäre eine Schutzwaldsanierung tatsächlich dringend nötig. Hierzu müsste man die bestehenden Gesetzestexte umsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie betreiben hier lediglich Klientelpolitik gegen 700.000 bayerische Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer. Deshalb fordern wir nach wie vor die Beibehaltung der Vegetationsgutachten, die verpflichtende Teilnahme an revierweisen Aussagen, eine breite Akzeptanz für die Lehrmeinung unserer Hochschulen, dass der Verbiss

auch mit der zunehmenden Fütterung steigt; ferner einen beschleunigten Umbau zu klimastabilen, strukturreichen Wäldern und deutlich mehr Aufklärung, da enormer Freizeitdruck zu enormer Beunruhigung des Wildes im Wald führt und somit das Überleben der Arten schädigt oder gefährdet. Wir werden uns bei Ihrem Antrag enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Dr. Ralph Müller von der AfD-Fraktion.

(Unruhe)

– Ich darf Sie um Ruhe bitten.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr verehrtes Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren! Dem Antrag der FREIEN WÄHLER zur Notzeitfütterung stimmen wir selbstverständlich zu. Es ist der richtige Schritt in die richtige Richtung. Es ist schon aus Gründen der Waidgerechtigkeit und des Tierschutzes eine Sache der Ehre für die Jäger.

Des Weiteren sprechen wir selbstverständlich all den Revierinhabern, Berufsjägern, Forstbeamten und Helfern, die hier bei hartem Einsatz zum Wohle und Schutz des Wildes gute Arbeit geleistet haben, teilweise bei Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit, unsere Hochachtung und unseren Dank aus. Das ist der eine Aspekt.

Zum anderen ist die Winterfütterung von Wildtieren in Notzeiten selbstverständlich ein entscheidender Beitrag zur Verhütung von Wildschaden und insofern zum Schutz von Wald und Forst. Wenn Schäl- und Verbisschäden – ich spreche jetzt speziell vom Schalenwild – und sonstige Schäden reduziert werden können, ist das natürlich auch praktizierter Klimaschutz, der von den Jägern jeden Tag verwirklicht wird. Letzten Endes ist aber auch zu sagen, dass die Notzeitfütterung Ausübung der Jagd und des Jagdrechtes ist. Das ist ein wichtiger Aspekt.

Ich will einen weiteren entscheidenden Aspekt einbringen, der vielen Jägern auf den Nägeln brennt und sie teilweise kriminalisiert und behindert. Ich spreche hier ganz klar davon, dass man für die Ausübung der Jagd selbstverständlich Büchse, Flinte und Kurzwaffe benötigt. Das ist das Handwerkszeug des Jägers.

Ich fordere jetzt alle Parteien und speziell die Regierungsfractionen auf, diese unsäglichen und verfassungsfeindlichen, nicht anlassbezogenen Waffenkontrollen bei den Jägern, Sport- und Brauchtumsschützen endlich einzustellen.

(Beifall bei der AfD)

Diese nicht anlassbezogenen Waffenkontrollen waren wieder einmal eine Reaktion und hysterische Anlassgesetzgebung der Merkel-Administration auf den Amoklauf in Winnenden.

(Zuruf von der SPD: Was hat das mit dem Antrag zu tun?)

– Das war ein typischer Fall von Anlassgesetzgebung. Es hat sehr viel mit der Ausübung der Jagd, der Kriminalisierung und Gängelung der bayerischen Jäger, Sportschützen und Brauchtumsschützen zu tun.

(Beifall bei der AfD)

Diese Leute, die sich rechtstreu verhalten, ihre Zuverlässigkeit unter Beweis gestellt haben, werden durch solche Gesetzgebung – –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter Dr. Müller, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist überschritten.

(Unruhe)

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Wirken Sie in Berlin im Interesse der Jäger, Sportschützen und Brauchtumsschützen darauf hin, dass die nicht anlassbezogenen und verfassungswidrigen Kontrollen, die teilweise in der Art von Hausdurchsuchungen durchgeführt werden, abgeschafft werden. Sie sind frag– –

(Unruhe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter Müller, ich gebe Ihnen jetzt noch zehn Sekunden, sich zu ver– –

(Anhaltende Unruhe)

– Sehr geehrte Damen und Herren! – Zehn Sekunden, dann ist Schluss hier. Ich habe es Ihnen gesagt. Ich bitte Sie. Die demokratischen Spielregeln gelten auch für Sie.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Diese Waffen- und Tresorkontrollen sind Elemente eines totalitären Staates. Und die passen gut zu Ihrer Stasi- und Schnüffelkanzlerin.

(Unruhe und Widerspruch)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als Nächste rufe ich die Abgeordnete Martina Fehlner von der SPD-Fraktion auf.

(Beifall bei der SPD)

Martina Fehlner (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wichtig, dass wir wieder zur Sache und zum Thema zurückkehren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Auch wir schließen uns dem Dank an die bayerischen Förster, Jäger, Revierinhaber und an alle anderen engagierten Helfer gerne an, die in den vergangenen Wochen und Monaten, vor allem in den extrem schneereichen Wochen, in weiten Teilen Bayerns Wildtiere durch Nottütterungen vor größerem Leid bewahrt haben. Das war richtig und gut. Das verdient in der Tat unser aller Lob.

Auch zu den Nottütterungen von Wildtieren im Winter im Rahmen geltender Gesetze zum Wohle von Wald und Wild sagen wir ein klares Ja. Auch hier unterstützen wir Ihren Antrag; denn das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darüber besteht im Hohen Haus mehrheitlich Konsens. Weil das so ist, frage ich mich allerdings, worauf Ihr Dringlichkeitsantrag abzielt und welche Absicht dahintersteht. Für uns als SPD-Landtagsfraktion ist es wichtig, dass die Fütterung tat-

sächlich nur in Notzeiten stattfindet. Notzeiten sind jedoch keineswegs strenge Winter mit geschlossener Schneedecke. Hier kommt es in manchen Revieren zu Verstößen, da viel zu schnell und viel zu viel gefüttert wird.

(Beifall bei der SPD)

Kritische Einwendungen erheben hier aber auch Waldbesitzer und Förster. Sie können beobachten, dass zwischen Wildfütterung und Wildschäden am Wald und an der Waldvegetation ein enger Zusammenhang besteht. Reviere, in denen besonders intensiv gefüttert wird, weisen hohe Verbisschäden auf.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen. Ihre Redezeit ist überschritten.

Martina Fehlner (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) – Oh! – Eine wirkliche Notsituation braucht Hilfe. Wir meinen: Die jetzige Regelung hat sich bewährt. 2010 haben Sie einen Antrag gestellt und erklärt, dass die Staatsforsten zu wenig kontrollieren und dass zu wenig Personal dafür zur Verfügung steht. Mich würde interessieren, was Sie dafür im Doppelhaushalt 2019 vorgesehen haben.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Herr Christoph Skutella, FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Beim ersten Durchlesen des Antrags habe ich mir gedacht: Schön, dass wir dankbar sind. Ich bin jetzt wie immer wieder einmal erstaunt, dass es die AfD-Fraktion sogar dazu schafft, hier für Tumult im Parlament zu sorgen. Es ist immer wieder überraschend hier.

Zum Thema:

Die Dankbarkeit ist kein Unkraut, das auf jedem Boden gedeiht; sie ist eine zarte, feine Pflanze, die in der harten, verdorrten Erde sowenig als im nassen, verschwemmten Boden gut fortkommt.

So die Worte von Johann Heinrich Pestalozzi. Beim letzten Tagesordnungspunkt heute kann man sich auch ein paar schöne Worte anhören.

Sehr geehrte Antragsteller, danke, dass Sie uns an den Dank erinnern; denn Dankbarkeit ist heutzutage nicht mehr selbstverständlich.

Als selbstverständlich erachte ich allerdings die Einhaltung geltenden Rechts. Die Notfütterung ist hinreichend geregelt. Auch dafür sind wir dankbar. Das finden wir gut. Aber wir sollten uns überlegen, was wir in Zukunft für die Jägerinnen und Jäger, die Förster und die Revierinhaber besser machen können, um ihre Arbeit zu erleichtern. Ein Punkt wäre zum Beispiel Folgender – wir haben alle die Bilder im Winter vor Augen gehabt –: Die Jäger sind im Winter mit den Futterballen auf dem Rücken einzeln den verschneiten Berg hinaufgegangen, um die Tiere zu füttern, während im gleichen Moment Bundeswehruherschrauber im Leerflug den Berg hinaufgeflogen sind. Es wäre ein sinnvoller Anreiz, zu sagen: Die Bundeswehruherschrauber nehmen Futter mit hoch und werfen es oben ab. Das würde weiterhelfen. – In diesem Sinne: Wir sagen Danke schön!

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich gebe nun das Wort Frau Staatsministerin Kaniber.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Skutella, an Sie gleich ein herzliches Vergelts Gott. Es ist in der Tat schade, liebe AfDler, dass Sie nicht einmal ein einfaches Vergelts Gott für unsere Jägerinnen und Jäger in Bayern über die Lippen bringen,

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

aber gleich in einer Dramaturgie – –

(Zurufe von der AfD)

Sie machen aus einem Dankbarkeitsthema gleich einen Riesenzirkus, und das ist einfach nicht anständig.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zurufe: Bravo!)

Lieber Herr Streibl, ich bin dankbar für diesen Antrag. Wir beide kommen aus einer Bergregion, und wir wissen beide genau, wie schwierig die Situation war. Die Bayerische Staatsregierung hat gestern Abend einen Empfang für alle Helferinnen und Helfer bei diesen Katastrophenfällen in dieser extremen Winterphase gegeben. Ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal sagen: Allen Hilfsorganisationen ein herzliches Vergelts Gott – dem THW, den Lawinenkommissionen, der bayerischen Polizei, der Bundespolizei und der Bundeswehr.

Natürlich gilt dieses Vergelts Gott auch unserem Forstbetrieb, den Bayerischen Staatsforsten, die automatisch und selbstverständlich sofort verantwortungsvoll gehandelt und die Jagd im Gebirge umgehend eingestellt haben.

(Zuruf von der AfD: Es ist auch Schonzeit!)

Gleichzeitig haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Rotwildfütterung mit großem Aufwand aufrechterhalten und betrieben.

Genau für dieses Engagement – staatlich wie privat – möchten wir als Staatsregierung ein herzliches Vergelts Gott aussprechen.

Es ist aber natürlich viel mehr. In diesem Antrag steht, wir sollten die Notzeitfütterung auch in Zukunft aufrechterhalten. Ich denke, das ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn das Tier unsere Unterstützung braucht, werden wir es auch unterstützen.

Ich möchte an diesem Punkt heute aber nicht nur ausdrücklich diesen Dank an alle Jäger aussprechen, sondern vor allem auch einen Aufruf machen. Wir haben ein Wochenende vor uns. Es wird bestes Wetter geben. Ich weiß nicht, wer das vorher mit den Hunderissen gesagt hat; das tut mir leid. – Es ist sehr wichtig, dass wir dem Wild Ruhezeiten und Ruheraum gewähren. Deswegen kann mein Aufruf an alle Bürgerinnen und Bürger nur heißen, sich an die ausgewiesenen Wege zu halten, wenn man draußen unterwegs ist. Ich bitte die Skitourengeher, die Wege nicht zu verlassen, und ich bitte auch die Hundebesitzer, darauf zu achten, dass unsere Rehe, unsere Gams und unsere Hirsche in dieser Phase tatsächlich Ruhe finden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist mir ein dringendes Anliegen, auch noch einmal darauf hinzuweisen, dass das Wild über seine Fettreserven gut ausgestattet ist. Wir schauen aber natürlich nicht zu, sollte es erneut zu einer höheren Schneelage kommen – im April sind schon öfters Schneemassen in den Bergregionen vorgekommen –, sondern müssen dann reagieren. Wir werden dann darauf bedacht sein, dass wir das Wild unterstützen, und zwar auch mit einer Fütterung, bei der wir selbstverständlich auch finanziell zur Seite stehen.

Ich weiß, dass es immer wieder Diskussionen um mögliche Hubschraubereinsätze gegeben hat. Das möchte ich jetzt doch ansprechen; eigentlich wollte ich das in dieser Phase des Dankes nicht tun. Mir ist es wichtig, nochmals auszusprechen, dass zu dem Zeitpunkt, als die Anfrage kam, noch keine Notzeit gegeben war, und wir ausdrücklich davor gewarnt haben, das Wild noch einmal aufzuschrecken. Es braucht diese Ruhe, und genau dieser Stress hätte dazu geführt, dass die Fettreserven und die Energie bei den Tieren abgebaut werden. Deswegen wollten wir den Einsatz nicht riskieren. Sollte es jetzt wider Erwarten zu einem "Rückfall" im Winter kommen, sind wir aber selbstverständlich bereit, hier auch zu helfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal darauf zurückkommen: Der Einsatz der bayerischen Jägerinnen und Jäger ist vorbildlich, und ich würde sagen: Er ist Naturschutz im höchsten Maße. Wenn auch wir als Gesellschaft uns daran halten, die eigenen Grenzen ein Stück weit mehr zu respektieren, wird es uns das bayerische Wild danken. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Frau Staatsministerin bzw. die Staatsregierung hat ihre Redezeit insgesamt um eine Minute und fünf Sekunden überzogen. Damit gibt es das Recht für jede Fraktion, eine zusätzliche Redezeit von genau dieser einen Minute und fünf Sekunden zu beanspruchen. Ich möchte das offiziell hier bekannt geben und frage in die Runde, ob noch Wortmeldungen vorliegen. – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Punkt abgeschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/379 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD, das sind die FREIEN WÄHLER, das sind die CSU, die FDP und die AfD. Wer ist dagegen? Gegenstimmen, bitte. – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Enthaltungen bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/381 mit 18/384 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, damit schließe ich die Sitzung und wünsche einen guten Nachhauseweg.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 14:26 Uhr)

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Martin Runge u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Errichtung eines Bayerischen NSU-Opferentschädigungsfonds
Drs. 18/18, 18/42 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Messnetz für Ultrafeinstaub am Münchner Flughafen installieren
Drs. 18/44, 18/352 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Digitale Bildung ermöglichen –
Verbesserung der schulischen IT-Betreuung
Drs. 18/106, 18/350 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.02.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures u. a. und Fraktion SPD; Für eine klimafreundliche Verkehrswende und einen sozial ausgestalteten Klimaschutz (Drs. 18/375)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adje Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	56	132	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.02.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion FDP; Bayerns Mittelstand soll nicht die Steuern der Internetmultis zahlen (Drucksache 18/376)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adjei Benjamin	X			Fehlner Martina	X		
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias	X		
Aiwanger Hubert		X		Flierl Alexander		X	
Arnold Horst	X			Flisek Christian	X		
Aures Inge				Franke Anne	X		
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick	X		
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara	X		
Baumgärtner Jürgen				Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried							
Bayerbach Markus	X			Ganserer Markus (Tessa)	X		
Becher Johannes	X			Gehring Thomas	X		
Becker Barbara		X		Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten		X	
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian	X			Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X						
Busch Michael	X			Häusler Johann			
				Hagen Martin	X		
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne	X			Halbleib Volkmar			
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Hartmann Ludwig	X		
Demirel Gülseren	X			Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex				Haubrich Christina	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert	X			Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra	X		
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	86	100	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.02.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Umfassender Klimaschutz für Bayern (Drucksache 18/378)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adjei Benjamin	X			Fehlner Martina	X		
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert		X		Flierl Alexander		X	
Arnold Horst	X			Flisek Christian	X		
Aures Inge				Franke Anne	X		
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick	X		
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara	X		
Baumgärtner Jürgen				Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried							
Bayerbach Markus		X		Ganserer Markus (Tessa)	X		
Becher Johannes	X			Gehring Thomas			
Becker Barbara		X		Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten		X	
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard		X	
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian	X			Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X						
Busch Michael	X			Häusler Johann			
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne		X		Halbleib Volkmar			
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Hartmann Ludwig	X		
Demirel Gülseren	X			Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex				Haubrich Christina	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin		X		Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra	X		
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto			
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	55	122	0